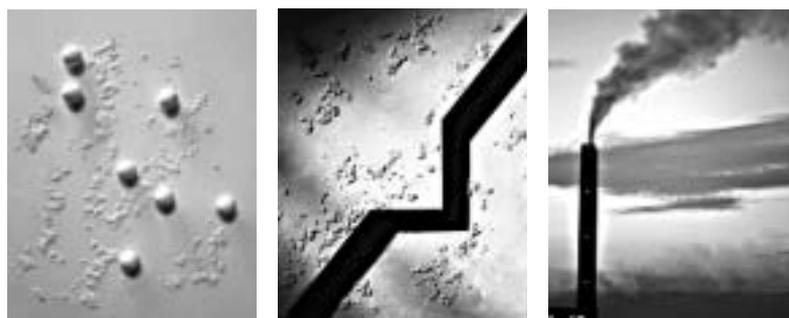


# Analysen und programmatische Vorschläge der KPÖ Steiermark

Erweiterte Fassung für die Programmarbeit der KPÖ



## Inhalt

Präambel .....	2
I. Wesenszüge des Kapitalismus im 21. Jahrhundert - Imperialismus heute .....	3
II. Der Sozialismus – unser programmatisches Fernziel .....	9
III. Mittelfristige Reformalternativen –Berührungspunkte zum sozialistischen Ziel .....	15
IV. Aktionsprogramm für einen sozialen, demokratischen, antipatriarchalen und ökologischen Umbau der Gesellschaft .....	24
V. Grundsätze unseres Wirkens als KommunistInnen .....	27

# Präambel

1. Den Beginn des dritten Jahrtausends erleben wir in einer neuen Etappe der Dominanz des kapitalistischen Systems. Der tiefgreifende Wandel der Produktivkräfte eröffnet unermessliche Möglichkeiten für den Menschheitsfortschritt. Die materiellen Grundbedürfnisse einer/s jeden könnten befriedigt, die kulturellen und politischen Freiheiten aller könnten verwirklicht werden. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Die neue Etappe der Weltgeschichte nach dem Ende der Bipolarität in Europa ist charakterisiert durch einen entfesselten Kapitalismus und eine grundlegende Veränderung der Klassen- und Machtverhältnisse im Weltmaßstab zugunsten des transnationalen Kapitals. Eine rigorose soziale Demontage, Ausgrenzung und Vertiefung der sozialen Spaltung der Gesellschaft, von Menschen hervorgerufene Umweltkatastrophen, welche die Existenz und Lebensgrundlagen von Millionen Menschen gefährden, sowie die Rehabilitierung des Krieges als Mittel der Politik droht den Menschheitstraum von Freiheit und Gleichheit, von Solidarität und Sozialismus für immer auszulöschen. Die weltweit verheerend wirkende Realisierung von Kapitalinteressen, die immer häufiger in Gestalt von Kriegen vonstatten geht, verstärkt die Gefahr des Rückfalls in die Barbarei, bevor eine sozialistische Alternative in greifbare Nähe rückt.

2. Der Zivilisationsrückschritt, in dem sich die Welt heute befindet, mit einer brutalen Verschlechterung der sozialen Lage und der Drohung der ökologischen Katastrophe, erfordert in historisch kurzer Zeit einen Ausweg aus der zerstörerischen Entwicklungslogik des Kapitalismus zu finden. Die Geschichte kennt keine unabänderlich vorbestimmte Entwicklung. Die Entwicklung der Gesellschaft ist Resultat der fortwährenden Auseinandersetzungen und Entscheidungen der Menschen über die einzuschlagenden Wege und vorherrschenden Interessen und Bedürfnisse. Ein und derselbe objektive Prozess kann völlig gegensätzlich genutzt werden. Das Ergebnis kann barbarisch oder gerecht, herrschaftlich oder emanzipatorisch, ausbeuterisch oder solidarisch sein. Obwohl soziale und demokratische Errungenschaften abgebaut und abgeschafft werden, bewirkt das bei den Betroffenen oft unmittelbar keine Massenaktivitäten, sondern vielfach eine schicksals-ergebene Anpassung an die herrschenden Verhältnisse. Trotz der Zuspitzung der Existenzfrage entsteht bei den Menschen nicht automatisch politisches Bewusstsein oder gar Handlungsbereitschaft. Es fehlen ihnen klassenspezifische Orientierungen. Sie sind

besonders anfällig für ideologische Schablonen, die zum Teil spontan durch die Alltagspraxis entstehen oder von den Meinungsapparaten verbreitet werden. Die gesellschaftlichen Zustände erscheinen den Menschen als „naturförmig“ und unüberwindbar.

3. Der KPÖ geht es, wie allen revolutionären Kräften in nichtrevolutionären Zeiten. Wie geht man mit dem ungeheuer komplizierten, grundlegenden Widerspruch um, als Kommunistische Partei Politik für hier und heute, für die jetzt lebenden Menschen machen zu müssen ohne zugleich die Zukunft der kommunistischen Bewegung aufs Spiel zu setzen? Diese Problematik – die Dialektik zwischen heutiger und mittelfristiger Politik und die fernen kommunistischen Ziele nicht aus den Augen zu verlieren, ist für alle kommunistischen Parteien von zentraler Bedeutung.

4. Mit diesen Thesen des Landesvorstandes der KPÖ-Steiermark beteiligt sich die KPÖ Steiermark an der allgemeinen Programmdiskussion. Wir haben herauszufinden ob objektive Bedingungen für den von uns vorgeschlagenen radikaldemokratischen, sozialen und ökologischen, strikt anti-kapitalistischen Kurs unserer Thesen sprechen, der gleichzeitig eine zukunftsfähige sozialistische Alternative zum herrschenden Raubtierkapitalismus eröffnen soll. Wir meinen, dass weder die Niederlage des Realsozialismus noch der entfesselte Kapitalismus die geschichtliche Möglichkeit aus der Welt schaffen, dass die Menschen – früher oder später – eine sozialistische gesellschaftliche Neuorganisation in die Wege leiten.

5. In der KPÖ bestehen Differenzen bezüglich der Einschätzung der kapitalistischen Realität, des Platzes der KPÖ in dieser Realität, unserer Alternativen, Prioritäten und Ziele. Wir meinen, dass zum Untergang einer objektiv überfälligen Produktionsweise als Geburtshelfer und Gestalter einer neuen Welt „nur noch“ der „subjektive Faktor“ formieren muss: die moderne ArbeiterInnenklasse. Nur wenn die moderne ArbeiterInnenklasse mit Einbeziehung von Bündnispartnern, WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen, Handwerkern, Gewerbetreibenden, Bauern und Bäuerinnen, antikapitalistischer Kräfte der Sozial- und Antiglobalisierungsbewegung sich ihrer historischen Rolle bewusst wird, wird es den progressiven Kräften durch weltweite gemeinsame Anstrengungen gelingen, die drohenden Gefahren abzuwenden und eine Wende zu einer friedlichen, demokratischen und sozialistischen Entwicklung zu erzwingen. Das Zeitfenster zum Sozialis-

mus steht noch offen.

6. In diesem historischen Entscheidungsprozess erwächst für die KommunistInnen die Verpflichtung, den Menschen zu sagen, wofür wir stehen, welche Wege und Ziele wir für die Veränderung der Gesellschaft in einem erlebbaren Zeithorizont vorschlagen und welche Ziele wir für die nachfolgenden Generationen setzen.

7. Wir wollen mit diesem Thesen Wesen und Funktionsweise des heutigen Kapitalismus gründlicher darstellen, den Menschen nahe bringen, was Sozialismus sein könnte, wobei wir davon ausgehen, dass dieses Sozialismusbild ein Torso bleibt, an dem ständig gearbeitet werden muss. Anschließend erläutern wir unsere radikal-demokratische Reformstrategie, mittels welcher der aktuelle Kampf gegen den „Katalog der Grausamkeiten“ erfolgreich geführt und ein neuer Entwicklungstyp von Demokratie und einen Sozialstaat als Berührungspunkte zu unserem sozialistischem Fernziel erstritten werden könnte.

8. Weil Zukunft ohne Kenntnis der Geschichte und der Gegenwart nicht zu haben ist, muss man bei der Analyse der realen Welt, bei den gegenwärtigen Umwälzungen und ihren Perspektiven anfangen. Die Bestimmung des sozialistischen Zieles und anzustrebender Entwicklungswege ergibt sich aus einer komplexen sozialökonomischen Gesellschaftsanalyse, insbesondere aus der Analyse der realen Widersprüche und Konflikte des kapitalistischen Systems, seiner destruktiven Wirkungen auf die Gesellschaft und die Umwelt, aus der Gefährdung der Menschheitsperspektiven, sowie aus der Analyse der herangereiften Entwicklungspotenziale.

9. Unsere wissenschaftliche Methode ist unvereinbar mit jeder Art von Dogmatismus, Vorurteilen und ewigen Wahrheiten. Unsere auf marxistischen Erkenntnissen basierenden programmatischen Thesen sollen es jedoch möglich machen, die Umwälzungsprozesse in der Welt nach einem einheitlichen Prinzip zu ordnen und ihren Sinn verstehbar zu machen. Sie haben die Potenz in sich, ideologischer Ratlosigkeit abzuwehren und entwicklungsfähiges Orientierungswissen anzubieten. Unsere programmatischen Thesen entwickeln Vorstellungen von einer Gesellschaft, die der Wohlfahrt aller und der freien Entwicklung der menschlichen Individualität dient.

10. Unsere Vorstellungen von einer neuen Demokratie und Sozialstaatlichkeit sowie einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft richten sich an alle, die nach Auswegen aus den Zwängen des entfesselten Kapitalismus suchen.

# I. Wesenszüge des Kapitalismus im 21. Jahrhundert - Imperialismus heute

Den Beginn des dritten Jahrtausends erleben wir inmitten einer neuen Etappe der Entwicklung und globalen Dominanz des kapitalistischen Systems, die von drei Phänomenen geprägt ist:

a• Neu ist erstens, dass alle drei, nach dem Zweiten Weltkrieg existierenden politisch-sozialen Gesellschaftssysteme endgültig zusammengebrochen sind. Geschichtlich abgetreten ist mit der historischen Zäsur 1989/90 das sowjetische Sozialismusmodell. Dieser Gegner der imperialistischen Hauptmächte existiert nicht mehr. Der eisige Wind des Neoliberalismus weht durch alle Kontinente. Unter USA-Führung wird eine „Neue Weltordnung“ angestrebt, die mittels eines ununterbrochenen Krieges durchgesetzt und gesichert werden soll – eine Neue Welt-Kriegsordnung also.

b• Zusammengebrochen ist zugleich in den alten Zentren das von einem großen gesellschaftlichen Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit gezielte und kontrollierte kapitalistische Modell. Das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit hat sich, seitdem die Entwicklung allein vom transnationalen Monopolkapitalismus bestimmt wird – und das ist ein Hauptkennzeichen der neuen historischen Phase — in dramatischer Weise zu Ungunsten der Kräfte des Sozialismus und des gesellschaftlichen Fortschritts verschoben. Ein Politikwechsel zugunsten des Kapitals, von einer „fordistisch-keynesianisch“ inspirierten Wirtschafts- und Sozialpolitik zum Neoliberalismus bewirkte, dass an die Stelle von relativer Vollbeschäftigung durch Struktur- und Beschäftigungspolitik, durch Massenproduktion dauerhafter Konsumgüter und Sicherung der Nachfrage durch effektive Lohnerhöhungen und staatliche Sozialleistungen neoliberale Markenzeichen treten. Eine, etwa von 1950 bis 1980 dauernde Sonderphase des staatsmonopolistischen Kapitalismus war die erste Phase der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, in der die unteren sozialen Klassen und Schichten imstande waren, über die Gegenstände des existenzsichernden Bedarfs hinaus an der gesellschaftlichen Wohlstandsproduktion teilzunehmen. Die Maßnahmen des Neoliberalismus haben alle das Ziel soziale und demokratische Errungenschaften zurückzuführen und abzuschaffen: „Flexibilisierung“ von Arbeitszeit und Arbeitsplatz (von „Humanisierung der Arbeit“ spricht ohne-

hin niemand mehr); die Masseneinkommen stagnieren und werden von der Produktivkraftentwicklung abgekoppelt; „Verschlan- kung“ des Staates im Sozialen-, Kultur- und Bildungsbereich; Privatisierung des öffentlichen Eigentums im Industrie und Bankenbereich; Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur, sowie Ausbau der Repressionsinstrumente, um auf dem Boden wachsender Arbeitslosigkeit, Verarmung, Frustration und wachsender Kriminalität besser begegnen zu können.

Ökonomischer Auslöser des Endes der fordistisch-keynesianischen Sonderphase war die erreichte neue Stufe der Konzentration und Zentralisation des Kapitals im Prozess der massiven Überakkumulation und Entwertung und der vor allem dadurch ausgelösten Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz im Weltmaßstab und der Herausbildung staatsmonopolistischer Komplexe als höchste Vergesellschaftungsform des Kapitalismus durch die Konsolidierung der regionalen imperialistischen Blockbildung. Haupttriebkraft des zeitgenössischen Kapitalismus sind die imperialistischen Zentren, die sich auf widersprüchliche Weise mit dem nationalen wie auch transnationalen Monopol- und Finanzkapital verflechten.

Zugrunde gegangen sind schließlich auch die Modernisierungsmodelle in der dritten Welt, die bestrebt waren, sich von den Fesseln ihrer früheren Kolonialherren zu befreien. Ihre Entstehung und Entwicklung standen in enger Wechselwirkung mit der Schubkraft der Systemalternative.

c• Ein zweites Hauptkennzeichen der neuen Etappe des Kapitalismus sind qualitative Veränderungen im Produktivkraftsystem. Den Kern der sich ständig beschleunigenden Entwicklung bilden folgende eng miteinander verbundene Prozesse: Die umfassende Entwicklung und Anwendung der auf der Mikroelektronik beruhenden Informations- Kommunikations- und Steuerungsprozesse in der materiellen und geistigen Produktion und in den anderen Bereichen gesellschaftlicher Tätigkeit und Beziehungsgestalten es, auf bisher nicht gekannte Weise in den Naturprozess, darunter in die biologische Existenz und Entwicklung des Menschen selbst einzugreifen. Mit der Einführung des Computers wird die Begrenzt- und Starrheit der fordistischen Produktion überwunden. Die computerisierte Prozesssteuerung und sensori-

sche Rückwirkungsfähigkeit der Instrumente erlaubt flexible Automation, die nicht nur in der Produktion vielfältige Anwendungsmöglichkeiten findet, sondern auch als Gebrauchsgegenstände und als Kommunikations- und Ausführungsgeräte in Privathaushalten. Die Bereiche massenhafter Anwendung und Fortentwicklung computerisierter Prozesssteuerung, Informationsvermittlung, Kommunikation etc. sind noch längst nicht ausgeschöpft, was darauf verweist, dass es sich hier um eine Technologie von schier unbegrenzter ökonomischer Verwertungspotenz handelt. Das entscheidende Verwertungsproblem des Kapitalismus ist nicht die Erzeugung, sondern der Absatz. Der Computer ist auch das ideale warenförmige Produkt, das in Massen hochrentabel absetzbar und mit einem raschen „moralischen“ Verschleiß ausgestattet ist, d.h. dessen Gebrauchswerteigenschaften infolge permanenter Weiterentwicklung mindern, lange bevor es stofflich unbrauchbar geworden ist.

d• Ein drittes Hauptmerkmal in der Entwicklung des Kapitalismus ist die damit verbundene Umwälzung der Arbeits- und Lebensweise, der Kommunikation und Konsumtion, ein Wandel der Arbeitswelt und der Bildung und Ausbildung. Umbrüche in den Wirtschafts- und Arbeitsverhältnissen verstärken den wissenschaftlichen Charakter des Produktionsprozesses und leiten in den entwickelten Industriestaaten den Übergang zu einer Industrie-, Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft ein, in der sowohl industrielle Produktion also auch in anderen Bereichen gesellschaftlicher Tätigkeit unmittelbare menschliche Arbeit zunehmend durch die Anwendung von Wissenschaft und Technik ersetzt wird und immer mehr Menschen für die Kapitalverwertung überflüssig werden. Wichtig für das Kapital ist auch, dass computergestützte elektronische Datenerfassung- und -verarbeitung der Perfektionisierung der Kontrolle der Arbeitsabläufe dient. Dadurch wird die Ausbeutung der lebendigen Arbeit wesentlich verstärkt.

## I.1. Zur Globalisierungs- bzw. Universalisierungsproblematik

I.1.1. Seit geraumer Zeit ist der Begriff „Globalisierung“ in aller Munde. Die Diktion „Globalisierung“ ist eine Erfindung der Propagandisten des Kapitals, ein Kampf-

begriff neoliberaler Politik und Ideologie zur Maximierung des Profits. Der Begriff „Globalisierung“ dient interessenbestimmten Ideologen des Neoliberalismus zur Rechtfertigung aller Arten von Sozialabbau, über die Ursachenbekämpfung für alle aktuellen, sozialökonomischen Problem- und Krisenphänomene bis zur Erweiterung zum Synonym für den gegenwärtigen Kapitalismus. „Globalisierung“ ist aber kein eigenständiges Phänomen dem sich die Volkswirtschaften zu unterwerfen haben..

I.1.2. „An sich“ ist die Globalisierung ein objektiver, notwendiger Prozess zur rationalen Gestaltung des Produktivkraftsystems. (Zutreffender wäre der Begriff „Universalisierung“. Wir verwenden aber aus praktischen Überlegungen das allseits verwendete Wort Globalisierung. Der Terminus „Globalisierung“ bezieht sich auf einen vielschichtigen Prozess, der sich nach marxistischer Terminologie meistens mit dem Begriff „Internationalisierung“ deckt.) Die Globalisierung ist jedoch immer mit den Zielen und Interessen der handelnden Klassen verbunden. Im Kapitalismus ist sie das Ergebnis politischer Weichenstellungen, die unter dem Druck von Kapitalinteressen vorgenommen werden. Globalisierungsprozesse sind immer mit dem Stempel der jeweiligen Entwicklungsstufe einer bestimmten Produktionsweise versehen. So erfuhr die Globalisierung im Kapitalismus der freien Konkurrenz mit der Herstellung des Weltmarktes einen ersten gewaltigen qualitativen Schub. Mit dem Übergang zum Imperialismus kam der Kapalexport dazu. Und im Zeitalter der Telekommunikation und Computer und der Dominanz der globalisierten Finanzmärkte wird der frühere Welthandel in Gestalt von Materialflüssen in Warenform durch Entfaltung und Beeinflussung entfernter Materialflüsse durch Informationsflüsse abgelöst. Heute machen Produktion, Transport und Absatz konkreter Waren nur 5 Prozent der Weltwirtschaft aus, während sich 95 Prozent lediglich auf Kauf und Verkauf an Börsen bzw. auf Geldwert beziehen. Begonnen hat die Globalisierung in Teilen Europas im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts durch den einsetzenden imperialistisch-kolonialistisch über den Kontinent hinausgreifenden Prozess der Intensivierung internationaler Wirtschaftsbeziehungen- und Verflechtungen, der bis 1914 anhielt, danach bis zu Ende des 2. Weltkrieges stagnierte und der sich nach der Jahrhundertmitte wieder beschleunigt, an gegen Ende der 70iger Jahre nochmals an Intensität und Vielfalt der Formen zunimmt. Bei der neuen Phase der Globalisierung handelt es sich – bedingt durch Umbrüche im Produktionssystem – um ein neues Niveau der Internationalisierung und der Technologiekonkurrenz, um einen der

großen Vergesellschaftungsschübe im Rahmen des Kapitalismus der neue ökonomische, soziale und politische Bewegungsformen der Kapitalverwertung hervorbringt. Durch die Globalisierung ist das Kapital weltweit auf die Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten gegangen. Dies ging einher mit einer Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterinnenklasse durch Verlagerung der Produktion bestimmter Bereiche in Niedriglohngelände, durch Versuche die Arbeitszeit zu verlängern und Löhne zu drücken, durch die Ausweitung von Billigjobs und Leiharbeit, durch den Abbau von Sozialleistungen etc. Ein weiteres Phänomen dieser Zeit ist die Privatisierungswelle, die weltweit stattgefunden hat und immer noch stattfindet. Privatisierung ist Diebstahl an öffentlichem Eigentum. Mit öffentlichen Investitionen aufgebaute Unternehmen und Infrastrukturen werden zur privaten Profitmaximierung freigegeben. Auch hier gilt: es ist profitabler in schon bestehende öffentliche Unternehmen zu investieren (sie - in der Regel zu Spottpreisen - aufzukaufen), als die Produktion auszuweiten und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Privatisierungen sind Geschenke von kapitalistischen PolitikerInnen an ihre Herren. Kein Wunder, dass nur gewinnträchtige Bereiche privatisiert werden und verlustbringende in öffentlicher Hand bleiben.

I.1.3. Ohne das Monopolkapital als ökonomischen Kern der heutigen Entwicklungsstufe des Kapitalismus zu definieren, lässt sich dieser schlichtweg nicht mehr zu reichend begreifen. In der Etappe hemmungsloser imperialistischer Globalisierung sind die transnationalen Konzerne sind zentrale Triebkraft deformierter Produktionsentwicklung, der Entwicklung von Risikotechnologien (Atomkraft, Gentechnologie, Chemie) der Pervertierung der Produktionskraft zu Destruktivkräften: Rüstung, der Deformierung der Hauptproduktionskraft – Mensch, deren weiterer Flexibilisierung zum „Anhängsel der Maschine“ (K. Marx) Die rasante technische Entwicklung steigert das Militärische in menschenbedrohende Dimensionen. Globalisierung steht für imperialistische „Weltordnung“, in der alle Kapitalinteressen mit Gewalt durchgesetzt werden.

I.1.4. Der dem Kapital immanente Expansionsdrang ist nichts anderes als kapitalistische Profit- und Konkurrenzökonomie ohne künstliche räumliche Aktionsbarrieren. Wesentlich ist, dass deren Hauptakteure, die Protagonisten, hauptsächlich von transnationalen Konzernen sinngemäß mit Marx so entscheiden und handeln, als fänden sie die Grenze ihres Verwertungsdranges nur an der gesamten kaufkräftigen Nachfrage. Diese Fixierung bewirkt infolge der Konkurrenzvorteile der wirtschafts-

stärksten Akteure zu einer erweiterten Reproduktion der asymmetrischen Struktur des Weltmarktes, zur anderen Schaffung von Überkapazitäten, die unter den Bedingungen latenter und manifester Marktsättigung globale Orientierung und Konkurrenz intensivieren. Globalisierung wirkt damit gleichsam als Selbstläufer.

I.1.5. Die Globalisierungsdynamik entspringt nicht ausschließlich der immanenten Kapitallogik. Denn diese hat keine naturhaften sondern gesellschaftliche Voraussetzungen und ist deshalb auch prinzipiell gesellschaftlich steuer- und begrenztbar. Dazu fehlt bei der interessensbegründeten und ideologisch verfestigten Dominanz der neoliberalen Wirtschaftsdoktrin nicht nur die Fähigkeit, sondern zuvor schon der Wille aller politischer Eliten in der „Ersten Welt“. Schließlich waren es diese selbst, die die vertraglichen, rechtlichen, institutionellen u. a. Voraussetzungen möglichst ungehinderter Entfaltung jener Kapitallogik sanktioniert haben. Letztlich verbirgt sich hinter der imperialistischen „Globalisierung“ ein konterrevolutionärer Restaurationszeitraum.

I.1.6. Die Entwicklung der Produktivkräfte verlangt einen anhaltenden Prozess der Durchbrechung der jeweils zu eng gewordenen Schranken der gegebenen Eigentumsstrukturen, also hinsichtlich des bereits ansatzweise über sich hinausweisenden Entwicklungsniveaus des kapitalistischen Grundwiderspruchs (zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung) und damit der objektiven Bedingungen einer revolutionären Überwindung.

I.1.7. Die sich heute vollziehende Globalisierung ist nur eines der Modelle der Globalisierung. Und das einzige das realisiert wird. Es hat zurecht die Bezeichnung „imperialistisch“ erhalten. Während des Ersten Weltkrieges hatten die Bolschewiki die Losung ausgegeben: „Sozialismus oder Barbarei“. Heute steht die Welt in ähnlicher Weise vor dieser Wahl. Die der Menschheit aufgezwungene neoliberale kapitalistische Globalisierung ist eine Sackgasse der Weltentwicklung. Die Aufgabe besteht darin auf ihre verderbliche Seiten zu verzichten und zuerst ein anderes, ein demokratisches – und später ein sozialistisches Modell der Globalisierung auszuarbeiten und durchzusetzen. Zum ersten: Die Friedenskräfte und die demokratisch und sozial orientierten progressiven Kräfte kämpfen gegen die imperialistische Globalisierung und der durch sie entstandenen Gefahr einer globalen Zerstörung der menschlichen Zivilisation, für das Überleben der Menschheit und eine stabile und freie Entwicklung aller Völker auf gerechten und wirklich demokratischen Grundlagen.

I.1.8. Aber: Auch wenn den transnationalen Konzernen durch den Kampf der Völker wesentliche Zugeständnisse abgerungen werden sollten: So lange die globale Grundstruktur der Welt kapitalistisch ist, bleibt das Wesen der Globalisierung kapitalistisch. Und deshalb besteht das Problem einer dritten, grundsätzlich anderen Variante der Globalisierung, der sozialistischen. Die Tatsache, dass den großen Vergesellschaftungsschüben im Rahmen des Kapitalismus Umbrüche im Produktivkraftsystem und ein neues Niveau der Internationalisierung zugrunde liegen, bestätigt auch die marxistische Bestimmung des historischen Platzes des Imperialismus als „Übergang von der kapitalistischen zu einer höheren Gesellschaftsformation“. „Imperialismus ist Ausdruck einer objektiven Geschichtstendenz und damit unmittelbare Vorbereiterin des Sozialismus“ (Lenin).

I.1.9. Während sich die imperialistische Globalisierung auf die Allmacht des Kapitals gründet, gründet sich die sozialistische auf die Allmacht der Arbeit. Ihre fundamentalen Charakteristika und Prinzipien, die Strategie ihrer Umsetzung – das ist eine der perspektivischen konzeptionellen Aufgaben der marxistischen Gesellschaftswissenschaften.

I.1.10. Der Computer ist das dem Sozialismus/Kommunismus angemessene Werk-, Denkzeug. Im Sozialismus kann der objektive notwendige Prozess der Globalisierung zu seiner angemessenen Verfasstheit finden: die Regelung der menschlichen Angelegenheiten in einem Produktivkraftsystem, das die globale Präsenz menschlichen Wissens in der Beherrschung der Materialflüsse, die Befreiung der Gebrauchswerte von ihrer kapitalistischen Hülle ermöglicht und somit den Weg zur globalen Kooperation freigibt. Unter den Bedingungen der sozialistischen Gesellschaft wird die Globalisierung als Prinzip der Vereinigung ebenfalls unvermeidlich voranschreiten. Sie wird sich jedoch auf der Grundlage der Ideen der Freundschaft der Völker, der Gleichheit und gegenseitigen Hilfe, des Internationalismus entwickeln.

I.1.11. Der kapitalistische Weltmarkt wird aufgehoben in der internationalen Vereinigung der Menschheit, die solidarisch die Hilfsquellen des Erdballs nützt, um den Planeten verbessert an die nachfolgenden Generationen weiterzugeben. Eine optimale sozialistische Globalisierung setzt voraus, dass von der Integration der Länder einer künftigen sozialistischen Gemeinschaft erstens die besten und nützlichsten Erfahrungen für die Völker aufgenommen und die Fehler und Unzulänglichkeiten die es gegeben hat überwunden werden, und zweitens, dass die Länder des Sozialismus,

indem sie ihre Eigenart und Originalität bewahren, zugleich allgemeine Züge aufweisen, die die Integrationsprozesse erleichtern und beschleunigen.

## I.2. Transnationale Konzerne (TNK) beherrschen die Welt

I.2.1. Menschen machen ihre Geschichte selbst – unter spezifischen Umständen. Doch unter den gegebenen Bedingungen wird die Geschichte von der Profitlogik, von Weltmarktzwängen und von den großen Konzernen und Banken bestimmt. Die größte Barriere für den weltweiten gesellschaftlichen Fortschritt stellt die ökonomische, politische und ideologische Macht des Monopolkapitalismus dar. Die entscheidende Machtkonzentration liegt bei den weltweit führenden Konzernen und Banken. Die 200 größten Konzerne der Welt kontrollieren ein Drittel des weltweiten Bruttoinlandsprodukts. Die Marktmacht dieser Gruppe hat sich in vier Jahrzehnten verdoppelt. Die 20 mächtigsten Banken bestimmen weitgehend die Weltfinanzmärkte. Einige wenige hundert Menschen – die EignerInnen, GroßaktionärInnen und Top-ManagerInnen der weltweit agierenden Großunternehmen und die RegierungschefInnen der wirtschaftlich mächtigsten Staaten – entscheiden über das Wohl und Wehe von hunderten Millionen Menschen. Sie handeln als Resultat einer entscheidenden Gesetzmäßigkeit: Die kapitalistische Gesellschaft wird von der Profitmaximierung bestimmt. Eine Produktion für menschliche Bedürfnisse findet nur dann statt, wenn der höchstmögliche Profit erzielt wird. Da die übersättigten Märkte beziehungsweise die mangelnde Kaufkraft eines großen Teils der Weltbevölkerung eine profitable Re-Investition großer Teile akkumulierten Kapitals der Monopolkonzerne in den realen Bereich der Güterproduktion und Dienstleistung verunmöglichen, werden immer neue Geldmittel für die Finanzspekulation freigemacht. Die Finanzspekulation ist also nicht bloß der Auswuchs des egoistischen Strebens einer kleinen Gruppe wild gewordener Finanzjongleure, sie ist vielmehr als notwendige Form der Reproduktion des transnationalen Kapitals zu werten. Die Finanzoligarchie agiert auch nicht völlig abgehoben von der Realwirtschaft, wie vielfach behauptet wird, sondern dominiert im Gegenteil die Vorstände der Industrie- und Handelskonzerne. Das Finanzkapital benötigt für seine Existenz nach wie vor die reale Mehrwertproduktion und nicht bloß die Spekulation.

I.2.2. Die Macht der großen Unternehmen und Banken ist zusammengeballt in drei großen Wirtschaftsblöcken – Nordamerika (Nafta), Japan und Westeuropa

(EU). Diese stehen in heftiger Konkurrenz zueinander. Gleichzeitig haben sie die Zielsetzung, alles und jeden ihrer Kontrolle zu unterwerfen. Internationale Institutionen wie der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Welthandelsorganisation (WTO) agieren im Interesse der Weltkonzerne, der großen Finanzinstitute und der Regierungen der G7-Staaten. Das internationale Kapital dringt in all seinen Formen – beschleunigt durch die Deregulierung der Finanzmärkte, sowie gestützt auf die modernen Transport-, Verkehrs- und Kommunikationstechnologien – in die letzten Winkel der Erde vor.

I.2.3. Das Maß geben also die transnationalen Konzerne vor, und zwar in Bezug auf Kosten, modischer und technologischer Standards. Massenmedien, insbesondere das Fernsehen, tragen dazu bei, Konsum- und Kaufgewohnheiten weltweit zu vereinheitlichen. Coca Cola und Big Mac, Toyota, Sony und Mickey Mouse prägen Welten. Regionale und lokale Märkte werden so zunehmend zerstört bzw. mit Waren der TNK überschwemmt.

I.2.4. Zum Maßstab der Ökonomie wird allein der Shareholder-Value, die Rendite der GroßaktionärInnen und der Börsenwert der Unternehmen auf den internationalen Finanzmärkten. Unproduktives Kapital flüchtet um die Welt, sichert den Eigentümern riesenhafte Profite und eröffnet die Möglichkeit, mit privatem fremden Kapital nationale Volkswirtschaften zu destabilisieren.

I.2.5. Die Polarisierung von Reichtum und Armut zwischen den kapitalistischen Metropolen und der übrigen Welt ist derart extrem, dass die in der Welt von den Vereinten Nationen gezählten 358 MilliardenInnen ein ebenso großes Einkommen haben, wie 45 Prozent der ganzen Menschheit. Die kapitalistischen Metropolen nutzen ihre beherrschende Stellung der weniger entwickelten und armen Länder. Sie diktieren diesen niedrige Preise für Rohstoffe und Produkte und fordern andererseits hohe Preise für eigene Exportgüter aller Art. Zu Niedrigstlöhnen und -kosten werden durch das Kapital arbeitsintensive, gesundheitsschädliche und ökologisch gefährliche Produktionen in den ärmeren Ländern genutzt und/oder in diese verlagert. Die kapitalistischen Metropolen nehmen die ärmeren Länder in Zinsknechtschaft und erzwingen maximale Verwertungsbedingungen des transnationalen Kapitals. Die imperialistische Globalisierung erweist sich als eine neue Form des Kolonialismus.

I.2.6. Die Orientierung des transnationalen Kapitals auf maximalen Profit führt zu einem immer gravierenderen Raubbau an den natürlichen Ressourcen, zur Zerstö-

rung der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen, die zunehmend unumkehrbar wird und auf Dauer die Existenz der Menschen selbst gefährdet. Bereits heute leidet ein großer Teil der Menschheit an Hunger, verfügt über keine hinreichenden Trinkwasserressourcen, ist ohnmächtig den durch Klimaveränderungen bedingten Naturkatastrophen ausgeliefert und wird durch Umweltvergiftungen, Krankheiten und Seuchen bedroht. Auch in den kapitalistischen Metropolen gefährdet die kapitalistische Profitwirtschaft auf vielfältige Weise durch Einsatz von Chemikalien, Pestiziden und Antibiotika, durch gentechnische Veränderungen bei Pflanzen und Tieren mit unkontrollierbaren Folgen sowie immer häufiger werdenden Fällen der kriminellen Verseuchung von Lebensmitteln unmittelbar die Gesundheit der Menschen.

I.2.7. Mit der Herausbildung immer mächtigerer privater Medienkonzerne werden heute die wichtigsten Mittel der öffentlichen Meinungsbildung in der Einheit von Kapitalverwertung und Ideologieproduktion gesteuert. Nach wie vor ist der Antikommunismus wesentlicher Bestandteil des herrschenden Zeitgeistes und dient vor allem der Diskreditierung aller alternativen sozialistischen Gesellschaftsvorstellungen. Gestützt durch soziale Verhältnisse und die Politik und Ideologie der herrschenden Klasse gewinnen Nationalismus und Chauvinismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Neofaschismus und Sexismus an Boden

### I.3. Illusion: krisenfreier Kapitalismus

I.3.1. Massenarbeitslosigkeit erschien in Österreich und in anderen westeuropäischen Ländern lange Zeit ein Alptraum der Vergangenheit zu sein. Es entstand die Ideologie vom Wirtschaftswunder. Im letzten Jahrzehnt investieren – getrieben von der Aussicht auf Traumrenditen für Technologieführer – Konzerne nahezu grenzenlos in Telekom, Mobilfunk und Internet. Die Börsenwerte hoben ab wie Raketen. Der Geldfluss, den die Gier an den Börsen in diese Branchen spülte, schien niemals versiegen zu können. Das Marktpotential schien unendlich. Endlich war sie da, die New Economy Konjunkturzyklen? Außer Kraft gesetzt! Wirtschaftskrisen? Steinzeitökonomie!

I.3.2. Der New Economy-Wahn währte gut drei Jahre. Dann stand eine handfeste Überakkumulationskrise ins Haus. In atemberaubender Geschwindigkeit rauschte die gesamte Branche direkt in die Krise. Als im Frühjahr 2000 die größte Spekulationsblase aller Zeiten platzte, verbrannte an den Weltbörsen ein Aktienvermögen von unvor-

stellbaren 12.000 Milliarden (12 Billionen) Dollar. Von der Pleitewelle sind die großen Telefongesellschaften und Telekommunikationsunternehmen erfasst. So ist auch der Fortgang des Fusionprozesses vorprogrammiert. Die Überlebenden werden die Pleitekandidaten übernehmen und ausschlichten. Am Ende sind dann die staatlichen Monopolanbieter durch private Telekom-Monopole ersetzt. Durch die Auslieferung an das private Kapital fehlt jetzt das frühere krisenstabilisierende Moment eines staatlichen Infrastruktur-Sektors, der zudem Ansatzpunkt staatlicher Beschäftigungsprogramme sein könnte. Eine ähnliche Situation zeichnet sich im Bereich der Energiewirtschaft und Versorgungsunternehmen ab.

Allerorten läuft eine Welle von Produktionsstilllegung und Kapitalvernichtung ab.

### I.4. Transnationale Konzerne und Nationalstaat

I.4.1. Paradoxe Weise spielen die Nationalstaaten, die als Hindernis für die weitere Entwicklung des Weltmarktes betrachtet werden, eine bedeutende Rolle im Prozess der Globalisierung. Da die wirtschaftliche Entwicklung stark vom Fluss der Investitionen abhängt, sind die Staaten gezwungen, transnationale Unternehmen anzulocken. Denn diese bringen in der Regel modernste Technologien und initiieren die Ansiedlung zahlreicher regionaler oder lokaler Zulieferer. Staatliche Politik hat die Aufgabe, den Standort für den internationalen Vorteilsvergleich des transnationalen Kapitals attraktiv zu machen. Zusätzlich gibt der Staat mit der Privatisierung strategischer Sektoren (Telekommunikation, Verkehr, Energie) alle Mittel für ökonomische Einflussnahme und Regulierung aus der Hand. Auf diese Weise verliert die bürgerliche Demokratie immer mehr ihren Inhalt. Unter Beibehaltung formaler Demokratie wird ein Übergang vom „Sozialstaat“ zum schlanken, autoritären „Sicherheitsstaat“ vollzogen.

I.4.2. Die transnationalen Konzerne haben fast ausschließlich ihren Sitz in den USA, der EU und Japan. Die Führungen von einigen Weltkonzernen und internationalen Großbanken haben gemeinsam mit den Regierungen weniger Staaten die weitgehende Kontrolle über die wichtigsten internationalen Institutionen erlangt.

I.4.3. Weltkonzerne organisieren sich derzeit nicht als multinationale, sondern als transnationale Konzerne. Die maßgeblichen Beteiligungen an fast allen transnationalen Konzernen und Schachtelaufsichtsräten haben einen klaren nationalen Charakter. Das ist kein Widerspruch zu ihrem internationalen Operationsfeld. Die Interessen der TNK werden von ihren jeweiligen Nationalstaaten erbittert vertei-

digt. Der suggerierte Totalrückzug des Staates findet nicht statt. Im Gefüge des heutigen Imperialismus spielt der Staat nach wie vor eine tragende Rolle repressiv nach innen, aggressiv nach außen. Nach dem Ende des „Wohlfahrtsstaates“ ist die neue Variante staatsmonopolistischer Politik die sukzessive Auflösung der Umlagen gedeckter Sicherungssysteme, die Zerschlagung und Privatisierung des öffentlichen Eigentums sowie die massive Rücknahme sozial-staatlicher Regulierungsmaßnahmen. Gleichzeitig verstärkt der Staat die Finanzierung der Ansiedlung der Konzerne, ihre Exporttätigkeit und die Kosten für Forschung und Entwicklung bei gleichzeitigem Verzicht auf Besteuerung ihrer Profite.

I.4.4. Entscheidender Stimulus der weiteren Produktivkraftentwicklung ist der rasante technologische Wandel, insbesondere bei den Wachstumsindustrien. Während sich die Lebenszyklen der Produkte verkürzen, steigt der Forschungs- und Entwicklungsaufwand (FuE) für einen neuen Technologiesprung so steil an, dass er die Finanzkraft von großen TNK übersteigt. Das heißt aber nichts anderes, als dass sich eine weitere Produktivkraftentwicklung auf dem Boden der rein eigenen Akkumulationsmöglichkeiten ohne ständige Inanspruchnahme staatlicher Vermittlungsprozesse und staatsmonopolistischer Mechanismen erschöpft hat und das kapitalistische System auf dieser Entwicklungsstufe mithin in einem beständigen Selbstwiderspruch zu sich befindet.

I.4.5. Ohne Eingriffe des bürgerlichen Nationalstaates zugunsten des transnationalen Monopolkapitals könnte die Ausbeutung im Produktionsprozess nicht stattfinden weil die Nationalstaaten erst durch die bürgerliche Rechtsetzung den Arbeiter/innen das Recht auf adäquaten Zugang zu den Ergebnissen ihrer Arbeit verweigern. Dieser Besitztitel der Kapitalisten wird von den Nationalstaaten mit allen Mitteln verteidigt. Auch vom Standpunkt des Kampfes um das Leben sichernde Löhne und für einen progressiven Sozialstaat ist die irri-ge Annahme vom Niedergang der Macht der imperialistischen Nationalstaaten nicht zielführend sondern lähmend, weil dieser Kampf immer noch – unterstützt durch die internationale Solidarität der arbeitenden Klasse, vor allem im Rahmen der nationalen Klassenkämpfe in den Nationalstaaten geführt werden muss.

I.4.6. Die Verteidigung der österreichischen Neutralität und nationalstaatlicher Souveränität, sowie die Verteidigung der erkämpften demokratischen Rechte und sozialstaatlichen Errungenschaften hat nichts mit Nationalismus zu tun. Die KPÖ kämpft für das Zustandekommen einer internatio-

nalistischen Allianz gleichberechtigter Nationalstaaten. Dieses Ziel kann nur in Konfrontation zum ökonomischen und militärischen Block des EU-Imperialismus erreicht werden, der sich in Richtung eines chauvinistischen Projekts eines Superstaates entwickelt.

I.4.7. Aus kommunistischer Sicht steht also nicht die „Abschaffung“ des Nationalstaates auf der Tagesordnung, sondern die Umfunktionierung eines Staates des Monopolkapitalismus in einen progressiven Sozialstaat.

## **I.5. Gewalt und Weltherrschaft**

I.5.1. Nach dem Zweiten Weltkrieg war der Imperialismus nur friedensfähig, solange ihm das sozialistische Lager gegenüberstand. Wie es jetzt um seine Friedensfähigkeit bestellt ist, da es den Sozialismus auf europäischen Boden nicht mehr gibt, sieht man daran, dass der Imperialismus Staaten, die sich dem ungehinderten Zugriff auf ihre Ressourcen und Bodenschätze widersetzen mit Kriegen überzieht. Nach dem Ende des Kalten Krieges hatten die imperialistischen Hauptmächte eine historische Chance, die gewaltigen freiwerdenden Mittel für soziale und kulturelle Zwecke einzusetzen. Besonders die USA, das Machtzentrum der imperialistischen Staaten und die stärkste Militärmacht der Welt wollten aber keine Wende zur Entmilitarisierung, sondern eine Weichenstellung zur Militarisierung unter ihrer Dominanz und direkter Präsenz in Richtung auf einen permanenten weltumspannenden Krieg. Deklariert wurden die Kriege gegen Jugoslawien und der Golfkrieg, der Afghanistankrieg und der Krieg gegen den Irak als „zivilisatorische“ Mission gegen „Schurkenstaaten“. Das verschwiegene Ziel dieser Kriege ist die Re-Kolonisierung nicht nur Chinas und der Länder des ehemaligen Ostblocks, sondern auch des Iran, des Irak und des indischen Subkontinents – eine Re-Kolonialisierung, bei der es darum geht, zugunsten eines grenzenlos globalisierten Marktsystems souveräne Staaten in offene Territorien zu verwandeln. Und zur Erzwingung mörderischer Marktreflexen sind dann eben auch militärische Mittel nicht ausgeschlossen. Krieg und Globalisierung gehen Hand in Hand.

I.5.2. Eine starke integrierte EU des transnationalen Monopolkapitals steht zwangsweise in Konkurrenz zum US-Imperialismus. Der Kampf um Einflusszonen, um die Vorherrschaft über die strategisch wichtigen Regionen der Welt ist bereits voll im Gange. Der Euro ist Konkurrenzwährung zum Dollar und Instrument euroimperialistischer Wirtschafts- und Machtpolitik. Gegenwärtig beteiligen sich die europäischen NATO-Verbündeten, als US-

Kriegspartner an der „Neuordnung“ der Welt. In dem Maße wie die Widersprüche zwischen den Wirtschaftsblöcken wachsen und die gemeinsame Sicherheitspolitik der EU (GASP) Gestalt annimmt, werden die Differenzen der EU zu den USA in strategischen und taktischen Fragen auch politikrelevant. Auch die EU will, zusätzlich zur NATO, mit einer hochtechnologischen Interventionsmacht international und gegebenenfalls unter Bruch des Völkerrechts militärisch operieren können.

I.5.3. Der Terrorismus, dessen Nährboden die ungelösten Konflikte zwischen Arm und Reich sind, ist im Kampf gegen den Imperialismus ein verwerfliches und völlig ungeeignetes Mittel.

I.5.4. Die imperialistische Praxis bestätigt die marxistische These wonach die Aggressivität des Imperialismus sich aus der Art seiner Widersprüche entwickelt und er auf Grundlage seiner inneren Gesetzmäßigkeit gezwungen ist, sie auszutragen. Letzten Endes geht es im imperialistischen Krieg immer um Aneignungsquellen letztlich um die Eigentumsfrage.

## **I.6. Österreich: Neoliberale Kapitaloffensive**

I.6.1. Österreich profitierte von der Niederlage des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg und vom Einfluß der neu entstandenen weltweiten Systemalternative in besonderem Maß. Der Erfolg des kapitalistischen Wiederaufbaus nach 1945 hatte seine Ursache in den Sonderfaktoren, die aus den Umständen der Befreiung von der nationalsozialistischen Diktatur und der wieder gewonnenen Unabhängigkeit entstanden. Dazu zählen: Der antifaschistisch und ursprünglich auch antiimperialistisch positionierte Staatsvertrag, der hohe Grad an Verstaatlichung, der sich aus dem großen Anteil des ehemaligen deutschen Eigentums an Großbanken und Industriebetrieben ergab, sowie die 1955 proklamierte Neutralität mit ihren Vorteilen für die Wirtschaft und Sicherheit Österreichs.

I.6.2. Nach der Niederlage des kämpferischen Teils des ArbeiterInnenschaft im Oktoberstreik 1950 entwickelte sich auf dieser Grundlage die „Sozialpartnerschaft“, die im Laufe von Jahrzehnten von einer Herrschaftstechnik, beruhend auf der permanenten Einbeziehung der Gewerkschaftsspitzen, zur spezifisch österreichischen Form der wirtschaftlichen und sozialen Regulierung ausgebaut wurde. Die „Sozialpartnerschaft“ hat den Klassenkampf in einen Dauerschlaf versetzt und eine Mentalität der Untertänigkeit erzeugt. Voraussetzung für das Zustandekommen der „Sozialpartnerschaft“ war die Bereitschaft der Führungen der Sozialdemokratie und des ÖGB, ihren Frieden mit dem Kapital zu

schließen; den Verzicht auf Einsatz der Kampfkraft der arbeitenden Menschen bei der Durchsetzung ihrer Interessen und der Verzicht auf eine grundlegende Umwälzung der Gesellschaft in Richtung Sozialismus, die damals noch im Parteiprogramm der SPÖ vorgegeben war. Schließlich beendete die weltpolitische Zäsur von 1989/90 endgültig die dem Imperialismus aufgezwungene Phase eines gezügelten und kontrollierten gesellschaftlichen Kompromisses. Sozialdemokratie und Gewerkschaftsführung akzeptierten die Totalität des Kapitalismus als einzig mögliche Gesellschaftsordnung. Auch in Österreich sind nach der fast totalen Privatisierung die TNK und die Finanzmärkte zum beherrschenden Faktor des Wirtschaftslebens geworden.

I.6.3. Vor allem der deutsche Imperialismus hat Österreich unter seine fast totale Abhängigkeit gebracht. Die Industrie, der Handel und die Banken gehören heute meist deutschen Konzernen, die österreichische Tourismuswirtschaft ist von den Gästen aus Deutschland abhängig. Durch die Dominanz der deutschen Monopole im Bereich der Medien – die in Österreich zudem einem beispiellosen Konzentrationsprozess unterworfen sind – ist Österreich auch Opfer eines deutschen Kulturimperialismus. Andererseits setzt sich das österreichische Kapital seit dem Scheitern des Sozialismus in Ost- und Südosteuropa fest. Die österreichischen Direktinvestitionen in diese Region sind für ein kleines Land bemerkenswert. Dementsprechend aggressiv gab und gibt sich die österreichische Außenpolitik – meist im Schlepptau der deutschen Außenpolitik. – was vor allem beim Krieg gegen Jugoslawien zu erkennen war. Auch dank der Aufrüstungsprogramme des Bundesheers, der Willensbekundungen der Regierung zu Auslandseinsätzen auch ohne UNO-Mandat und der Rolle die Österreich bei der Entwicklung der Europäischen Union und der so genannten Osterweiterung spielt, kann man heute durchaus wieder von einem österreichischen Imperialismus sprechen.

I.6.4. Wie die „Reformen“ in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion bedeutet auch die Zerstörung der Verstaatlichten Industrie und der Betriebe der Verstaatlichten Banken in Österreich die Enteignung des Staates durch das private Kapital. Das gleiche passiert nun auch mit den Ver- und Entsorgungsbetrieben auf kommunaler Ebene. Bei der Auslieferung der öffentlichen und kommunalen Versorgungsbetriebe an das private Kapital geht es auch um die Autonomie der Gemeinde. Ihre Betriebe sind Machtfaktoren, die wie früher die Banken und Industriebetriebe in Staatshand den privaten Eigentümern auf gleicher Ebene

ne gegenüberreten konnten. Was nach der Enteignung des Staates bleibt, ist der abhängige Sicherheitsstaat. Was nach der Enteignung der Gemeinden bleiben wird, ist die Statthalter-Gemeinde.

I.6.5. Mit dem Abbau des öffentlichen Sektors in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung, öffentlicher Verkehr und Post wird das Rad der Wirtschafts- und Sozialgeschichte zurückgedreht, müssen den Ansprüchen der AktionärInnen genügen und höchstmögliche Profite erwirtschaften. Diese Ziele werden nur durch die Abschaffung von Arbeitsplätzen, den Verkauf von möglichst viel Energie und Wasser und der Einsparung von Umweltmaßnahmen erreicht. Die Kommunen hingegen sind dem Gemeinwohl verpflichtet, die Gewinne können in die Modernisierung von Anlagen, in den Umweltschutz oder in andere kommunale Bereiche gesteckt werden.

I.6.6. EU, Bund und Länder engen durch Abschaffung (Getränksteuer) oder Beschneidung kommunaler Steuern (Werbsteuer), durch Ausdünnung oder Abschaffung von Fonds zur Gewährung günstiger Kredite (Wasserwirtschaftsfonds) oder durch willkürliche Bedarfszuwendungen die vielstrapazierte Autonomie der Gemeinden immer mehr ein. Auch auf kommunaler Ebene erfolgt die massive Umverteilung zum Finanzkapital auf Kosten der SteuerzahlerInnen, die ihren Ausdruck in den Budgets in Form hoher Zinszahlungen für die wachsenden Schulden der Gemeinden findet. Eine wesentliche Auswirkung der neoliberalen Politik ist die Ausdünnung

der regionalen und lokalen Infrastruktur im Zuge der Budgetsanierung (Bezirksgerichte, Gendarmerieposten, Postämter, Finanzämter, Regionalbahnen usw.).

I.6.7. Die Autonomie der Gemeinden als ein Eckpfeiler des bürgerlich-parlamentarischen Selbstverständnisses über den Platz der Gemeinden in der Gesellschaft wird durch wachsende Vorgaben in Form von Gesetzen und Verordnungen von EU, Bund und Land immer mehr ausgehöhlt.

I.6.8. Als schleichender Prozess findet auch auf kommunaler Ebene eine Entdemokratisierung statt, die ihren Ausdruck etwa in einer verstärkten Machtkonzentration bei BürgermeisterInnen und Gemeindevorstand, in der Straffung der Gemeindeordnungen, der Entwertung des gewählten Gemeinderates, Verlagerung von Entscheidungen auf Gemeindeverbände, ausgegliederte Betriebe und ganz allgemein in einer vermehrten Berufung auf Sachzwänge findet. Belastungen der arbeitenden Menschen, Privatisierungen von Landeseigentum und Privilegien werden von den herrschenden Parteien auch auf Ebene des Landes umgesetzt.

I.6.9. Die Möglichkeiten, die progressiven Potentiale des Föderalismus im Sinne der arbeitenden Menschen auszunützen, werden missachtet. Im Gegenteil: Die Forderung maßgeblicher LandespolitikerInnen nach Zusammenlegung von Landtagen und nach Schaffung größerer Regionen innerhalb Österreichs zeigt den vorausseilenden Gehorsam gegenüber der EU.

I.6.10. Bildung, Kultur, Gesundheitswesen, Alterssicherung, Frauenförderung usw.

werden abgebaut und privatisiert und den Prinzipien der Kapitalverwertung unterworfen. Unter dem Titel „soziale Treffsicherheit“ wird ein Umbau des Sozialstaates in Richtung Armenfürsorge in die Wege geleitet und eine ständige Sozialschmarotzerdebatte provoziert. Im Pensionsbereich werden in regelmäßigen Abständen Einschnitte vorgenommen, im Gegenzug wird private Pensionsvorsorge mittels steuerlicher Begünstigung attraktiver gemacht. Der Zweck dieser Privatisierung sozialer Risiken besteht darin, die hunderte Milliarden Schilling Pensionsbeiträge, die jetzt noch an den Versicherungs- und Bankkonzernen vorbeigehen, diesen zu übertragen. Das Ziel eines „Nulldefizits“ wird als Vehikel benützt, um den funktionierenden Sozialstaat zu demontieren und Investitionen in die Zukunft (Bildung, Forschung, Infrastruktur) dem willkürlichen Erfolgskriterium „Nulldefizit“ zu opfern.

I.6.11. Die Daueroffensive der Kapitalisten, in der jedem Teilerfolg neue Forderungen zum Abbau sozialer Errungenschaften nachgeschoben werden hängt mit der strategischen Selbstblockade zusammen, die sich die Führungen der Sozialdemokratie, „postkommunistischer“ Parteien und Gewerkschaften in theoretischer und ideologischer Hinsicht auferlegt haben. Diese wirken in der tief verinnerlichten Überzeugung, der „aufgeklärte“ Kapitalismus sei die beste aller möglichen Welten. Sie akzeptieren die Ideologie der „Standortlogik“, mit der Konsequenz, dass der Sozialstaat und zivilisatorische Errungenschaften auf mehr oder weniger unauffällige Weise abgeschafft wird.

## II. Der Sozialismus – unser programmatisches Fernziel

a• Es wird immer deutlicher, dass der Kapitalismus keine Zukunft hat, dass er unfähig ist, die ihm innewohnenden Widersprüche zu lösen. Allerdings hat die Geschichte des 20. Jahrhunderts bewiesen, dass wir weder in der Epoche eines „weltweiten“ noch eines territorial begrenzten „Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus“ leben. Der Zusammenbruch des Realsozialismus hat von allen mit diesen Losungen verbundenen Vorstellungen, Erwartungen und Hoffnungen keinen Stein auf dem anderen gelassen. Bedeutet dies, dass wir uns von einer marxistischen Epochebestimmung und einer daran orientierenden prognostischen Zukunftsabschätzung verabschieden und es bei einer unverbindlichen sozialistischen „Vision“, sozusagen als Trostpflaster bewenden lassen müssen, wie das bei vielen gewendeten „Postkommunisten“ Mode ist? Natürlich nicht!

b• Die Totalzerstörung des realen Sozialismus in Europa bewirkte einen historischen Schritt zurück hinter die Epoche sozialistischer Revolutionen. Der Epochenwiderspruch Imperialismus/Sozialismus wirkt insofern als objektiver Prozeß weiter als sozialistische Entwicklungswege in einigen Ländern weiter versucht werden.

c• Einige Staaten, China, Vietnam, Kuba halten weiterhin an ihrem sozialistischen Entwicklungsweg fest. Die KP Chinas definiert das Land in der Anfangsphase des Sozialismus mit vielen Elementen „vorsozialistischer Verhältnisse“; das bis zur Mitte des Jahrhunderts zu einem reichen, starken demokratischen und zivilisierten sozialistischen Staat aufgebaut werden soll. Die Partei stellt das Ringen um die Förderung der Produktivkräfte, um günstige Bedingungen für den Durchbruch zu einer ökonomisch und strategisch ebenbürtigen Großmacht in den Mittelpunkt. Sie orientiert sich langfristig auf die These „Ein Erdball – zwei Systeme“ sowie darauf, in einer Einheit von Auseinandersetzung und Zusammenarbeit den Kapitalismus für den Aufbau des Sozialismus im Sinne der Leninschen NÖP zu nützen. Wenn diese Prognose der KP-Chinas stimmt, befinden wir uns in der Anfangsphase der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.

d• Gewiss ist eines: Wir leben in der Epoche in der die objektiven materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus her-

angereift sind und in der im Interesse der Erhaltung und des Fortschritts der menschlichen Gesellschaft, die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus erforderlich geworden ist. Mit der neuen Produktionsweise auf der Basis der modernen Produktivkräfte und dem damit verbundenen rasanten Wachstum der Vergesellschaftung der Produktion und der Arbeit bilden sich im Schoße des modernen Kapitalismus mit ständig zunehmender Geschwindigkeit wesentliche Elemente einer sozialistischen Zukunft heraus. Die „sozialistische Welt“ existiert bereits in „alter kapitalistischer Form“ als eine gewaltige, nur bisher ungenutzte Potenz. Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus wird sich als wechselhafter Kampf der handelnden Klassen vollziehen. Bis zur vollständigen Überwindung des Imperialismus kann er nicht als unumkehrbar angesehen werden.

e• Aus diesem Verständnis der gegenwärtigen Epoche kann die revolutionäre Bewegung einen möglichen Gang der Weltgeschichte in Richtung einer kommunistischen Zivilisation nützen und weiterführen. Aus dieser Sicht wird deutlich, dass der europäische „reale Sozialismus“, der als Frühsozialismus einerseits die kapitalistische Ausbeutung und dadurch bedingte Grundgebrehen des Kapitalismus beseitigte, andererseits aber wesentliche Probleme sozialistischer Gesellschaftsentwicklung nicht lösen konnte, nicht als Matrize eines künftigen Sozialismus gelten kann.

### II.1. Bilanz des Realsozialismus

Ungeheuer erschwerend wirkt, dass der letzte Sozialismusversuch im Massenbewusstsein als Zerrbild aus Negativselektionen verankert ist.

II.1.1. Wer den Sozialismus will, muss die Geschichte des Realsozialismus bilanzieren, sich der historischen Wahrheit stellen, mit allen Plus und Minus. Die Geschichte des Sozialismus ist nicht nur eine Folge des eigenen Wollens und Handelns, des eigenen Vermögens und Unvermögens der herrschenden Kräfte. Eine vielseitige Analyse muss Wirkung und Gegenwirkung, die Wechselwirkung zwischen eigenem Wollen und die Einwirkung der mächtigen Gegenkräfte berücksichtigen. Die Politik des Realsozialismus war teils richtige, teils verfehlte, teils vereitelte Politik. Eine objektive Beurteilung des Realsozialismus erfordert eine Rückblendung auf den Ausgangspunkt.

II.1.2. Das Russland der Zarenzeit war ein „barbarisches, mittelalterliches, schändlich rückständiger Staat, der aus hungernden Bauern Steuern herauspreßte. Die Arbeiter schufteten unter dem Joch des Kapitals“ (Lenin). Die Geschichte der kommunistischen Bewegung ist beherrscht von einem grundlegenden Problem. Die sozialistische Revolution hat sich nicht dort vollzogen, wo die kapitalistische Entwicklung am weitesten gediehen war und wo Marx den Übergang zum Sozialismus am ehesten erwartet hatte. In der Oktoberrevolution gelangten die „Bolschewiki“ (Kommunisten) mit dem Willen und der Aktion der Massen zur Macht. Die Oktoberrevolution – sie war nicht allein auf die Machtergreifung der Arbeiter und Bauern in Russland orientiert, sollte den Beginn der Revolutionen in einigen wichtigen europäischen Ländern einleiten, die in ökonomischer und kultureller Hinsicht viel reifer für den Aufbau des Sozialismus waren. Die russischen Revolutionäre warteten aber vergebens auf den Ausbruch der Revolution im Westen, der dem russischen Oktober Entlastung bringen und seine Zukunft sichern sollte. So blieb der junge Sowjetstaat isoliert. Doch nun, was tun? Wenn man die sozialdemokratische Lösung verwarf, die politische Macht der Bourgeoisie oder, noch schlimmer, herrschenden Klassen halbfeudalen Typs anzuvertrauen bzw. zurückzugeben, konnte man den ausgebliebenen Revolutionen im Westen nur auf eine Weise begegnen: In Russland musste der Sozialismus errichtet werden, trotz der Zurückgebliebenheit des Landes und der ungünstigen internationalen Kräfteverhältnisse.

II.1.3. Sowjetrussland löste das Versprechen der Oktoberrevolution ein: Beendigung des Krieges, Sowjet-(Räte)-Macht, Aufteilung des Großgrundbesitzes an die landlose Bauernschaft. Die Soldaten, die städtischen Unterschichten und die Bauern unterstützten deshalb enthusiastisch das Sowjetregime. Ein der jungen Sowjetmacht aufgezwungener Bürgerkrieg und eine konterrevolutionäre Intervention der kapitalistischen Hauptmächte warf das Land weit hinter den Stand von 1913 zurück. Auch in den 30er Jahren herrschte unter dem Eindruck einer Technikfaszination im Kontext mit der Industrialisierung Aufbruchstimmung, die nach dem Sieg im „vaterländischen Krieg“ einem neuen Höhepunkt zustrebte. In den ersten Jahrzehnten spielte

die Staatsmaschinerie vorwiegend eine schöpferische Rolle, sie hat wirtschaftlich organisiert und kulturell erzogen. Während des 2. Weltkrieges erlitt die Sowjetunion unermessliche materielle Verluste. Zur Zeit des Todes Stalins (1953) hatte die sowjetische Wirtschaft erst die enormen materiellen Kriegsverluste aufgeholt, in der zweiten Hälfte der 50er Jahre, symbolisiert im ersten bemannten Raumflug Juri Gagarins wuchs die Volkswirtschaft beträchtlich. Zur Wende des Jahrzehnts wurde aber deutlich, dass die sowjetische Planwirtschaft die Grenzen ihrer Funktionstüchtigkeit erreicht hatte. Grundlegende Defizite machen deutlich: der Realsozialismus war kein „reifer“, „entwickelter“ Sozialismus, wie die KPdSU behauptete, sondern eine Frühform der Gesellschaft, in der wesentliche Grundlagen des Sozialismus – allerdings durch schwerwiegende Deformationen beeinträchtigt – errichtet werden. Dennoch wurden grundlegende soziale Errungenschaften durchgesetzt, die es in keinem kapitalistischen Land gab.

II.1.4. Positiv war u. a. der rechtlich gesicherte Zugang zu existenzsichernder Arbeit; die Möglichkeit der freien Aneignung von Bildung und Kultur als Voraussetzung, um ein selbstbestimmtes Leben zu führen; soziale Sicherheit als ein zentrales Gut menschlichen Lebens. Dazu zählten Wohnen, Gesundheitsfragen, Schutz vor Kriminalität. Die Ergebnisse der gesellschaftlichen Produktion wurden prinzipiell gerecht verteilt. Und der Realsozialismus war friedfertig. Er vermochte der Epoche zeitweilig einen fortschrittlichen Stempel aufzudrücken (Sieg über den Faschismus, Zerfall des Kolonialsystems, internationale Friedenssicherung). Berücksichtigt man, dass der Realsozialismus der ärmere Teil Europas war, verkörpert er gegenüber den heutigen vom Kapitalverhältnis geprägten Zuständen gesellschaftlichen Fortschritt. Die Existenz des Sozialismus und seine Errungenschaften haben die Bedingungen für den Kampf um soziale und demokratische Reformen in den entwickelten kapitalistischen Ländern wesentlich verbessert. Die Bourgeoisie und ihre Regierungen waren zu bedeutenden Zugeständnissen gezwungen.

II.1.5. Die Betonung der Vorzüge darf aber nicht zur Leugnung oder Vertuschung seiner schlechten und dunklen Seiten, seiner Mängel und Deformationen führen. Die unlöslich mit der Person Stalins verbundenen, Verbrechen und der Terror dürfen nicht verharmlost werden. Sie dürfen in den marxistischen Sozialismusvorstellungen keinen Platz finden.

II.1.6. Der Realsozialismus ist weder allein an der einen oder anderen Ursache gescheitert, sondern an der Summe zahl-

reicher objektiver und subjektiver Zusammenhänge. Die Ursachen der schwerwiegenden Fehler und Deformationen liegen in der ungenügenden schöpferischen Anwendung und Weiterentwicklung des Marxismus, im Abgehen von den marxistischen Grundsätzen durch die Führung der Partei und des Staates. Entscheidend für das Scheitern des Realsozialismus waren letztlich die eigenen Fehler, Mängel und Deformationen; die praktische und theoretische Aufarbeitung ist dringlich.

II.1.7. Ein Hauptübel des realen Sozialismus war das überdimensionierte bürokratisch-zentralistische Kommandosystem, sowie die unkontrollierte Konzentration der Macht im Führungszentrum der regierenden kommunistischen Partei. Diese ersetzte die Prinzipien der Demokratie und der Kollektivität durch Administrieren, Diktat, Willkür und zeitweise durch gegen Unschuldige ausgeübten Terror. Die Sowjets mutierten zu einer von den Massen entrückten Herrschaftsstruktur. Sie waren immer weniger imstande, den Fortschritt befördernde Maßnahmen zu setzen.

Kommandosystem und das Administrieren machten die Menschen – die wichtigste Produktivkraft – zu mechanischen VollstreckerInnen der Verwaltungen. In der Praxis bedeutete dies das Ignorieren der Schöpferrolle der arbeitenden Menschen. Schließlich verloren Staat und Partei, die mehr und mehr zu einem bürokratisch-administrativen Apparat verchmolzen die Fähigkeit, die Wirklichkeit zu erfassen und den Knäuel von Widersprüchen zu entwirren.

II.1.8. Die gegängelte marxistische Theoriebildung verlor auf dem Gebiet der politischen Ökonomie ihre innovative Fähigkeit, weil ihr verlässliche Kriterien zur Lösung aktueller Probleme fehlten. Ein ungelöstes Problem bestand in der praktischen Umsetzung der Messung der Mengen durchschnittlicher gesellschaftlicher notwendiger Arbeitszeit jenseits des Marktes, in der konkreten Bestimmung des Wertes des Endprodukts. Ohne Bewältigung dieses Problems ist die Herstellung einer gebrauchswertorientierten gesamtgesellschaftlichen Effektivität undenkbar.

II.1.9. Die Sowjetunion schied aus der Geschichte aus, weil ihre auf Zentralkontrolle basierenden Produktionsverhältnisse mit einem durch den Computer geprägten dezentriert-interaktiven Wirtschaftstyp unvereinbar waren und die ökonomische Stagnation und gesellschaftliche Erstarrung verfestigten.

II.1.10. Neben der ökonomischen Schwäche hat die sträflich vernachlässigte geistig-kulturelle Hegemonie den Sieg der Konterrevolution entschieden.

Aus der marxistischen Philosophie eli-

minierte Stalin das dialektische Grundgesetz der Entwicklung von der Negation der Negation, das die Kontinuität der Entwicklung ausdrückt: Die Negation als Aufhebung des Niederen durch das Höhere, des Alten durch das Neue, bei der aber auf der höheren Entwicklungsstufe alles Positive beibehalten wird, das dem Gegenstand auf der vorhergehenden Entwicklungsstufe eigen ist. Die Doktrin des sogenannten „Marxismus-Leninismus“ beruhte auf dogmatisch eingegangenen Bruchstücken des Marxismus. Stalins Vereinfachungen, Einseitigkeiten, Verabsolutierung, die Gleichsetzung von Negation und Vernichtung, sein Hang, Gegensätze für starr und unvereinbar zu halten, sein Bruch mit dem wissenschaftlichen und humanistischen Wesen marxistischer Sozialismusideen, der ganze Dogmatismus in seiner Geisteshaltung haben den Realsozialismus immens negativ beeinflusst.

II.1.11. Das bürokratisch-administrative zentralistische Herrschaftssystem hat Stalin überlebt, es war reproduzierbar. Der Stalinismus nach Stalin brach mit dem Terror, aber nicht mit den Deformationen und den undemokratischen Methoden, die sich weiter verfestigten. In der Nachstalinzeit blieb das entscheidende politische Entwicklungshemmnis für notwendige Korrekturen, die dem Sozialismus neue Schubkraft verleihen sollten bestehen: Die Unkontrollierbarkeit der Politbüros und ihrer Apparate, die institutionelle Identität von Staatsautorität, ökonomischer Verfügungsgewalt und ideologischen Ausschließungsanspruch. Deshalb hat der Terminus „Stalinismus“ seine Berechtigung. Nach Stalin gab es keine Überlegungen über eine grundsätzlich neue Art und Weise, wie man auf den Widerspruch zwischen dem umfassenden Führungsanspruch der Partei und den Anforderungen des Staates und der Volkswirtschaft unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution auf neue Art reagieren müsste. Es blieb ein Tabu, die Frage nach Lockerung oder Abschaffung der umfassenden Machtbefugnisse der Parteispitze auch nur zu stellen.

II.1.12. Mitte der 80er Jahre nahm die Krise des Realsozialismus existenzbedrohende Ausmaße an. Nichts wäre für die Sowjetunion, für die Menschen in den sozialistischen Ländern notwendiger und nützlicher gewesen als ein offener, rücksichtsloser Austausch der Erfahrungen, ein internationaler Dialog über Irrtümer, Versagen und Chancen gewesen. Michail Gorbatschow, den die sowjetische Hierarchie an die Spitze von Staat und Partei hievte, war der geschichtliche Auftrag zugefallen, einen Kurs zu steuern, der den Sozialismus an Haupt und Gliedern erneuert. Gorbatschow, der am Anfang der Perestroika

erklärt hatte, das Wesen der dringlich notwendigen Umgestaltung „bestehe gerade darin, die Leninsche Konzeption vom Aufbau des Sozialismus wieder voll zum Tragen zu bringen“, sagte später, er betrachte die Zerschlagung des Kommunismus als sein Lebensziel. Der Anfang und das Ende des Michail Gorbatschow, dessen Politik zur Zerstörung der sozialistischen Weltmacht führte, die über Jahrzehnte die imperialistischen Großmächte in Schach gehalten und ein Gleichgewicht der Kräfte garantiert hatte, beweist: Die aus der „geschichtlichen Gesetzmäßigkeit“ abgeleitete Auffassung, dass für große historische Aufgaben zum richtigen Zeitpunkt auch die richtigen Menschen bereitstehen, gehört zu den Irrtümern des Marxismus.

II.1.13. Unter bestimmten geschichtlichen Bedingungen (1917 und 1945) bestand eine günstige Situation zur langfristigen grundlegenden Veränderung der bestehenden Machtverhältnisse und Zielsetzung. Doch wurde die historische Chance aus vielerlei Gründen vertan. Die unvermeidliche Zentralisation ökonomischer, politischer und ideologischer Macht wurde nicht zu allseitig demokratischen Verhältnissen weitergeführt und dadurch aufgehoben: die ökonomischen und politischen Strukturen entfremdeten sich der Masse der Gesellschaft und folgten einer „Eigenlogik“, die der Vollzug der Eigeninteressen einiger exklusiver, der demokratischen Kontrolle entzogener bürokratischen Schicht war. Auf diese Weise wurden die schöpferischen Kräfte in Wirtschaft, Politik und Geistesleben untergraben und weitgehend zerstört. Die negativen Prozesse waren historische nicht unvermeidbar, objektiv nicht notwendig.

II.1.14. Der Stalinismus war in seinen Grundzügen nicht allein ein Phänomen des Realsozialismus, sondern wurde auch der kommunistischen Weltbewegung aufgezogen. Aufgabe unserer Zeit ist die Wiederherstellung einer starken, international operierenden kommunistischen Bewegung, deren objektive Grundlagen die realen kapitalistischen Produktions- und Vergesellschaftungsprozesse sind. Gemessen an dieser Aufgabenstellung ist der Stalinismus ein Synonym für Dogmatismus, Verflachung, Einengung, Realitätsverlust, ein Anachronismus.

## **II.2. Künftiger Sozialismus: Offenes, demokratisches Projekt**

II.2.1. Menschen, die sich für uns entscheiden sollen und wollen, haben angesichts des Desasters beim ersten Anlauf des Aufbaus des Sozialismus ein Recht uns zu fragen, wie es beim nächsten Mal aussehen soll und besser gemacht werden kann. Unsere Haltung, zu der wir auf schmerz-

hafte Weise gefunden haben, bedeutet keine Verurteilung und Totalkritik der Sozialismusversuche im 20. Jahrhundert, sondern verpflichtet uns dazu, aus der Kritik an Abirrungen vom Marxismus Schlussfolgerungen für heutige und zukunftsweisende Politikkonzepte zu ziehen. Bewährte kommunistische Kader kennen aus eigener Erfahrung den tiefsitzenden Widerwillen, ihr schwer erarbeiteten theoretischen Grundlagen zu überprüfen oder gar teilweise in Frage zu stellen, aber die Überwindung dieses Widerwillens ist für einen Beitrag zu neuen Erkenntnisgewinnen sowie die Erneuerung des Marxismus und der Partei lebensnotwendig.

II.2.2. Wir müssen uns bewusst und kritisch den theoretischen Erkenntnissen und Erfahrungen der österreichischen und internationalen ArbeiterInnenbewegung stellen. An kritisches kommunistisches Denken muss der Anspruch gestellt werden, gesellschaftliche Wirkungszusammenhänge aufzudecken und darauf basierend die Erneuerung von Theorie und Praxis der Sozialismuskonzeptionen und der kommunistischen Parteien voranzutreiben. Die neue Stufe aller ökonomischen, sozialen und geistig-kulturellen Prozesse erfordern eine Sozialismuskonzeption, die weit über das heute bekannte und bis 1989 in Europa praktizierte sozialistische Modell hinausgeht. Wenn wir es unterlassen über den bisherigen Sozialismus hinausführende neue Sozialismusvorstellungen zu entwickeln, die auf der vollständigen und konsequenten Demokratisierung aller Bereiche der Wirtschaft, des Staates und der Zivilgesellschaft beruhen und die Frage nach unseren Vorstellungen von einer Gesellschaft jenseits von Konzernherrschaft und Profitprinzip unbeantwortet lassen führt Kritik am Stalinismus zur Gleichsetzung mit dem bürgerlichen Antistalinismus und zur Rückbesinnung auf die bürgerliche Demokratie. Im Beschluss des 30. Parteitags zur Ausarbeitung eines neues Parteiprogramms wird ausdrücklich „eine komplexe Darstellung von Grundpositionen, eine so realistisch als mögliche Ausgestaltung der Begriffe Sozialismus und Kommunismus...einen knapp und präzise formuliertes, politisch handhabbarer Gesellschaftsentwurf unserer erneuerten Sozialismusvorstellungen, ein aus sachlich-wissenschaftlicher Analyse abgeleitetes Parteiprogramm“ eingefordert.

II.2.3. Die sicherste Methode, um den Menschen die Einsicht zu verstellen, dass der Kapitalismus immer mehr menschenverachtende Züge annimmt, ist es, die Ressentiments gegen den Sozialismus und gegen die KommunistInnen so auszubauen, dass die Möglichkeit der sozialistischen Alternative an der Mauer des Vorurteils zerschellt.

II.2.4. Das Mißtrauen in die demokratische Zuverlässigkeit der KPÖ, die Furcht vor dem Machtantritt ist unbegründet. Die KPÖ hat nie Ansprüche auf das Monopol der Macht erhoben. Wir haben aus den Demokratie-Defiziten der ehemaligen realsozialistischen Länder grundlegende Schlussfolgerungen gezogen. Die KPÖ steht in der Tradition der österreichischen ArbeiterInnenbewegung, für sozialen und demokratischen Fortschritt. Wir fühlen uns dem Vermächtnis österreichischer Kommunistinnen und Kommunisten und dem progressiven Erbe Österreichs verpflichtet. Wir kämpfen für die Unabhängigkeit unseres Landes, für die Sicherung der Neutralität, für Antifaschismus, für Frieden und Sozialismus. Diese Bestrebungen und Ziele werden sich auch in einen Sozialismus in Österreichs Farben widerspiegeln.

II.2.5. Die KPÖ lehnt das monolithische Staatseigentum ab. Wir sind gegen eine allumfassende staatliche Planung der Wirtschaft, für Pluralismus in den Eigentumsformen bei Dominanz des gesellschaftlichen Eigentums. Es ist der Neoliberalismus, der mit seiner blindwütigen Feindschaft gegen alle Formen von gesellschaftlichem Eigentum den viel beschworenen Pluralismus Lügen straft.

II.2.6. Die KPÖ ist gegen jegliche Privilegien in Wirtschaft und Politik. Das hat aber nichts mit Gleichmacherei zu tun, sondern bedeutet die Anerkennung der Leistung jeder einzelnen Person. Das historische Spezifikum des Sozialismus ist der Beginn der Überwindung einer Jahrtausende währenden Epoche von Klassengesellschaften mit den bekannten Phänomenen der Klassenausbeutung, der Brutalität in den zwischenmenschlichen Beziehungen, mit der Degradierung der Persönlichkeit, dem Egoismus und der Entfremdung der Individuen, primär auf der Grundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln.

II.2.7. Eine künftige sozialistische Gesellschaft wird ein offenes, demokratisches und variantenreiches Projekt mit dem Ziel sein, eine klassenlose, ausbeutungsfreie und herrschaftslose Gesellschaft aufzubauen, in der die freie Entfaltung einer/s jeden zur Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.

## **II.3. Sozialismus und Demokratie**

II.3.1. Sozialistische Demokratie basiert im radikalen Unterschied zur bürgerlichen Demokratie, die auf die Erhaltung der Sonderinteressen der herrschenden Klasse gerichtet ist, auf der Idee der vollständigen und konsequenten Demokratisierung der Wirtschaft und der Produktionsverhältnisse, sowie des Staates und der Zivilgesellschaft, auf dem Ineinandergreifen von ge-

sellschaftlicher Entwicklung und massenweise individueller Entfaltung. Die sozialistische Demokratie ist ein neuer Demokratietyp, der wirklich demokratische, das heißt die Selbstbestimmung der Menschen respektierende Organisationsformen der Gesellschaft entwickelt. Der Sozialismus muss eine Gesellschaftsordnung sein, die für Veränderungen und Neuschöpfungen offen bleibt und in der es daher immer auch Widersprüche geben wird, die dem Fortschritt ebenso vorantreiben wie auch gefährden können. Zum Kampf für den Sozialismus werden nicht nur Kommunisten/Innen antreten sondern auch andere Parteien, viele Menschen mit den unterschiedlichsten Motiven: christliche, ökologische, allgemein humanistische werden gemeinsam mit Kommunisten/Innen den Sozialismus aufbauen, werden im staatlichen und zivilgesellschaftlichen Überbau politisch und ideologisch vertreten sein und für die Ausgestaltung des Sozialismus eintreten, wie er ihnen vorschwebt. Das kann dazu führen, dass sie Regierungsverantwortung übernehmen oder in die parlamentarische Opposition wechseln, ohne den Boden des Sozialismus zu verlassen.

II.3.2. Eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist nicht möglich ohne die Vergesellschaftung des Staates. Ohne strenge Kontrollmechanismen, ohne Offenlegung aller politischen Entscheidungsvorgänge, ohne Rechenschaftslegung und sofortige Abwahlmöglichkeiten, ohne wirkliche Presse- und Versammlungsfreiheit stirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, entstehen auch in Gesellschaften, die auf soziale Gerechtigkeit ausgerichtet sind, neue oligarchische und patriarchale Herrschaftsverhältnisse. Gleichberechtigte Stellung aller Mitglieder der Gesellschaft als EigentümerInnen bei Vielfalt der sozialistischen Eigentumsformen bedarf der denkbar vollkommensten Demokratie in den politischen Strukturen, ebenso wie der demokratischen Rechte der ArbeiterInnen und Angestellten in den Betrieben. Selbständige Entfaltung der ökonomischen Einheiten in Produktion, Handel, Finanzwesen, Kommunalwirtschaft und dergleichen ist – allerdings innerhalb der ökonomischen Gesetze des Sozialismus – unabdingbar. Um das sozialistische Eigentum im allseitigen Interesse der Gesellschaft zu verwalten und zu mehren, bedarf es wettbewerbsfähiger Produktion, lebendiger Verflechtungen mit der internationalen Wirtschaft, sowie starker Banken, die den bestimmenden Einfluss der gesellschaftlichen EigentümerInnen unantastbar gewährleisten.

II.3.3. Macht kann im Sozialismus nur auf der Basis einer Mehrheit der Bevölkerung ausgeübt werden. Eine neue Macht

wird sich auf die Einhaltung der Verfassung stützen, die gesellschaftspolitische Reformziele festschreibt und demokratische und soziale Rahmenbedingungen festlegt, welche zur unabdingbaren Beachtung der Menschenrechte verpflichtet, sowie weitgehende Kontrollmechanismen und demokratische Eingriffsmöglichkeiten vorsieht, um Missbräuche zu verhindern. Erfahrungen des Klassenkampfes lehren, dass die Monopolbourgeoisie, wenn sie ihre Macht und Privilegien bedroht sah, stets versucht haben, den gesellschaftlichen Fortschritt mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bis hin zur Errichtung faschistischer Diktaturen und zur Entfesselung von Bürgerkriegen zu verhindern. Eine genügend mächtige und entschlossene Volksbewegung kann den Widerstand der reaktionären Kräfte überwinden und ein solches Übergewicht der zum Sozialismus strebenden Kräften erreichen, dass die Anwendung blutiger, konterrevolutionärer Gewalt verhindert und der für das arbeitende Volk günstigste Weg zum Sozialismus durchgesetzt wird. Eine Konterrevolution entwickelt sich im Sozialismus dann, wenn die Kommunisten versagen und den Einfluss auf die Massen verlieren. Kommunistische Grundprinzipien gebieten anzuerkennen, dass das Volk auch im Sozialismus ein Recht auf Widerstand bzw. Sturz der Regierenden hat, wenn seine Grundrechte von den Regierenden verletzt und die sozialistische Verfassung durch sie gebrochen wird. Unser Revolutionsverständnis zielt vor allem darauf, die errungene politische Macht durch den Ausbau der kulturellen Hegemonie der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zu festigen. Diese sollen auf der Grundlage ihrer Erfahrungen im Klassenkampf ihr Klassenbewusstsein und mit ihm eine neue kulturelle Selbstverwirklichung entwickeln. Dadurch wird mit dem allgemeinen Selbstverständnis und dem demokratischen Konsens der großen Mehrheit des Volkes eine stabile Konvergenz der politischen Machtausübung erreicht.

## II.4. Sozialismus und Freiheit

II.4.1. Der Sozialismus, dieses zutiefst universalistische Projekt der menschlichen Emanzipation, ist keine Utopie, aber auch kein Paradies auf Erden. Er ist mit dem Fortschreiten „von der Utopie zur Wissenschaft“ (F. Engels) mit dem marxistischen Anspruch auf wissenschaftliche Zukunftserhellung verbunden - ohne Anspruch auf absolute Wahrheit. Im Sozialismus bleiben gesellschaftliche Widersprüche, es bleiben „Muttermale“ (Karl Marx) von vergangenen Gesellschaftsordnungen und persönlichen Konflikten. Aber er befreit die Menschheit von den Geiseln der Ausbeu-

tervergangenheit: Er überwindet alle Verhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes Wesen ist, er befreit die Menschen von Ausbeutung, von Unterdrückung und Armut, von Krisen, von Umwelterstörung und von Kriegen und so von der Gefahr des Untergangs der menschlichen Zivilisation. Sozialistische Gesellschaftsgestaltung ist nicht auf die Lösung des Klassenwiderspruchs zwischen Kapital und Arbeit beschränkt; sie muss zugleich die gesamten von der Ausbeuterzivilisation hervorgebrachten antagonistischen Widersprüche aufheben, die sich zum Teil auch in den neuen Herrschaftsverhältnissen reproduzieren wie beispielsweise die Unterdrückung der Frauen, Widersprüche zwischen Völkern und Nationen mit schwerwiegenden Folgen wie in der Sowjetunion und in Jugoslawien.

II.4.2. Das erfordert die Überwindung jeglicher nationaler Absonderung und Gegensätze der Völker, reaktionärer Vorurteile wie Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, sowie die Menschenwürde verletzender Praktiken, die sich insbesondere gegen Frauen richten. Die Unterdrückung der Frauen begann bereits, bevor das Privatkapital an Produktionsmitteln historisch auf den Plan trat und zwar in einer Phase der Urgemeinschaft in der sich die gesellschaftliche Arbeitsteilung und die Staatenbildung vollzog und sich im Prozess der Auflösung der Urgesellschaft mit der Ersetzung blutverwandtschaftlicher Beziehungen durch die Klassenteilung und Klassenherrschaft endgültig verfestigte. Die Gewalt prägte sich auch in der Vorherrschaft der Männer über die Frauen aus. So fiel die Arbeits- und Klassenteilung der Gesellschaft mit der sozialen Entgegensetzung der Geschlechter, der Unterordnung der Frauen unter die Männer, der Installation patriarchalischer Machtverhältnisse zusammen, es entstand eine männerdominierte Welt. Aus dieser Sicht entwickelt die kommunistische Bewegung eine fundamentale Kritik an der kapitalistischen Klassenherrschaft, die, die Männlichkeit zu einem universellen Prinzip erhoben hat, in der die Frau als Abweichung von der Norm oder mit der Natur identifiziert wird. Ziel unseres Kampfes ist eine Gesellschaftsordnung, in der die Kategorie Geschlecht uninteressant dafür ist, wie wir als Menschen behandelt werden. Das ist der Sinn unserer antipatriarchalen Orientierung. Frauen brauchen deshalb einen selbständigen Frauenkampf gegen Ungleichheiten, die sich auf die Geschlechtsunterschiede berufen, genauso wie sie gemeinsam mit Männern gegen Kapitalismus und Frauenunterdrückung kämpfen.

II.4.3. In einem langen Prozess müssen kapitalistisch instrumentalisierter Individualismus und eine konkurrenzgesellschaftlich geformte Persönlichkeitsstruktur, die keine Rücksichten und Selbstbeschränkungen kennt, überwunden werden. Es müssen Voraussetzungen geschaffen werden, dass der/die Einzelne eine sinnvolle Verknüpfung von Gesellschafts- und Individualentwicklung, ein humanistisches Verhältnis zu seinem sozialen Bezugssystem und zu seinem eigenen Selbst im Interesse der Selbstentfaltung aller, herstellen kann.

II.4.4. Die historische Funktion des Sozialismus ist es, die Übereinstimmung von Mensch und Natur herzustellen und damit den Weg der Selbstvernichtung der Menschheit zu beenden. Die Emanzipation des Menschen ist das Ziel des Sozialismus. Denn erst hier erhält er die Chance, mit dem zu beginnen, was das Ziel des Lebens ist: wirkliche Freiheit.

## II.5. Die Frage des Eigentums

II.5.1. Die Aufhebung des kapitalistischen Eigentums an den „großen“ Produktionsmitteln ist die entscheidende Grundvoraussetzung, um den Sozialismus aufzubauen. In der bürgerlichen Gesellschaft ist der entscheidende Hebel für das Funktionieren des Mechanismus der Aneignung des Mehrwerts durch die KapitalistenInnen die bürgerliche Rechtssetzung, nach der alle Arbeitsergebnisse Eigentum der KapitalgeberInnen sind. Nach dem tatsächlichen Sachverhalt seiner Entstehung aber ist der Mehrwert Frucht der Arbeitsleistung der Lohnabhängigen. Daher steht diesen sowohl moralisch als auch tatsächlich die Forderung zu, das Recht auf Eigentum mit dem Wertschöpfungsakt in Übereinstimmung zu bringen: Ursprüngliche/r EigentümerIn eines Wertes ist sein/e unmittelbare/r ProduzentIn. Die Umsetzung dieser Rechtsforderung der Lohnabhängigen bedeutet einen revolutionären Prozess, der die politische Entmachtung der KapitalistInnenklasse zum Ziel und als Voraussetzung hat.

II.5.2. Unzutreffend ist die Auffassung, heutzutage werde die gesellschaftliche Stellung der ArbeiterInnenklasse in erster Linie nicht von betrieblichen Ausbeutungsverhältnissen geprägt, sondern von den Verteilungsverhältnissen. Der kapitalistische Gesamtproduktionsprozess besteht aus dem Produktionsprozess und aus dem Zirkulationsprozess von Investitionen und Konsumgütern. Letzterer ist ein immens wichtiges Kampffeld für die Lohn- und Sozialpolitik. Trotzdem bleiben die Produktionsverhältnisse die entscheidende Grundlage des gesellschaftlichen Gesamtprozesses. Aus der Sphäre der kapitalistischen Produktion entspringt das System der Lohnarbeit, die Ursache der Entfremdung

und des Warenfetischismus, die Mehrwertproduktion, die Spaltung der Gesellschaft in Klassen und auch der Charakter und die Art der Verteilungsverhältnisse mit der Aufteilung des Mehrwerts in Profit, Zins, Grundrente und auch des Nationaleinkommens zugunsten der besitzenden Klassen. Das Wesen der Produktionsverhältnisse wird durch die Eigentumsverhältnisse bestimmt. Solange kapitalistische Eigentumsverhältnisse herrschen kann es keinen Sozialismus geben. Da genügt keine erweiterte Mitbestimmung, da bedarf es eines qualitativen Sprungs, da müssen die unmittelbaren Produzenten Eigentümer der Produktionsmittel werden. Koordination, gesellschaftliche Kontrolle und Steuerung dieser Aktivitäten der freien und assoziierten Arbeit setzen wiederum bestimmte Eigentumsformen, wie Genossenschaften, Belegschaftseigentum, Pacht von gesellschaftlichen Eigentum etc. voraus. Das gilt bedingt auch für Formen der gesellschaftlichen Partizipation, wenn die „Partizipationsorgane“ (gesellschaftliche Räte der Beschäftigten, Verbraucher, Kommunen, Interessensverbände, Institutionen) das Entscheidungs- und Verfügungsrecht des Großkapitals aufgehoben haben und das Geflecht der gesellschaftlichen Strukturen, Beziehungen und Prozesse sozialistischen Charakter annimmt.

II.5.3. Unzutreffend und illusionär ist die Vorstellung, dass „Entfremdung nur auf dem Wege einer ‚partizipativen Demokratie‘ aufgehoben und sich der volle Reichtum der Individualität entfalten kann.“ Die historisch umfassendsten Entfremdungsphänomene – die Religion und der Staat – sowie die ökonomische Entfremdung durch Lohnarbeit können nur jenseits des Kapitalismus, auch von „Demokratie“, in einer klassenlosen Gesellschaft, verschwinden. Dem Arbeiter stehen auch in Modellen der „real-utopischen“ partizipatorischen Demokratie- in denen es vielfach Privatbesitz an Produktionsmitteln – also Lohnarbeit gibt sowohl die Produktionsmittel als auch das Produkt seiner eigenen Arbeit als fremde, unabhängige Macht gegenüber Aufhebung der Entfremdung kann nur in dem Maße voranschreiten, wie im Vergesellschaftungsprozess „Demokratie“, mit allen Formen der Mitbestimmung und Mitgestaltung durch umfassende Selbstverwaltung und Selbstbestimmung der Produzenten abgelöst wird. Dadurch wird es möglich, die Produktion Schritt für Schritt real zu vergesellschaften, die gesellschaftlichen Grundbereiche zu planen, langfristig die Produktionsweise bei Dominanz des gesellschaftlichen Eigentums an den entscheidenden Produktionsmitteln und Existenz von Genossenschaften und anderen Eigentums-

formen zu gestalten sowie die kapitalistische Warenproduktion in eine sozialistische Warenproduktion umzuwandeln. Es ist der Weg, wonach an „die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen – eine Assoziation (tritt), worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“. (. Marx/F. Engels)

## II.6. Sozialismus und Landwirtschaft

II.6.1. Auch die Landwirtschaft wird im Sozialismus von einer Vielzahl von Formen des Genossenschaftswesens geprägt sein.

Seit dem Beitritt Österreichs zur europäischen Union werden die Interessen der Klein- und Mittelbauern/bäuerinnen und der Nebenerwerbsbauern/bäuerinnen verstärkt dem Primat des Profits und der „Euro-Kriterien“ unterworfen. Diese Entwicklung der Landwirtschaft ist gekennzeichnet durch das Diktat der Agrar- und Pharmaindustrie und durch enorme Überproduktion. Während Millionen Menschen verhungern, werden landwirtschaftliche Produkte im großen Stile vernichtet, um dem Preisverfall entgegenzuwirken. Diese Widersprüche sind durch das BSE- und MKS-Drama zu Tage getreten. Vielleicht am deutlichsten zeigt der landwirtschaftliche Sektor, dass vernünftige Produktion an den Bedürfnissen von Mensch und Tier orientiert werden muss.

II.6.2. In Österreich ist die Alternative zur agrarischen Großproduktion der bäuerlich-ökologische Landbau mit Kreislaufwirtschaft bei Einsparung von industriell erzeugtem Dünger. Auch in der Landwirtschaft sind grundlegende Strukturereformen fällig. Erfolgreicher bäuerlicher Landbau erfordert die Zurückdrängung und Überwindung des Einflusses des agrarindustriellen Komplexes, eine allseitige Kooperation und Integration der Bauern/Bäuerinnen in Produktion, Verarbeitung und Vermarktung sowie Kooperation der Bauern/Bäuerinnen mit dem Handel, dem regionalen Handwerk und anderen Wirtschaftsbetrieben und nicht zuletzt auch Zusammenarbeit mit Interessensverbänden der KonsumentInnen.

II.6.3. Agrarindustrielle Betriebe sollten z.T. Eigentum bäuerlicher Genossenschaften sein bzw. im Rahmen des zu schaffenden öffentlichen Industriesektors organisiert werden.

## II.7. Sozialismus und Kommunismus

II.7.1. Sozialismus ist Kampf für den Abbau des Alten und ein Aufbauen des Neuen, bis zum definitiven Sieg der kommunistischen Gesellschaft, bis zum Ver-

schwinden der Klassen und damit auch des Staates, der Parteien und der übrigen Klasseninstitutionen, die ihre historische Rolle zu Ende gespielt haben.

Auch im Sozialismus gibt es, in umgestalteter Form, Warenproduktion und Lohnsystem. Der Sozialismus „erbt“ das alte System der Gliederung der Menschen nach Merkmalen der Arbeitsteilung. Er „erbt“ die Unterschiede zwischen körperlicher und geistiger Arbeit sowohl im Einkommen als auch auf kulturellem Niveau. Diese Muttermerkmale vergangener Epochen kann man nicht einfach abschaffen. Im Sozialismus werden die aus Ausbeuterverhältnissen resultierenden unversöhnlichen Klassenunterschiede in einem lang andauernden widersprüchlichen Prozeß beseitigt. Es bleibt die ArbeiterInnenklasse und die Klasse der Bauern/Bäuerinnen, es bleiben breite soziale Schichten von Intellektuellen und Werktätigen.

II.7.2. Längere Zeit existiert im Sozialismus auch privates Eigentum an Produktionsmitteln, wo nicht nur Familienangehörige, sondern auch fremde Arbeitskräfte beschäftigt sind. Das heißt, auf längere Zeit wird es auch im Sozialismus Ausbeutung und Klassenkämpfe geben. Die Kapitalistenklasse wird – ohne Großkapital – eingebunden in ein System sozialistischer Warenproduktion. Allerdings sollten gemeinwirtschaftliche Betriebe so aufnahmefähig sein, dass niemand gezwungen ist, sich in Privatbetrieben der Ausbeutung zu unterwerfen.

II.7.3. Die Klassenteilung der Gesellschaft, sozialistische Warenproduktion, sozialistisches Lohnsystem, gesellschaftliche Arbeitsteilung sowie wesentliche Unterschiede zwischen körperlicher und geistiger Arbeit und im kulturellen Niveau werden erst in einem langen und allmählichen, Generationen dauernden Prozess, verschwinden.

II.7.4. Die ArbeiterInnenklasse braucht ihre Macht, d.h. ihren Staat nur, um Sonderinteressen abzuschaffen, d.h. mit allen Klassen auch sich selbst aufzuheben. „Demokratie“ ist Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit, also der Herrschaft von Menschen über Menschen. „Verwaltung von Sachen und der Leitung von Produktionsprozessen“, obliegt im staaten- und herrschaftslosen Kommunismus nicht eingesetzten Beamten, sondern gewählten, jederzeit absetzbaren Delegierten.

II.7.5. Ein geschlossenes, allgemeinverbindliches Modell des Sozialismus wird es nicht geben. In Zukunft wird es verschiedene „Sozialismen“ geben, die universell ein menschenwürdiges Leben aller Men-

schen sowie die Versöhnung der Menschheit mit der Natur und mit sich selbst ermöglichen.

II.7.6. Der Kommunismus ist eine klassenlose, ausbeutungsfreie und herrschaftslose, auf Selbstbestimmung und Selbstverwaltung begründete Zivilgesellschaft. Die Zivilisation, entstanden beim ursprünglichen Übergang der Menschheit von urkommunistischen Zuständen zu einer auf Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruhenden Klassengesellschaft ist unlöslich verbunden mit den Ausbeutergesellschaften sowie mit der Entfremdung des Menschen von der Natur und von einander.

II.7.7. Im Kommunismus werden die drei im Prozess der Auflösung urgesellschaftlicher Gemeinschaftsformen entstandenen stabilen, ökonomisch fundierten Hierarchien und Abhängigkeitsbeziehungen, die den Wesenskern antagonistischer Herrschaftsverhältnisse bilden, endgültig aufgehoben:

1. die auf die gesellschaftliche Arbeitsteilung und dem Klassenwiderspruch zwischen ökonomisch, politisch und geistig-kulturell Herrschenden und beherrschten Gesellschaftsmitgliedern.

2. der Geschlechterwiderspruch zwischen dominierenden, öffentlich und privat bestimmenden Männern und den tätigkeits-, strukturell aus- und eingegrenzten Frauen.

3. der interethnische Widerspruch zwischen „Herrenvölkern“ und beherrschenden Volksgemeinschaften.

II.7.7. Im Kommunismus gibt es keine Klassen und keine sozialen Unterschiede. In den Produktionsverhältnissen herrscht absolute Gleichheit. Die Menschen leben nach dem Prinzip: „Jede/r nach ihren/seinen Fähigkeiten, jede/r nach ihren/seinen Bedürfnissen“. Es gibt keinen Staat als politische Institution mehr. Er ist bereits abgestorben.

II.7.8. Kommunismus befreit die Menschen von der Entfremdung von der Natur von sich selbst, deren entscheidende Basis das Privateigentum von Produktionsmitteln ist und von der sich letztlich alle wesentlichen dem Kapitalismus eigenen verhängnisvollen gesellschaftlichen und menschlichen Konsequenzen und Konflikte ableiten. Dem Arbeiter treten weder die Produktionsmittel noch das Produkt seiner eigenen Arbeit als fremde, ihn beherrschende Mächte gegenüber. Die Emanzipation von den Formen der „abstrakten Arbeit“ zu einer freien Assoziation von Produzenten wird vollbracht in einem „Verein freier Menschen, die mit genossenschaftlichen

Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewusst als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgeben“. (K. Marx) Im Kommunismus „wenn die Arbeit einmal wirklich emanzipiert ist, wird jeder Mensch ein Arbeiter“ (K. Marx).

II.7.10. Mit der Entwicklung der Gesellschaft zum Kommunismus ist die Menschheitsgeschichte nicht am Ende. Auch im Kommunismus ist jede Entwicklung eine Entwicklung in Widersprüchen, deren produktive Lösung immer eine große Herausforderung für den einzelnen Menschen und die ganze Gesellschaft bleiben wird. Während jedoch bisher die eigene Vergesellschaftung des Menschen, ihm als von der Natur und der Gesellschaft oktroyiert gegenüberstand, wird sie jetzt ihre eigene freie Tat. „Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit“. (K. Marx)

II.7.11. Was verbleibt im Kommunismus? Es verbleibt die natürliche Ungleichheit und Verschiedenheit der Menschen. Eine/r ist begabt für Kunst, andere für Wissenschaften, eine/r hat flinke Hände, andere haben einen flinken Kopf. Es bleiben die „natürlichen Privilegien“ (Karl Marx) der Menschen. Ungleichheit und Verschiedenheit der Menschen wird es immer geben. Diese Unterschiede machen den Menschen zum Menschen. Die kommunistische klassenlose Gesellschaft ist eine unumgängliche Voraussetzung, um diese „natürlichen Privilegien“ entfalten zu können.

\*\*\*

II.7.12. Wir haben das „K“ aus unserem Namen nicht gestrichen, weil diese gesellschaftliche Umwälzung und der Sozialismus als „niedrigere Phase“ des Kommunismus Vorboten der „höheren Phase“ des Kommunismus sind, mit dem die Vorgeschiede der Menschheit abgeschlossen wird und ihre wirkliche Geschichte beginnt. Der Kommunismus wird reich sein an historischen Entwicklungen und Wandlungen. Auch im Zeitalter des Kommunismus werden wir nie am Ziel sein, sondern immer nur auf dem Weg zu einer Welt der sozialen Harmonie.

Der Kommunismus ist, einmal vollbracht, das Großartigste und Vernünftigste; er ist das „Einfache, das schwer zu machen ist“. (B. Brecht)

Der Übergang zur vollen Reife des Kommunismus wird vermutlich Jahrhunderte dauern.

# III. Mittelfristige Reformalternativen – Berührungspunkte zum sozialistischen Ziel

a• In unserer heutigen Situation ist das unmittelbare Problem der Linken nicht die „Revolution“, sondern die Frage der Reformen. Seit den 70er-Jahren hat keine im Interesse der arbeitenden und bedürftigen Menschen liegende Reform stattgefunden, die eine gewisse Tendenz zu emanzipatorischen Veränderungen mit sich gebracht hätte.

b• Auch ein zukünftiger Sozialismus wird nicht ohne eine mehr oder weniger lange, komplizierte Vorbereitungsperiode mit revolutionären „Zwischenstationen“ zu haben sein. Im Zentrum unseres Programms steht die, mit der Bündnispolitik verbundene Frage nach antikapitalistischen Reformen und Alternativkonzepten. Ausgehend von den heutigen konkreten Umständen geht unsere Strategie von folgender Annahme aus: Der Machtergreifung durch die ArbeiterInnenklasse muss eine lange Periode radikaldemokratischer Reformen vorausgehen, durch die dem kapitalistischen System durch Brüche in der Eigentumsstruktur und in den Machtverhältnissen grundlegende soziale und demokratische Rechte abgerungen werden. Schritte zu einer qualitativen Veränderung der bestehenden Gesellschaft die sich - klassenüberschreitend auf Erfahrung und Einsicht von Vielen stützt und bei Erreichen einer bestimmten Quantität den Charakter einer revolutionären Erneuerung der Gesellschaft annimmt, können sowohl punktuelle und kurzfristige als auch breite Massenbewegungen sein. Unter den heute bestehenden Bedingungen kann eine erfolgversprechende radikal-demokratisch orientierte Umgestaltung der Gesellschaft nur über solche Schritte zur Erweiterung und Vertiefung der Demokratie erfolgen. Das ist ein langandauernder konfliktreicher Prozess der nur gegen den Widerstand der an der Bewahrung der alten Verhältnisse interessierten Klassenkräfte durchgesetzt werden kann. Dieser Widerstand wird umso heftiger sein, je tiefer die Umgestaltungen in die Macht- und Eigentumsverhältnisse eingreifen. Der Ausgang des Kampfes ist völlig offen. Ohne Widerstand wird es immer barbarischere Abstriche von Lebensqualität und Humanismus geben. Außerparlamentarische Bewegung, Aktion, Druck, Öffentlichkeit, Protest und Streiks gegen unsoziale und undemokratische Maßnahmen sind unerlässlich, sowohl für die Abwehr neuer Verschlechterungen als auch für den Zuzug neuer Errungenschaften.

c• Ausschlaggebend für die Lösung des Widerspruchs zwischen der Macht des ungezügelten, entfesselten Monopolkapitalismus mit den Gefahren des Infernos und der Schwäche der revolutionären und nach Demokratie und Frieden strebenden Kräfte, ist die Stärkung der Kraft der ArbeiterInnenklasse und ihre Fähigkeit mit Bündnispartnern vereinbarte Interessen auf ein gemeinsames Ziel aufeinander abzustimmen.

d• Diese unerlässliche radikaldemokratische Reformpolitik hat nichts zu tun mit dem Reformismus sozialdemokratischer Prägung, der an den Schnittpunkten der Geschichte, 1918 und 1945, versagt und eine revolutionäre Entwicklung Österreichs verhindert hat. Schließlich ist aus dem Reformismus die heutige von sozialdemokratischen Regierungen betriebene Politik „neoliberaler Antireformen“ hervorgegangen.

e• Wer glaubt es sei möglich durch „Transformation“, also bloß durch Reformen zur sozialistischen Demokratie vorwärts zu schreiten hat den Kampf um eine reale sozialistische Alternative jenseits des Kapitalismus aufgegeben, predigt die Utopie eines „Sozialismus“ auf dem Boden und im Rahmen des Kapitalismus selbst. Der marxistische Begriff einer „revolutionären Transformation“ reflektiert eine hegemoniale Durchdringung sowohl der gesellschaftlichen Basis als auch des institutionellen und ideologischen Überbaus mit neuen revolutionären Inhalten. Revolutionäre Haltung erfordert Bereitschaft zum Bruch mit dem Bestehenden in jeder Phase der Politik und auf allen Feldern. Eine echte Reform muss immer der Vorbereitung und Durchsetzung revolutionärer Prozesse dienen, vor allem einem Wechsel in der Art des Eigentums an den wesentlichen materiellen Werten im Land. Um diesen Wechsel muß ein erbitterter gesellschaftlicher Kampf geführt werden.

## III.1. Für einen progressiven Sozialstaat

III.1.1. Mittelfristig steht der Kampf für einen neuen Typ von Demokratie und Sozialstaat im Zentrum unserer Programmatik.

Prioritäten eines anzustrebenden neuen progressiven Sozialstaates, der grundlegende menschliche Bedürfnisse sichert:

III.1.2. • Neue machtpolitische Verhältnisse: Die Vorherrschaft des Neoliberalismus in Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft muss gebrochen, eine

neue Hegemonie eines gesellschaftlichen Konsenses für eine demokratische, emanzipatorische, ökologische, soziale und kulturelle Umgestaltung muss erzwungen werden.

• Die Arbeit muss sich am Leitbild eines neuen Typs von Vollbeschäftigung orientieren.

III.1.3. Im 21. Jahrhundert wird die Menschheit ihren Bedarf an Waren und Dienstleistungen mit einem Fünftel der heute benötigten Arbeit befriedigen. Gleichzeitig steigt jedoch der Bedarf an sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Tätigkeiten, die keinen Profit erzielen, aber gesellschaftlich notwendig sind. Die Gesellschaft muss sich deshalb auf eine völlig neue Art von Vollbeschäftigung gründen.

III.1.4. Verhindert werden kann das Freisetzen von Arbeitskräften nur durch radikale Arbeitszeitverkürzung sowie durch Neuverteilung der Arbeit und Neuanstellungen, wobei kürzere Arbeitszeiten nur dann genügend Arbeitsplätze schaffen, wenn sowohl die Wochen- und Jahresarbeitszeit als auch die Lebensarbeitszeit reduziert wird, im Gesamteffekt um mindestens 20 Prozent. Mangelnder Reichtum der Weltgesellschaft wird als Erklärungsgrund für sozialen Verfall hinfällig.

III.1.5. • Lebenswichtige Strukturen der Gesellschaft, wie Wohnen, Gesundheit, Bildung, Kultur und Verkehr müssen der Diktatur des Marktes entzogen werden.

III.1.6. • Der soziale und ökologische Umbau der gesamten Produktions- und Lebensweise muss mit der Umverteilung der Einkommen und Vermögen verknüpft werden.

III.1.7. • Politische Freiheitsrechte und Wirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung müssen durch Formen der direkten Demokratie erweitert, die Rechtsstaatlichkeit ausgebaut, Gewaltentrennung und Unabhängigkeit der Gerichte strikt gewahrt werden.

III.1.8. • Entscheidende frauen- und kinderfreundliche Strukturen in allen Bereichen der Gesellschaft müssen als wichtige Voraussetzung für die schrittweise Beseitigung des Patriarchats geschaffen werden.

III.1.9. • Ein Gesundheitswesen ohne Zweiklassenmedizin, das allen Menschen gleichermaßen offen steht.

## III.2. Hauptstoß gegen Eckpfeiler des herrschenden Systems

III.2.1. Wir haben nicht die Absicht, das private Eigentum an Produktionsmitteln in ganzer Breite anzugreifen. Wir messen Klein- und Mittelbetrieben in Bezug auf Versorgung mit Konsumartikeln und Innovation, eine hervorragende Bedeutung zu. Angebot und Nachfrage sind sinnvolle Kriterien für überschaubare Sektoren wie ein lokales Handwerk.

III.2.2. Befinden sich große Produktionsmittel und Ressourcen der Gesellschaft – Bodenschätze, wichtige Rohstoffe, Industriezweige und große Unternehmen – in Privateigentum und werden sie einem anonymen Markt überlassen, dann mündet dies in eine immer größere Konzentration des privaten Eigentums an großen Produktionsmitteln. Die Herrschaft von Menschen über Menschen, die jedem kapitalistischen System eigen ist, wird zur Macht weniger MilliardärInnen und zur Ohnmacht von Millionen.

III.2.3. Große, zunehmende Teile des Gewinnes, vor allem Gewinne aus Vermögen, speziell die Gewinne aus Kursgewinnen bei Aktien, Spekulationen u.a. haben nichts mehr mit innovativer und effizienter Wirtschaft zu tun. Kommunistische Politik führt den Hauptstoß gegen die Macht der Konzerne und Großbanken und damit gegen die Eckpfeiler des herrschenden Systems.

III.2.4. Wirtschaftsdemokratie und demokratische Kontrolle über die Banken und andere Finanzinstitutionen sowie eine gesellschaftliche Regulierung und Kontrolle der Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sind für die linke Wirtschaftspolitik unverzichtbar.

III.2.5. Ein vergesellschafteter Industrie- und Bankenkonzern müsste die wichtigsten Bereiche der Hochtechnologie umfassen und eine nationale industrielle Führungsrolle übernehmen. Auf dieser Grundlage wäre es möglich, Rahmenbedingungen für eine innovative und zukunftsorientierte gesamtgesellschaftliche Wirtschaftspolitik zu schaffen, in der Wirtschaftsdemokratie, Kontroll- und Einwirkungsmöglichkeiten von unten nach oben bestehen und den öffentlichen Zugriff auf das Sozialprodukt sichern.

III.2.6. Beim Eingriff in das großkapitalistische Eigentum geht es zunächst um qualitativ neue Mitbestimmungsrechte der Belegschaften in den Unternehmen. Betriebsräte und Gewerkschaftsvertrauensleute müssen mitentscheiden können bei Struktur- und Fusionsentscheidungen, die Bedeutung für die Zentralisierung und Konzentration des Kapitals haben, bei Produkt- und Verfahrensinnovationen, bei Rationalisierungsinterventionen, Verlagerungen von Produktionsstätten ins Ausland.

III.2.7. Die demokratischen Mitbestim-

mungsrechte in den Unternehmen müssen ihre Ergänzung finden durch Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften im volkswirtschaftlichen Maßstab. Auch staatliche Regulierungsmaßnahmen wie Auflagen und Verbote beschränken die Verfügungsgewalt des Großkapitals.

III.2.8. Ein erst zu erkämpfender neuartiger progressiver Sozialstaat, in dem der Haupteinfluss von der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung ausgeht, würde mit dem gesellschaftlich erzeugten Reichtum wirklich den allgemeinen Wohlstand mehren, die Armut beseitigen, die Arbeitszeit verkürzen und die materiellen und geistigen Ressourcen für arbeitsplatzschaffende und umweltfördernde Maßnahmen, für Bildung, Kunst und Kultur verwenden. Statt Sozialabbau gäbe es wieder emanzipatorische Fortschritte in der Kultur- und Sozialpolitik.

## III.3. Zivilgesellschaft und Klassenkampf

III.3.1. Die bürgerliche Gesellschaft hat bedeutende zivilisatorische Errungenschaften hervorgebracht, die es zu bewahren und zu mehren gilt. Jedoch darf nicht ignoriert werden, dass der Kapitalismus keineswegs zur Demokratie drängt, sich in seinen Zentren sehr wohl aber nichtdiktatorischer Formen der Abhängigkeit und Unterdrückung bedient. Der Fortschritt wird immer wieder durch die zerstörerische Eigendynamik des Kapitalismus in Frage gestellt. Leider leben wir nicht, wie manche Linke meinen, in einer von vorwärtsstrebenden Kräften dominierten zivilisationsgeschichtlich progressiven Phase. Im Gegenteil. Die vielgerühmte Zivilisierung der Weltgemeinschaft hat den Rückwärtsgang eingelegt. Neben der Militarisierung der Außenpolitik geht es um die Entdenkalisierung und „Entrechtlichung“ der zivilen Institutionen der Gesellschaft. Der Demokratieabbau greift direkt in die Privatsphäre ein.

III.3.2. Die zerstörerische Dynamik des Kapitalismus transformiert das Prinzip der Profitmaximierung in die Kultur und Ideologie. Deshalb darf man aus der Anerkennung einer relativen Selbständigkeit und der spezifischen soziokulturellen Artikulationsebene der Zivilgesellschaft nicht den Schluss ziehen, dass sich Politik, soziale Bewegung und Kultur der totalisierenden kapitalistischen Vergesellschaftungstendenzen entziehen könnten. Es darf nicht unberücksichtigt bleiben, in welcher hohem Grade Hegemonie und Herrschaft des Kapitals in all ihren Formen, Ebenen und Lebensbereichen sowohl parlamentarische und exekutive Strukturen als auch einen Großteil zivilgesellschaftlicher Organisationsformen in das Verwertungsinteresse des Kapitals integriert, sie unterordnet, abhängig macht, aufkauft, ausgrenzt und letztlich Kapitalismuskritik absorbiert.

III.3.3. Mit der Macht der transnationalen Medienkonzerne wird eine geistige Diktatur über alle Nationen und menschlichen Gemeinschaften errichtet. Die Expansions- und Unterdrückungspolitik wird mit der Aura von Demokratie und Menschenrechten umgeben. Kapitalismuskritische, sozialistische Ideen haben nur marginalen Einfluss. Im Fernsehen sind kommunistische Sichtweisen praktisch überhaupt nicht vertreten. Außerdem verfügt der Kapitalismus über entwickelte Selbstsicherungsfähigkeiten, die in verunsichernden Krisenzeiten statt Widerstand Unterwerfungsbereitschaft fördern.

III.3.5. Die Zivilgesellschaft ist kein Gegenpol zu kapitalistischer Macht. Die Zivilgesellschaft ist das Ensemble einer ganzen Palette von Institutionen, die zwischen Staat und Ökonomie geschaltet sind, durch die eine herrschende Klasse, jenseits des herrschenden Zwangs, die freiwillige Zustimmung zu ihrer Produktionsweise, Politik, Ideologie und Kultur herstellt und sichert. In Ausbeutergesellschaften, insbesondere im entwickelten Kapitalismus, ist die Zivilgesellschaft die allgemeine, alltägliche und kulturelle Sphäre, in der das Kapitalverhältnis eingebettet ist und in der sie sich reproduziert, wobei die geistige Macht, die aufs Engste mit Kultur verwoben ist, subtil und durch tägliche Gewohnheiten verbreitet wird.

III.3.5. Die Zivilgesellschaft ist gleichzeitig der Ort des Klassenkampfes, an dem um das Bewusstsein der Massen gerungen wird und an dem sich der Kampf um die Hegemonie abspielt. Evolutionspotentiale der bürgerlichen Gesellschaft mussten immer dem bestehenden Machtsystem abgerungen werden. Auch mögliche Zivilisationsgewinne des 21. Jahrhunderts werden das Ergebnis der Kämpfe der ArbeiterInnenbewegung und progressiver demokratischer Bewegungen sein. Geistige, ideologische Vorherrschaft ist die Voraussetzung für den siegreichen Kampf um die Macht.

III.3.6. Heute, wo der entfesselte Kapitalismus Fortschrittspotenziale der parlamentarischen Demokratie durch destruktive Maßnahmen fortwährend einengt, ist es notwendiger denn je, auch auf dem Gebiet der Zivilgesellschaft die Angriffe auf zivilisatorische Errungenschaften abzuwehren. Notwendig ist die hegemonielle Durchdringung der zivilen Institutionen des politischen und ideologischen Bereichs mit revolutionär-demokratischen und humanistischen Inhalten. Es geht darum, die noch irreführende und passive Mehrheit politisch, sozial und kulturell zu sensibilisieren, die Hegemonie der herrschenden Kräfte zu schwächen und zu brechen und einer neuen Hegemonie, einem neuen gesellschaftlichen Konsens für demokratische Umgestaltungen und soziale Errungenschaften

zum Durchbruch zu verhelfen.

Eine kommunistische Partei muss Strategien gegen den Integrationssoj und gegen den Anpassungsdruck entwickeln.

### III.4. Die moderne Arbeiterklasse

III.4.1. „Klasse“ ist im marxistischen Sinn eine strukturelle Kategorie des Produktionsverhältnisses. Klassenbeziehungen verstehen wir als eine allgemeine Struktur- und Bewegungstendenz, die sich nicht im jedem Detail an den Beziehungen zwischen den Klassen nachweisen lässt. Entscheidendes Kriterium der Klassenabhängigkeit ist die Stellung und Funktion innerhalb des Systems der materiellen und immateriellen Produktion und Reproduktion. Zwischen den sozialen Gruppen und Individuen sind, wie stets in der Gesellschaft, die Grenzen fließend. Dennoch ergeben sich aus unterschiedlichen ökonomischen und sozialen Lagen unterschiedliche Primärinteressen, sie sich mit Sekundärinteressen vermitteln. Klassen und Klassenkampf sind als Termini hochabstrakte generalisierende Konstrukte, die in dieser Reinheit in der Realität nicht auftreten. Entblößt von konkreten geschichtlichen und sozialen Differenzen, hält der Begriff nur Abstrakt-Allgemeines fest. Einwände gegen die klassenanalytische marxistische Gesellschaftsicht beruhen oft auf Unkenntnis des Wesens und der Funktion theoretischer Abstraktion. Des öfteren verbirgt man hinter Einwänden auch die Absicht von der Klassennatur der Gesellschaft abzulenken. Die ständige Abnahme der in der Industrie Beschäftigten, die enorme Zunahme des gesamten Dienstleistungsbereiches, die neue Rolle der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz werfen Fragen auf, die in der Tat eine weitere Untersuchung der neuen Produktivkräfte erfordern. Diese Tatsachen berühren aber nicht das Wesen der Analyse von Marx. Oft wird unterstellt, der marxistische Begriff „Arbeiterklasse“ beziehe sich nur auf Beschäftigte in der materiellen Produktion – ohne ein einziges Argument gegen die Marxsche Einbeziehung der von Fabrikarbeiter zu unterscheidenden intellektuellen oder Büroarbeiter in die Produktivkraft anzuführen. Marx stellt ausdrücklich fest, dass auch Arbeitskräfte in der immateriellen Produktion, die vom Kapitalisten zum Zwecke der Mehrwertschöpfung eingestellt werden „produktive Arbeiter“ sind. Heute treffen wir im Sektor „kommerzielle Dienstleistungen“ in neuen Bereichen wie Tourismus, Freizeitgestaltung, Kultur, Körperpflege, Unterhaltung etc. massenhaft Lohnabhängige an, die für's Privatkapital in vielfältig gebrauchsfertiger Ausprägung produktive Arbeit leisten, also eindeutig zur Arbeiterklasse zu zählen sind.

III.4.2. Tatsache ist allerdings, dass es

dem realsozialistischem „Marxismus-Leninismus“ nicht gelang „weiße Flecken“ auf der Landkarte des Erbes von Marx zu beiseitigen. In der Programmdebatte der KPÖ sollte man, statt sich auf „schlechte marxistische Lehrbücher“ berufend, den marxistischen Arbeiterklasse-Begriff zu „widerlegen“ Parteiforen mit dem aktuellen Problembewusstsein der marxistischen Diskussion vertraut machen.

III.4.3. Für Marx ist nur die in der Produktionssphäre aufgewendete Arbeit „produktiv“, der direkt Mehrwert produziert, hingegen ist die in der Realisierungsphase verausgabte Arbeit „unproduktiv“. Beim heutigen Stand der Arbeitsteilung ist die Marxsche Trennung von Produktionssphäre und Zirkulation vor allem bei jenen produktionsverarbeitenden und komplementären Tätigkeiten in Forschung und Entwicklung bei Arbeitsorganisation und Überwachung, Qualitätskontrolle, Prozessprogrammierung usw. im Rahmen unternehmensbezogener Dienstleistungen tatsächlich zu grob und unbestimmt. Die Identifikation dieser Tätigkeiten als „produktiv“ - Mehrwertschöpfend wird sofort einsichtig und unstrittig, wenn man das Kategorienpaar „produktiv/unproduktiv“ nicht realitätsfern und zweiteilig trennt, sondern die Unterscheidung „unmittelbar/mittelbar produktiv“ als Gegenpol zu „unproduktiv“ einführt. Auf diese Weise gelangen weitere Organisations-, Finanz- und realisierungsbezogene Dienstleistungen in den Bereich der produktiven Arbeit, die rückwirkend Produktion stimulieren oder Beschleunigung und Verbilligung der Zirkulationsprozesse mehr oder weniger unmittelbar zur Erweiterung der Produktion und Verbesserung der Kapitalverwertungsbedingungen beitragen.

III.4.4. Diese Korrektur in der Rezeptionsgeschichte der Marxschen Kapitalanalyse bedeutet nicht, dass „alle in Abhängigkeit vom Kapital arbeitenden und lebenden“ zur Arbeiterklasse zählen, geschweige, dass alle in einem ökonomisch begründenden Sinn „produktiv“ sind oder dass gar eine Unterscheidung zwischen Warenproduktion und der biologischen Reproduktion gesellschaftlich sinnlos geworden sei.

III.4.5. „Produktiv/unproduktiv“ ist ein ökonomisches Begriffspaar, das nicht mit moralisierenden Assoziationen belastet und z. B. nicht mit „nützlich/unnützlich“ identifiziert werden darf. Es gibt vielerlei gesellschaftlich nützliche, ja unerlässliche Handlungs- und Tätigkeitsbereiche, die nicht produktiv sind - und umgekehrt. In der kapitalistischen Produktionsweise geht es zentral um Kapitalverwertung, um Produktion und Aneignung von Mehrwert/Profit, weshalb hier alle Arbeit produktiv ist, die Wert (der stets anteilig Mehrwert ein-

schließt) unter den im gesellschaftlichen Durchschnitt gegebenen Bedingungen erzeugt.

III.4.6. Im Kapitalismus gibt es für die Bezahlung nützlicher, gesellschaftlich notwendiger Arbeit, der kein Kapitalverhältnis zugrunde liegt eine Alternative: die Errichtung eines öffentlich finanzierten Wirtschaftssektors (ÖWS) wie in die KPÖ-Steiermark in ihrem „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ fordert. Unserem Vorschlag, einen öffentlich geförderten Wirtschaftssektor einzurichten liegt die Idee zugrunde, in diesen nicht profitorientierten Bereichen gemeinnützige nicht marktfähige Arbeit in bezahlte Arbeit umzuwandeln die aus der Besteuerung der Profite des Kapitals (u. a. Wertschöpfungsabgabe) finanziert wird.

III.4.7. Die ArbeiterInnenklasse war immer differenziert, setzte sich aus Menschen unterschiedlicher Kulturen und Mentalitäten zusammen. Im 19. Jahrhundert z. B. aus Zuwanderer aus der Landwirtschaft und solchen die schon in der zweiten und dritten Generation industriell und städtisch sozialisiert waren.

III.4.8. In jeder Phase der Produktivkraftentwicklung vollzieht sich ein Strukturwandel in der Zusammensetzung des „gesellschaftlichen Gesamtarbeiters“. Vor der Taylorisierung bestand der „Gesamtarbeiter“ vorwiegend aus handwerklich qualifizierten Facharbeitern auf der einen und unqualifizierten Handlangern, Hilfs- und Verladearbeiter auf der anderen Seite. Mit der Ausbildung maschinenabhängiger repetitiver (sich ständig wiederholende gleiche) Teilarbeit wuchsen sogenannte Anlern-tätigkeiten stark an. Mit Ausnahme von Ländern wie Österreich, wo die traditionelle handwerkliche Ausbildung beibehalten wurde, stellten die teilqualifizierten „angelernten“ Arbeiter nunmehr die Mehrheit der industriellen Arbeiterschaft. Der Trend zum „Absinken“ von Gruppen ausbildungsmäßig qualifizierter und zum gleichzeitigen „Aufstieg“ von „Ungelernten“ zu „Angelernten“ bewirkte tendenzielle Homogenisierung der Arbeiterschaft im Hinblick auf Leistungsanforderungen, Belastungsformen, Lohnbedingungen, Arbeitsbewusstsein, Lebensweise. Das war ein Merkmal der fordistischen Phase.

III.4.9. Mit der Erosion des „fordistischen Modells“ erfolgte neuerlich ein paradigmatischer Wechsel von einer auf Massenproduktion und Massenkonsum ausgerichtete Produktionsweise hin zu einem an flexiblere Produktion und differenzierterem Konsummuster orientierten Wachstumsmodell, das neue Tendenzen von Differenzierung und zunehmender Homogenisierung der Klasse hervorbringt. Letztere Tendenz, die für die Ausformung der Subjektrolle der Arbeiterklasse von größerer Bedeutung ist,

wird von gewissen Linken, die der Arbeiterklasse die Rolle des revolutionären Faktors absprechen, geflissentlich verschwiegen und unter dem Teppich gekehrt. In Wirklichkeit bleibt die gesellschaftliche Betriebsweise auch unter den Bedingungen flexibler Automation in Produktion und Zirkulation und eines differenzierten Konsummusters industriell. Im Gegenteil: Die umfassende Entwicklung und Anwendung neuer Technologien ist die Grundlage für die Anwendung industrieller Betriebsweisen auf geistige Tätigkeitsfelder, auf Zirkulation und Distribution, auf bisher vorindustrielle Wirtschaftszweige, auf die kapitalistische Ausbeutung und Vernutzung des gesamten biologischen, körperlichen und geistigen Arbeitsvermögens des Menschen und auf ihre Lebensweise im Prozess der individuellen gesellschaftlichen Reproduktion der Ware Arbeitskraft. Das ist nichts anderes als die materielle Basis einer solchen realen Subsumption der Lohnarbeit unter das Kapital durch die sich – natürlich nur in der Tendenz – die großindustrielle Betriebsweise der kapitalistischen Fabrik in die gesamte Gesellschaft fortsetzt, die kapitalistischen Widersprüche sich auf höherem Niveau verallgemeinern und verschärfen und die bisher schon mit der industriellen Großproduktion gegeben gewesen materiellen Voraussetzungen des Sozialismus in die Tiefe und in die Breite wachsen. Die Lohnabhängigen in der Großindustrie gehören als Kern der ArbeiterInnenklasse nicht der „fordistischen Vergangenheit“ an, sondern bilden im Gegenteil in neuen Formen mehr denn je den Kern und Hauptbezugspunkt kommunistischer Klassenpolitik.

III.4.9. Der Anteil der Lohnabhängigen an der Gesamtheit der Erwerbstätigen war noch nie so groß wie heute und dadurch die sozialökonomische Spaltung der Gesellschaft in Lohnarbeit und Kapital noch nie so extrem wie heute. Zugleich wird die Gesellschaft immer stärker sozial differenziert, zersplittert. Rund ein Drittel aller Beschäftigungsverhältnisse sind atypisch. Seit dem vor allem nach dem 2. Weltkrieg ein hoher Anteil von Frauen, die bislang Familienarbeit leisteten, in ein „reguläres“ Beschäftigungsverhältnis eintrat, holt das Kapital unerhörte Extraprofiten heraus. Flexibilität, Mobilität, prekäre Arbeitsverhältnisse und nicht existenzsichernde Einkommen zerstören die letzten Fundamente der Institution der bürgerlichen Familie. Besonders Frauen, die einen immer größeren Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit leisten, sind von prekären Arbeitsverhältnissen und von der Abschiebung in Niedriglohnbereiche betroffen.

III.4.10. Die klassische IndustriearbeiterInnenenschaft hat sich aufgrund der wis-

senschaftlich-technischen Veränderungen in der Produktion und der damit verbundenen wirtschaftlichen Strukturveränderungen erheblich verringert und verringert sich weiter. Auch im eigentlichen Dienstleistungsbereich wie bei Banken, Versicherungen, Post und Bahn ist seit Jahren ein gigantischer Personalabbau im Gange.

III.4.11. Eine immer wichtiger werdende produktive Kraft sind die Wissens- und Informationsarbeiterinnen und -arbeiter, ein neuer Typ von Arbeit zur Produktion und Programmierung der Informations- und Kommunikationstechnologien, zu ihrem Betrieb und zu ihrer produktiven Nutzung. Durch innere Konflikte ist diese Gruppe in sich selbst zerrissen. Der Kapitalverwertung untergeordnet, werden die Potenziale ihres produktiven Vermögens, ihre Kreativität und schöpferische Gemeinschaftsarbeit durch hohe Abhängigkeit von kurzfristigen Verwertungsinteressen untergraben. Die Arbeitsplätze bleiben fremdbestimmt. Die gemeinsamen Merkmale ihrer Stellung in den Reproduktionsprozessen und in der Beherrschung der neuen Kulturtechniken machen die Wissens- und InformationsarbeiterInnen zu einer sozialen Gruppe oder auch zu einer möglichen Klassenfraktion innerhalb des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters.

III.4.12. Um einen „hochentwickelten“ Kern von qualifizierten Beschäftigten bildet sich in einer immer breiteren Zone ein neuer Typus von monotoner Arbeit und fast immer niedrig entlohnten und sozial unsicheren Arbeitsverhältnissen heraus. Massenhaft werden Menschen aus dem Lohnverhältnis herausgeworfen und in die „informellen“ Sektoren abgedrängt oder völlig ihrer sozialen Existenzbedingungen beraubt. Die zunehmende Unsicherheit der Arbeitsplätze und die soziale Demontage treffen alle Lohnabhängigen und KleineigentümerInnen. Qualifikation und Dequalifikation schlagen immer schneller um und sind heute – trotz höheren Bildungsgrads als vor 20, 30 Jahren – Bestandteil neuer Formen sozialer Unsicherheit. „Lebenslanges Lernen“ ist für viele nicht zu einer emanzipatorischen Herausforderung, sondern zu einem Bedrohungsbild geworden.

III.4.13. Die industriellen Zentren der Welt sind zum Zentrum riesiger Migrationsbewegungen geworden. Durch institutionellen Rassismus, diskriminierende Vorschriften bei Arbeitserlaubnis, Abdrängung in die Illegalität und illegale Arbeitsverhältnisse, durch übelste Lohnrückerei, Mietenwucher und andere Formen der Prellerei und Ausbeutung werden Arbeitsmigrantinnen und Flüchtlinge in Massenarmut gestürzt. Im Ergebnis jahrzehntelanger Zuwanderung ist die einheimische Arbeiterklasse multiethnisch und multikulturell

geworden. Vom sozialen Umbau hart betroffen sind nicht nur Randgruppen, sondern die Mehrheit der Arbeiterklasse.

Die hier dargelegten Auswirkungen imperialistischer Globalisierung bescheren der Arbeiterklasse vermehrte Ausbeutung, Verschlimmerung der Arbeitsintensität und höheren Verschleiß der psychischen Kräfte. Das wichtigste Merkmal der Arbeiterklasse bleibt bestehen: ihre Besitzlosigkeit an Produktionsmitteln.

### III.5. ArbeiterInnenklasse – historisches revolutionäres Subjekt

III.5.1. Das eigentliche Subjekt der Geschichte ist der lebendige, handelnde, kämpfende, auch sich unterwerfende und anpassende Mensch. Gesellschaftliche Verhältnisse und Strukturen, auch Machtverhältnisse sind ein Geflecht handelnder Individuen und sozialer Gruppen und Klassen. Deren Verhalten wird durch vielfältige, auch rein persönliche Bedingungen und Aktivitäten beeinflusst. Daher hängt es von dem durch Vernunft, Interessen und Engagement geleiteten Handeln der Menschen ab, in welchen gesellschaftlichen Verhältnissen sie leben. Zum revolutionären Subjekt zählt also jede und jeder, der für die Ziele der ArbeiterInnenbewegung kämpft, wer damit beginnt andere mitzureißen, unabhängig davon welcher Klasse er/sie zuzurechnen ist bzw. welche Organisation oder Bewegung sich für die gesellschafts-verändernden Ziele einsetzt. Das Subjekt der Emanzipationsbewegung findet sich in energischen schöpferischen Elementen aller sozialen Schichten und Bereichen. Allerdings: Wenn man sagt, im Grunde genommen komme es gar nicht darauf an, darüber zu „reden, wer das revolutionäre Subjekt sei, es komme nur darauf an, darüber zu reden, welchen Beitrag KommunistInnen leisten können, dass revolutionäre Subjektivität in der kapitalistischen Gesellschaft entsteht“, rückt man die Subjektrolle der Arbeiterklasse aus dem Blickfeld der Partei. Damit blendet man aber auch jene entscheidende Erkenntnis aus der marxistischen Revolutionstheorie aus, dass eine revolutionäre Subjektivität in der kapitalistischen Gesellschaft nicht ohne Enthüllung der Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise entsteht, was bedeutet, dass die Menschen in diesem Kontext begreifen, dass Klassen genau die Faktoren sind, die individuelles Handeln zur geschichtlichen Wirksamkeit bringen. Erst die Beantwortung dieser Frage welche geschichtlichen Subjekte im Allgemeinen und welche Klasse im Besonderen mit der heranreifenden geschichtlichen Notwendigkeit der Überwindung des Kapitalismus verbunden ist und dadurch als gesellschaftsverändernde Kraft wirken kann gibt der Programmatik der KPÖ einen historischen Richtungssinn.

III.5.2. Die ArbeiterInnenklasse als Antipode der herrschenden Kapitalistenklasse, als eine der beiden Grundklassen und unmittelbarer Produzent der kapitalistischen Produktion ist aus den von ihren objektiven Lebenslagen ableitbaren Interessen objektiv das Subjekt des historischen Fortschritts. Dazu kommt, dass sie an die Stelle der Ausbeutergesellschaft keine neue Ausbeuterordnung begründet, sondern die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen überhaupt aufhebt, wodurch die Aufhebung der kapitalistischen Ausbeuterordnung das Klasseninteresse der ArbeiterInnenklasse mit dem Allgemeinmenschlichen, mit der Emanzipation der Menschheit sowie mit der eigenen Selbstauflösung der Arbeiterklasse verschmilzt.

III.5.3. Die Arbeiterklasse ist derzeit in einem hohen Grad zum Objekt in der Produktion und in der ganzen kapitalistischen Gesellschaft degradiert und hat diese Objektrolle größtenteils hingenommen und verinnerlicht, sodass der Weg zur Verwirklichung ihrer Subjektrolle lang und äußerst mühsam und schwer ist und höchst widerspruchsvoll, unterbrochen durch bittere Niederlagen, verlaufen wird.

III.5.4. Unter den Bedingungen der Differenzierung der Sozialstruktur in der Klasse der Lohnabhängigen, ihrer rasanten Differenzierung und Individualisierung ist die Bildung von Klassenbewusstsein mehr als früher das Resultat komplizierter Bewusstseinsprozesse. Unter kapitalistischen Konkurrenzverhältnissen rückt der gemeinsame Klassenkampf mit der Belegschaft anderer Betriebe in den Hintergrund. Technische und organisatorische Modifikationen sowie die Umstrukturierung der Lebensverhältnisse machen die gemeinsamen Interessen der ArbeiterInnenklasse weniger unmittelbar erfahrbar. Sie überdecken und verzerren den Klassenkonflikt, der den Betroffenen in einem anderen Licht erscheint.

III.5.7. Durch die Differenzierung werden die prinzipiellen Gemeinsamkeiten, die sich aus den objektiven Momenten ihrer sozio-ökonomischen Existenz ergeben, nicht aufgehoben: Der grundlegende unversöhnliche Klassenwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit ist weiterhin die bestimmende Achse des ganzen Gesellschaftssystems.

III.5.8. Wir treten jenen Kräften entgegen, die unter Weglassen, Hinzufügen, Umdenken und Wegdenken der Realität das Kernstück des Marxismus, die Lehre von der welthistorischen Rolle der Arbeiterklasse, aus der Programmatik der Partei eliminieren. Wer die Phänomene „Imperialismus“, „Monopolkapital“, „Ausbeutung“, „Klassenkampf“ in seinen Überlegungen wie einen toten Hund übergeht und damit den grundlegenden Klassenwiderspruch in der kapitalistischen Gesellschaft leugnet

verzichtet auf die sozialistische Zielstellung. Hand in Hand mit dieser Geisteshaltung ist es „modern“, sich auf die Terminologie der Fordismus- und Regulationstheoretiker berufend den zeitgenössischen Kapitalismus – anstatt ihn mit der marxistischen Imperialismustheorie zu Leibe zu rücken – „postfordistisch“ beschreibt, d.h. die Gegenwart durch das beschreibt, was sie nicht ist. Ausgeblendet wird, dass die von Menschen getroffenen Handlungsweisen gesellschaftlich präformiert sind durch fundamentale Voraussetzungen, auf denen die kapitalistische Produktionsweise basiert: gesellschaftlich exklusive und autonome Verfügung der Kapitalistenklasse über die sachlichen (materiellen und monetären) Produktionsbedingungen; Existenz einer anderen sozialen Klasse, deren Angehörige von solcher Verfügung (faktisch und rechtlich) ausgeschlossen sind. Von den dominierenden Fordismus-Richtungen wird nicht wahrgenommen oder ausgesprochen, dass diese sozioökonomische Konstellation Basis der Konstitution und Reproduktion eines gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisses ist.

III.5.9. Der entscheidende theoretische Ansatz, mit dem man einen Zugang zur Aufdeckung der Subjektrolle der Arbeiterklasse gewinnen kann ist die Überwindung der unhistorischen Sicht, die aus der realen Welt den Klassenantagonismus wegdenkt, die der Arbeiterklasse für alle Zeiten die Fähigkeit abspricht den politischen Klassenkampf um die Eroberung der Macht zu führen und in der man das Monopolkapital und den Imperialismus als quantität negligible – als belanglose Erscheinungen, die keine Beachtung verdienen, vergessen kann. Eine formationstheoretische Periodisierung kapitalistischer Entwicklungsstadien, und nur mittels einer solchen lässt sich der Kapitalismus in seinem Wesen und seinen Entwicklungstendenzen begreifen, hat von seinem Grundwiderspruch, seiner Bewegung und Entwicklung und den sich daraus ergebenden Veränderungen in den Formen der Eigentumsverhältnisse auszugehen, die sich in ihrer Herausbildung auch zum formierenden und beherrschenden Typ kapitalistischer Produktionsverhältnisse fortentwickeln.

III.5.9. Revolutionäres Subjekt des historischen Fortschritts ist die ArbeiterInnenklasse nur als handelndes klassenbewusstes Subjekt. Das wird sie nur, wenn sie Einsicht in den Klassencharakter der Gesellschaft des Staates und der Politik gewinnt und die Notwendigkeit des organisierten Handelns und der politischen Organisation erkennt. Und wenn sie entschlossen die Idee der Hegemonie in die Tat umsetzt. Die Gestaltung des Arbeiterklasse und ein Wirksamwerden als politisches Subjekt ist eine historische Möglichkeit, deren Realisierung offen und an be-

stimmt objektive und subjektive Bestimmungen geknüpft ist.

III.5.10. Das Klassenbewusstsein im Sinn eines politischen revolutionären Bewusstseins kann die Arbeiterklasse nicht allein auf Grund der eigenen Erfahrungen im spontanen Klassenkampf erwerben. „Die zur Emanzipation des Proletariats notwendigen materiellen Bedingungen werden spontan hervorgebracht, durch den Gang der Produktion“ (K. Marx). Erfahrungen, die von den Volksmassen spontan im Alltag gesammelt werden müssen von der marxistischen Theorie wissenschaftlich verallgemeinert und von „ausen“ wieder in die ArbeiterInnenklasse hineingetragen werden. Eine demonstrative Bereitschaft „für alles offen zu sein“, reicht nicht aus, um den Möglichkeiten zu entsprechen, die sich aus den krisenhaften Veränderungen der Lebensverhältnisse ergeben. Kommunistische Politik-Vermittlung ist nur auf Basis eines kritischen Gesellschaftsverständnisses und durch Einbeziehung der Alltagsmotivation möglich.

III.5.11. Das Klassenbewusstsein entwickelt sich ständig aufs Neue oder auch nicht. Es kann rückläufige Tendenzen aufweisen, gehemmt und zeitweilig oder auf Dauer aufgehoben werden. Solidarisches und revolutionäres Bewusstsein lässt sich nur in ständiger Auseinandersetzung mit der von den Herrschenden gegen die große Mehrheit des Volkes ausgeübten Politik und deren kulturellen und weltanschaulichen Orientierungen entwickeln.

III.5.12. Leitender Grundgedanke der Subjektwerdung der Arbeiterklasse ist die Selbstkonstituierung menschlichen Daseins durch lebenspraktische Tätigkeiten. Die Abhängigkeit erzeugende Strukturen sind für unterdrückte Klassen gleichzeitig der Voraussetzung eines selbstbestimmenden Weltverhältnisses. Zur Durchsetzung der Subjektrolle selbst ist eine massenhafte Veränderung der Menschen nötig, die nur in einer praktischen Bewegung, in einer Revolution vor sich gehen kann. „Die Revolution ist nicht nur nötig, weil der herrschende Klasse auf keine andre Weise gestürzt werden kann, sondern auch, weil die stürzende Klasse nur in einer Revolution dahin kommen kann, sich den ganzen Dreck von Halse zu schaffen und zu einer neuen Begründung der Gesellschaft befähigt zu werden“ (K. Marx)

III.5.13. Alle marxistischen Zukunftsentwürfe sind primär Vorstellungen von den Zielen und Etappen der Verwirklichung dieser Subjektrolle: Sie handeln vom Kampf gegen den Kapitalismus; zur Erringung der politischen Macht; zur Schaffung eines Überganges zum Aufbau neuer gesellschaftlicher Verhältnisse und schließlich der Errichtung einer reifen kommunistischen Gesellschaft, in der sie sich selbst aufhebt.

III.5.13. Diese Entwicklungsstufen sind prognostiziert als immer höhere qualitative Herausforderungen an die Subjektrolle der Arbeiterklasse. In allen diesen Etappen ist sie gemeinsam mit allen Werktätigen, herausgefordert, die Gesellschaft zu verändern und sich dabei selbst zu verändern. Am Anfang dieser Entwicklung steht der kämpfende Proletarier, nicht nur unterdrückt und ausgebeutet, sondern durch kapitalistische Arbeitsteilung „zerstückelt“. Am Ende steht die Persönlichkeit der reifen kommunistischen Gesellschaft, die nicht nur Ausbeutung und Unterdrückung längst hinter sich gelassen hat, sondern – auf der Grundlage einer reichen – gesellschaftlich frei verfügbare Zeit - und individueller Freizeit – über die Möglichkeit verfügt, sich die allseitigen Wesenskräfte der menschlichen Gattung ohne gesellschaftliche Beschränkung anzueignen und sie zugleich auf der Grundlage eigener entfalteter Fähigkeiten zu bereichern. Zwischen der historischen Subjektgewalt am Anfang und „Ende“ (wobei Marx in diesem Ende den eigentlichen Anfang sieht) bestehen sowohl große Unterschiede als auch Kontinuität. Jede Persönlichkeit hat mehr als jemals in der Geschichte die Möglichkeit, ihrer Zeit voraus zu sein: in ihren Ideen und Perspektiven, ihrem schöpferischen Wirken, ihrem Lebensstil. Sie wird dabei aber trotzdem Kind ihrer Zeit, d. h. der jeweiligen Etappe sein, aber gleichzeitig schon in der Zukunft leben, ein Stück der Zukunft vorwegnehmen.

### III.6. Vereinigung von Arbeiterbewegung und revolutionärer Intelligenz

III.6.1. Grundlegende soziale Errungenschaften, neue, höhere Kulturen werden nie ohne die Massen, ohne eine wesentliche Veränderung ihrer Lebenslage geschaffen und nicht ohne ihre Initiativen. Aber in keinem bekannten historischen Fall ging der erste schöpferische Impuls für revolutionäre Veränderungen –ideologisch, organisatorisch von ihnen aus. Erst wenn in einer gesamtgesellschaftlichen Krise revolutionäre intellektuelle Massen der Unterdrückten für die Revolution organisierten, ergaben sich neue Perspektiven. Auch die politische Arbeiterbewegung ist von exbürgerlichen Intellektuellen begründet worden, was keineswegs ausschließt, daß die aktivsten proletarischen Elemente früh eine eigene Rolle in sozialistischen und kommunistischen Parteien spielten und in der Tendenz selbst Intellektuelle wurden. Eine Kommunistische Partei muss sich bemühen selbst Intellektuelle hervorzubringen, die in mehrfacher Hinsicht mit der ArbeiterInnenklasse verbunden sind: durch die Ideen, durch ihre soziale Herkunft und ihre Verwurzelung in der ArbeiterInnenbewe-

gung. Die Vereinigung von Marxismus und Arbeiter/Innenbewegung stand am Anfang der marxistischen Parteikonzeption und ist in ihren Intensionen bis heute nicht überholt.

III.6.2. „Das Wunder des Arbeiters, der täglich seine geistige Autonomie erobert und die eigene Freiheit, Ideen in eine Ordnung zu bringen, der gegen die Müdigkeit, die Langeweile kämpft, gegen die Monotonie der Geste, die das Innenleben zu mechanisieren und folglich abzutöten droht, dieses Wunder organisiert sich in der kommunistischen Partei, die das Instrument und die historische Form eines inneren Befreiungsprozesses ist, durch den der Arbeiter von einem Ausführenden zu einem Initiator, von der Masse zum Führer, vom Arm zum Kopf und Willen wird. (...) Dass alle Mitglieder einer politischen Partei als Intellektuelle angesehen werden müssten, ist eine Feststellung, die zu Karikaturen Anlass geben könnte; dennoch, genau genommen ist nichts exakter als dies!“ (A. Gramsci)

### III.7. KPÖ – marxistische Partei der Arbeiterklasse

III.7.1. Der entscheidende Punkt im Parteiverständnis einer marxistischen Partei ist die Auffassung von Politik und politischem Kampf als Klassenkampf. Die Theorie des Marxismus kreist um den zentralen Gedanken, dass sich die Entwicklung der Subjektrolle des Proletariats primär in seiner revolutionären Praxis und auf Grundlage der hierbei gewonnenen Erfahrungen vollziehen muss, und das die Rolle seiner Organisation und der Vermittlung von sozialistischen Ideen zwar unverzichtbar ist aber nur in diesem Kontext zur Ausprägung seiner Kraft als revolutionäres (bzw. politisches) Subjekt beitragen kann. Entscheidend ist die Erfahrung, die die Arbeiterklasse in dieser gesellschaftlichen Praxis gewinnt. Das bedeutet, dass die Arbeiterklasse sich unmittelbar als wirkungsvolles Subjekt erfährt, dass sie ihre Kraft, sowie den Umgang mit dieser Kraft in der Praxis in Gestalt von revolutionärer Erfahrung spürt und verarbeitet. „Das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit kann nur als *umwälzende* Praxis gefasst und rationell verstanden werden.“ (K. Marx)

III.7.24. Dieser prinzipiell entscheidende Gedanke vom Primat von Praxis und Erfahrung für die Verwirklichung der Subjektrolle der Arbeiterklasse wurde unter dem Einfluss von Stalin missachtet. Auf der einen Seite ist formell bekräftigt worden, dass der Arbeiterklasse die führende Rolle zukommt, auf der anderen Seite wurde die Partei – und das ist auch entsprechend umgesetzt worden unter der Hand zum Führer, zum Lehrer des Wegfindens und Wegweisers erhoben und die Arbeiterklasse zum

Schüler, zum Objekt der Gesellschaftsgestaltung. Mit dieser „Stellvertreterrolle“ wurde die allgemein proklamierte Rolle der Arbeiterklasse als historisches Subjekt faktisch in Frage gestellt. Die Führung der KPdSU hat den Umstand misachtet, „dass der Erzieher selbst erzogen werden muss. Sie (kam) daher mit Notwendigkeit dahin, die Gesellschaft in zwei Teile zu sondern, von denen der eine über die Gesellschaft erhaben“ (K. Marx) war. Die KPÖ darf sich nicht der Dialektik vom Primat der Arbeiterklasse und der der Subjektrolle der Arbeiterklasse immanenten unverzichtbaren Vermittlung von theoretischen Erkenntnissen durch die Partei entziehen, denn die Aktionsfähigkeit der ArbeiterInnenklasse hängt von den politischen und ideologischen Vermittlungsaktivitäten einer marxistischen Partei ab. Das Missverhältnis zwischen den gewachsenen objektiven Möglichkeiten und dem erreichten Grad der Orientierung und Organisation kann überwunden werden, weil „auch die Theorie zur materiellen Gewalt (wird), sobald sie die Massen ergreift. Die Theorie ist fähig die Massen zu ergreifen, sobald sie am Menschen demonstriert, und sie demonstriert am Menschen, sobald sie radikal wird.“ (K. Marx)

III.7.3. Die KPÖ muss der ArbeiterInnenklasse und deren Bündnispartnern reales Wissen über die wirkliche ökonomische und politische Situation vermitteln, „damit diese so handelt, was sie ihrem Sein gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird“. (K. Marx) Eine marxistische Partei geht dabei davon aus, dass es kein demokratisches und erst recht kein marxistisches Denken gibt, wenn es nicht die Frage nach den Klassenkämpfen der abhängigen Arbeit ständig im Kopf behält und immer wieder darauf abzielt, in dieser Klasse Klassenbewusstsein zu entwickeln, ArbeiterInnenbewegung und den wissenschaftlichen Sozialismus zu verbinden und die Massen zu befähigen, eine revolutionäre Situation auch tatsächlich auszuschöpfen.

III.7.4. KommunIstinnen engagieren sich uneigennützig und möglichst kompetent als Teil der ArbeiterInnenbewegung in Betrieben, Gewerkschaften, Kommunen, auf Universitäten, in den demokratischen Frauenbewegungen bzw. in den Strukturen des Widerstandspotentials in sozialen Umwelt- und Antiglobalisierungsbewegungen. Sie respektieren deren Selbständigkeit und bekämpfen Bestrebungen der hegemonalen herrschenden Kräfte diese zu vereinnahmen. Gleichzeitig bemühen sich KommunIstinnen die Menschen davon zu überzeugen, dass Systemreparaturen nicht genügen, sondern die Aufhebung dieses Systems selbst, der Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung notwendig sind.

III.7.5. Unabdingbar ist auch der Kampf

gegen AusländerInnenfeindlichkeit und Rassismus und für gleiche demokratische und soziale Rechte aller nationalen und kulturellen Teile der ArbeiterInnenklasse, für ihre gesellschaftliche Integration. Wir entwickeln unsere Vorstellungen auf der Grundlage unseres Wirkens in Österreich, in Europa und weltweit. Wir unterstützen den internationalen Klassenkampf und sind Teil dieser Bewegung. Auch der Kampf für den Sozialismus kann und wird nicht isoliert in einem Land stattfinden. Eine wichtige Voraussetzung für das Erstarken der Kommunistischen Bewegung ist die enge Zusammenarbeit der kommunistischen Kräfte in Europa und im Weltmaßstab.

III.7.6. Die KPÖ muss sich besonders bemühen, ihre Mitgliedschaft in Richtung einer Erhöhung des Anteils hochqualifizierter, mit der industriellen Betriebsweise eng verbundener bzw. in belegschaftsstarken Großbetrieben tätiger klassenbewusster und kämpferischer Arbeiter und Arbeiterinnen sowie Intellektueller mit hohen Leitungs- und Wissenschaftsqualifikationen zu verstärken. Der Prozess der „Wiedervereinigung“ von wissenschaftlichem Kommunismus und Arbeiterklasse hat unbedingt die Konsolidierung marxistischer Kräfte in der KPÖ, ihre aktive Einflussnahme auf Theoriebildung, Aktionseinheits- und Bündnispolitik, Öffentlichkeitsarbeit, Personal- und Finanzpolitik zur Voraussetzung.

III.7.7. So unumgänglich eine Konzentration der Kräfte auf die Tätigkeit in der Arbeiterklasse und die engste Verbundenheit mit ihr auch ist, jedes „Edelproletariat“ ist der Sache der Arbeiterklasse abträglich, engt den Horizont der Partei ein. „Die Aufgabe der Kommunisten besteht auch darin, die Rückständigsten zu überzeugen, unter ihnen zu arbeiten. Um in den Arbeitern politisches Bewusstsein zu entwickeln, müssen die Sozialdemokraten in *alle* Klassen der Bevölkerung gehen.“ (Lenin) Es geht darum, alle veränderungswilligen Kräfte anzuziehen und zu bewegen, dass sie sich nicht in ihren Sonderinteressen abschließen, sondern um den revolutionären Teil der Arbeiterbewegung formieren.

III.7.8. Als eine marxistische Partei ist die KPÖ zugleich eine Weltanschauungspartei und eine der Vielfalt. Weltanschauungspartei insofern, als „die Kritik der Religion mit der Lehre endet, dass der Mensch das höchste Wesen für den Menschen ist, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist...“ (K. Marx) Der Marxismus umfasst außer der „Politischen Ökonomie“ und der Revolutionstheorie auch die Wissenschaft von der Erforschung der Dialektik der Bewegungs- und Entwicklungsgesetze der

Natur, der menschlichen Gesellschaft und des Denkens und macht die gewonnenen Erkenntnisse für das schöpferische Denken und Handeln der Menschen aneignen- und nutzbar. Der Marxismus verfolgt jede Strömung auf dem Gebiet der Philosophie, der Ästhetik, der Naturwissenschaften ohne Vorurteile, befragt sie nach Beiträgen und Schlussfolgerungen für eine vollständige Sicht der Welt und die Erklärung der Gegenwart. Aus einem immer konkreter werdenden, die wirkliche Welt widerspiegelnden Weltbild formt der Marxismus seine materialistische Weltanschauung, die Grundlage des kollektiven Handelns von Kommunistinnen und Kommunisten. Für uns ist Religion Privatsache jedes einzelnen Menschen und hat in Bezug auf die Parteimitgliedschaft überhaupt keine Relevanz. Wir sind für Religionsfreiheit und die Freiheit der Nichtreligiosität. Wir sind für die Zusammenarbeit mit Kirchen und kirchlichen Kreisen in Fragen des Friedens, der Bekämpfung der Armut, des sozialen Engagement und humanistischer Ziele.

III.7.9. Die Vielfalt unseres Parteiverständnisses resultiert aus unserem Meinungspluralismus aus unserer Orientierung auf einen Sozialismus demokratischen und antipatriarchalen Charakters sowie aus der Verknüpfung des Internationalismus mit den nationalen Besonderheiten, den Traditionen unseres Landes mit der föderalistischen Eigenart unsere nationalen Identität. Beispielhaft sind die großen Revolutionen des 20. Jahrhunderts, wie es Ho Chi Minh, Mao Tse Tung und Fidel Castro verstanden haben, ihren Marxismus zu „vietnamisieren“, zu „sinologisieren“, zu „kubanisieren“.

III.7.10. Die Kommunistische Partei beansprucht keinerlei exklusive Rechte. Sie wird aus der Regierungsverantwortung genauso wie jede andere Partei von der Mehrheit der WählerInnen abberufbar sein. Eine Kommunistische Partei wird im Sozialismus weiter an Autorität gewinnen, wenn sie herangereifte Probleme erkennt, sie mit den Menschen kollektiv diskutiert und wenn sich herausstellt, dass sie die besten Lösungsvorschläge einbringt. Innerhalb der Partei und in der Öffentlichkeit ringen wir nicht darum, unsere Unterschiede zu integrativen Reformparteien zu verwischen, sondern darum, dass unsere sozialistische Alternative zum Kapitalismus weiterentwickelt bzw. wahrgenommen wird.

III.7.11. Innerparteilich suchen wir den Kompromiss in der Überzeugung, dass entgegengesetzte Standpunkte nicht notwendigerweise unproduktiv sind, dass kontroverse Prozesse einen positiven Charakter haben und unsere Fähigkeit zur Analyse, zur Vermeidung von Irrtümern und zur Korrektur eigener Positionen erhöht. Ein Meinungsstreit über fundamentale programmatische Gegensätze, über Weg und Ziel des

revolutionären Kampfes dürfen - wie die Tragik der Geschichte lehrt - niemals autoritär durch die Parteiführung, von einem übergeordneten Parteigremium autoritär entschieden werden. Alternative Programmwürfe oder Thesen sollten gleichberechtigt und sorgfältig in aller Breite und Schärfe, aber im Bewusstsein ausgetragen werden, dass alle unsere Wahrheiten relativ sind, korrekturbedürftig sein können und Gegenstand weiteren Forschens und Lernens sein müssen. Es ist dabei davon auszugehen - übereinstimmende Grundausrichtung der Ideen vorausgesetzt - dass es aus der Logik der wirklichen Zusammenhänge der Probleme selbst, auf die zu konzentrieren ist, es zu übereinstimmenden Ergebnissen, zur Annäherung der Standpunkte kommen kann. Ein sowohl freier als auch konvergenter Dialog der KommunistInnen, aus dem ihr allgemeiner Wille in Gestalt eines immer konkreteren Modells der gesellschaftlichen Veränderungen hervorgeht, ist der „Königsweg“, der Weg auf dem das Parteiprogramm festgelegt und korrigiert wird, von den Fernzielen bis zu den Maßnahmen des heutigen Tages.

III.7.12. Das Sozialismusbild, das wir mit diesem programmatischen Thesen mitformen wollen, ist weder Modell noch Kopie, es kann nur heroische Schöpfung der österreichischen Arbeiterklasse und ihrer Bündnispartner sein. Im Ringen um ständige Weiterentwicklung des Marxismus, im Besonderen um die Wertschätzung des Subjektiven und die Betonung der aktiven Rolle des Menschen, sehen wir eine besondere Leistung Lenins sowie bedeutender Revolutionäre wie Che Guevara.

III.7.13. Eine Vereinigung der KPÖ mit einer anderen österreichischen Partei ist dann wünschenswert, wenn durch die Fusion keine beliebige linke Sammelbewegung entsteht sondern der marxistische Charakter der neu gebildeten Partei gewahrt bleibt.

### III.8. Aktionseinheit – national und international

III.8.1. Der betriebliche Rahmen reicht für die Entfaltung von Gegenmacht nicht aus. Mehr als in der Vergangenheit überschreitet der Kreis der an der Mehrwertzeugung Beteiligten durch das Netzwerk der gesellschaftlichen Arbeitsteilung jeden betrieblichen Rahmen. Damit ist jedoch nicht gesagt, dass die politische Bedeutung der schrumpfenden Kernbereiche der ArbeiterInnenklasse als Orte der Mehrwertzeugung gesunken wäre. Gerade „vor Ort“ müssen den Lohnabhängigen die entscheidenden Aspekte Ausbeutung und Mehrwertaneignung bewusst gemacht werden. Politisch falsch ist jede Theorie der Exklusivität der Kernbereiche. Es kommt also darauf an, die Zentren untereinander national und international mit den verschie-

denen Segmenten der Arbeitswelt zu vernetzen und eine breite, alle Lohnabhängigen und Ausgebeuteten, Arbeitslosen und Ausgegrenzten umfassende Bewegung der Solidarität zu initiieren und zur Entfaltung zu bringen.

III.8.2. Gesellschaftlicher Fortschritt in Richtung auf Alternativen zum heutigen Kapitalismus mit seiner hochkomplexen Vergesellschaftung und seinen hochentwickelten Technologien ist wohl nur erreichbar, wenn sich Trägergruppen der heute modernsten Technologien, die Wissens- und InformationsarbeiterInnen, real als Klassenfraktion formieren und sich als solche an den Auseinandersetzungen im gesellschaftlichen Raum an den sozialen Konflikten aktiv beteiligen.

III.8.3. Die ArbeiterInnenklasse ist in den kapitalistischen Zentren in Folge der Arbeitsimmigration, aber vor allem auf Grund der Kooperation in den globalen Wertketten international. 1998 waren von den 12,8 Millionen Beschäftigten der 100 größten TNK 51 Prozent Auslandsbelegschaft. Die nationale Fabrik wird zur „global Factory“. Die Belegschaften der Konzerne sind der Teil der Klasse, bei der objektiv die Herausbildung des internationalen Charakters der Klasse am weitesten fortgeschritten ist. Sie bilden jenen Teil, der die kapitalistische Produktion am empfindlichsten treffen kann. Es ist notwendig, die Zersplitterung der internationalen Arbeiterklasse zu überwinden und ein Bewusstsein für die gemeinsamen Interessen zu entwickeln. Was konkret ansteht sind weltweit koordinierte Solidaritätsanstrengungen der Belegschaften der Weltkonzerne und die Koordination der Gewerkschaften.

III.8.4. Unmittelbares Merkmal der gegenwärtigen Welt ist die absolute Gemeinsamkeit der Art der sozialen Erfahrungen über weite Teile des Globus hinweg. Bei allen „Besonderheiten“ kommt es darauf an, die Gemeinsamkeiten hervorzuheben und auf ihre Beachtung zu drängen. Die absolut gleichen Entwicklungen zeigen sich bei Arbeitsplätzen, Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung; Privatisierung des öffentlichen Sektors; Privatisierung öffentlicher Bereiche wie Gesundheit, Pensionen, Bildung; Privatisierung des Wassers etc.. Die hohe Integration der Weltwirtschaft führt dazu, dass sich die Krisenzyklen global ausdehnen. Diese neue Krisendynamik könnte zur Angleichung der Kampfzyklen führen.

III.8.5. Objektiv könnten die Gewerkschaften die Hauptkraft des Widerstandes sein. Sie haben die erforderliche organisatorische Stärke. Eine Konzentration auf ihre Hauptaufgaben und deren kämpferische Umsetzung würde eine grundlegende Veränderung ihrer Politik mit dem Ziel einer klaren und konsequenten Interessenvertretung im Sinne der ArbeiterInnenklasse in

ihrer heutigen Gesamtheit voraussetzen. Dabei ist die Emanzipierung der Gewerkschaftsbewegung von Regierungen und Parteien der erste unumgängliche Schritt.

III.8.6. Die Aufgabe, die KommunistInnen und anderen linken, auf Systemüberwindung orientierende Kräfte dabei zukommt, ist die politische und weltanschauliche Einflussnahme und die organisatorische Arbeit im Sinne eines Zusammenwirkens. Ohne Gewerkschaften bleibt eine tiefer greifende Veränderung der Gesellschaft im nationalen wie internationalen Maßstab eine Illusion – mit kämpferischen Gewerkschaften eröffnen sich aber umso realistischere Perspektiven!

III.8.7. Eine zweite Hauptschiene, auf welcher der Widerstand und progressive Reformen transportiert werden können, sind die Gemeinden. Das politische Engagement der Menschen ist dort am wichtigsten, wo sie leben und selbst Teil der gesellschaftlichen Verhältnisse sind. Hier sind die Erwartungen der BürgerInnen an das politische Engagement auch am größten. Deshalb sind Kommunen ein entscheidendes Gebiet für die politische Auseinandersetzung. In der Gemeinde ist das medial vermittelte Surrogat von Politik, welches auf Bundesebene vorherrscht, weniger stark gegen uns wirksam. Wohnen, soziale Unterstützung, Kinderbetreuung, öffentlicher Verkehr, Stadtentwicklung, Gesundheit, die Situation der Frauen: Anhand solcher und ähnlicher Themen kann die KPÖ, die in der ArbeiterInnenklasse in gewerkschaftlichen und kommunalen Positionen verwurzelt ist auf kommunaler Ebene gesamtgesellschaftliche Widersprüche aufzeigen und gleichzeitig Lösungsvorschläge machen, die bei einer Änderung der Prioritäten auch realistisch sind.

III.8.8. Unsere Kommunalpolitik steht immer im Spannungsfeld zwischen einer sozialen Servicefunktion und damit verbundener pragmatischer Selbstbeschränkung einerseits und einem gesellschaftsverändernden Anspruch andererseits. Sie zielt auf solidarische und sozial orientiertes Handeln und Ermunterung zur Selbsttätigkeit anstelle von Stellvertreterpolitik.

### III.9. Gegenmacht – Antikriegsbewegung

III.9.1. In der bisherigen Geschichte des Kapitalismus zeigten sich dessen Verfügungsmächtige Akteure zu Fragen des uneingeschränkten Dispositionsrechts über die Machtausübung nur in politischen Situationen zu Konzessionen bereit, in denen die Fortsetzung der kapitalistischen Wirtschaftsform aktuell ernsthaft infolge von verlorenen Kriegen oder Revolutionen bedroht war. Auch wenn antikapitalistische Alternativen für die große Mehrheit erstrebenswert und objektiv machbar sind: Vernunftgründen ist das Kapital nicht zugänglich. Nie wird es

von sich aus ohne Druck von unten für die Gestaltung eines neuen Typs des Sozialstaates oder für den Sozialismus votieren. Kein einziger Programmpunkt kann durchgesetzt werden, ohne den Widerstand der herrschenden Kräfte zu brechen.

III.9.2. Jeder wirkliche nachhaltige Erfolg von Kämpfen – von Frauen, von Umweltschützern, von unterdrückten Völkern usw. setzt den Wechsel des Inhabers von Macht und von Eigentum an großen Unternehmen, Banken und Großgrundbesitz voraus, weshalb diese Kämpfe sich nicht losgelöst vom Klassenkampf vollziehen dürfen. Wer die Machtfrage nicht stellt, akzeptiert den Kapitalismus als letzte Antwort der Geschichte. Die Frage ist nicht, ob man den Klassenkampf ablehnt oder nicht. Klassenkampf ist keine Frage subjektiver Beliebigkeit, sondern ein objektiver geschichtlicher Tatbestand mit sich wandelnden historischen Inhalten, Formen und subjektiven Energien der Herrschenden wie der Beherrschten. Die Macht der Herrschenden kann gebrochen werden, wenn innerhalb und/oder außerhalb der vielschichtigen Machtinstrumente und Einflussphären – Medien, Parlamente, Gemeinderäten, Institutionen, Gewerkschaften und Interessensvertretungen eine Opposition – eine Gegenmacht entsteht mit revolutionären Teilen der Arbeiterbewegung als Kern. Gegenmacht auf nationaler und internationaler Ebene muss man als Bündelung des Widerstands gegen die Macht des Kapitals und dessen Politik begriffen werden. Gegenmacht verkörpert Opposition gegenüber den herrschenden Mächten, die ihren politischen und kulturellen Einfluss nicht durch Parlamentpakete sondern als Repräsentantin von Protestpotential gegen die Politik der Herrschenden ausübt.

III.9.3. Die Chancen der Gegenkräfte, die Offensive des Neoliberalismus zu stoppen und die Herrschaft des globalen Imperialismus zu brechen und einen fundamentalen gesellschaftlichen Richtungswechsel vom Kapitalismus über radikaldemokratische Zwischenziele zum Sozialismus zu erzwingen sind ohne strategische Orientierung auf die Revolutionierung der Arbeiterklasse und insbesondere der Gewerkschaften im nationalen und internationalen Maßstab gleich null. Die regionalen Zusammenschlüsse der kapitalistischen Staaten zu Machtblöcken wie die EU zwingen die Gegenbewegung auch in die Internationalisierung. Offensives Antikapitalistisches Vorgehen aller Widersacher der Konzerne und Regierungen, ab Gewerkschaft, Globalisierungsgegner oder Interessensverbände erfordert von diesem Koordination und Vereinheitlichung. Die innerimperialistischen Kräfteverhältnisse haben sich fundamental verschoben. Der US-Imperialismus übt im Rahmen des „allgemeinen

politischen Bündnisses der Imperialisten“ (Lenin) hegemoniale Funktionen aus.

III.9.4. Die Ausweitungen und Konsequenzen des von den USA ausgerufenen „Krieg des 21. Jahrhunderts“ sind unabsehbar. Der Kapitalismus stellt täglich intensiver unter Beweis, dass er die Zivilisation nicht nur nicht zu schützen vermag, sondern um des Profits willen der Vernichtung preisgibt. Der sehr verschiedenartig motivierte internationalisierte Massenprotest gegen die imperialistische Kriegs- und Aggressionspolitik ist ungeachtet relativ breiter Zustimmung noch sehr weit von einer wirklichen Gegenmacht zu Großkapital und Gewaltressourcen von USA und EU entfernt.

Die einzige historische Chance diesen Kriegszug aufzuhalten liegt bei den Gegenkräften, bei ihrer Bereitschaft und Fähigkeit, die objektiv wirkenden Faktoren zu nutzen, die den Kriegsplänen der USA entgegenstehen. Hierbei handelt es sich nicht nur um einzelne Rückstöße auf der einen oder anderen Ebene, sondern um ein komplexes Rückstoßpotential, das in allen Widersprachebenen verankert ist gegenüber der „Dritten Welt“ – speziell zu den islamischen Staaten und den Völkern Südamerikas -, der Widersprüche gegenüber den Verbündeten sowie innerhalb des eigenen Großkapitals und sogar des militärisch-industriellen Komplexes. Mit dem Eintritt in die nächste Kriegsrunde verstärkt sich das gesamte Rückstoßpotential rasant. Im Hinblick auf die Weiterführung ihrer expansiven Politik bildet sich eine neue Situation heraus bei der das Innehalten immer schwieriger und das weitere Vorwärtsgen immer selbstmörderischer wird. Andere Länder mit modernster Kriegstechnik zu zerstören und hierbei einen riesigen Schaden anzurichten – das ist den USA auch im Alleingang möglich. Aber die „Früchte“ zu ernten, d. h., die dem Krieg zugrunde liegenden ökonomischen und politischen Interessen auch zu verwirklichen, die hiermit verheißenen gewaltigen Profite auch einheimen zu können, dazu bedarf es der Unterstützung durch diese Kräfte. Und gerade auf diesem für sie entscheidenden Gebiet ist den Vereinigten Staaten in unglaublich kurzer Zeit ein – gemessen an ihren eigenen Interessen – dramatischer Einbruch widerfahren.

III.9.6. Verhindert werden kann die Eskalation des Krieges wenn sich gleichzeitig zahlreiche Partner gegen die US-Führung wenden; und wenn dies mit wachsenden Widersprüchen innerhalb des eigenen Großkapitals sowie dem Aufbrechen der sozialen Gegensätze zusammenfällt; wenn angesichts der Erschütterung der Existenzgrundlagen neue machvolle Organisationen und Aktionen für das Überleben und menschenwürdige Weiterleben der Menschheit mobilisiert werden. In jedem Fall hängt der Ausgang eines solchen Ringens von de

Stärke des Gegengewichtes und Gegen drucks ab. Der objektive Trend zur Polarisierung bietet neuartige Chancen, dass sich unterschiedliche soziale Schichten sowie nationale, politische, religiöse und kulturelle Kräfte zur humanistischen Abwehr der Bedrohung des Friedens und der Demokratie zusammenschließen und zu immer wirksamer werdenden Gegenaktionen übergehen um das Weiterleben der menschlichen Gattung sowie ihre friedliches, demokratisches Zusammenleben gewährleisten.

III.9.7. Eine immer wichtigere Rolle im Kampf für Frieden und die Befreiung der Völker spielt die revolutionäre Bewegung Lateinamerikas, die sich über Vorstöße und Niederlagen fortsetzt. Die revolutionäre Bewegung stützt sich auf die indigenen Völker (50 bis 100 Millionen Menschen), auf die solidarische Position zur kubanischen Revolution, den Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse des Kontinents, die Wertschätzung der Demokratie als Weg für das Vorausschreiten der Volksbewegung, die Rolle der Volksreligionen als Widerstandspotential. Diese ineinander verbundenen Faktoren des Befreiungskampfes verbinden sich mit dem weltweiten Kampf für den Sozialismus.

III.9.8. Besondere Hoffnungen richten sich auf die globalen antiimperialistischen Bewegungen, die - bei aller Heterogenität gegen imperialistische Globalisierung und Krieg wirksam sind; die in den Metropolen in Nord, Süd, Ost und West die Proteste gegen Globalisierung, die Macht der Konzerne und Banken und gegen die Regierungen der mächtigsten Staaten auf Straßen und Plätze tragen. Erstmals seit Jahrzehnten marschieren wieder gemeinsam Gewerkschaften und rebellierende StudentInnen, UmweltschützerInnen, Land- und Arbeitslose und protestierende KünstlerInnen. Thematisch und ideologisch unterschiedlich orientierte globalisierungskritische Bewegungen formen sich zu einem globalen Netzwerk, das der imperialistischen Globalisierung eine alternative, antiimperialistische, antipatriarchalische, demokratische Entwicklung der Weltgesellschaft entgegenstellt. Gemeinsame Forderungen und die massenhafte Beteiligung stellt eine neue politische Qualität der internationalen Protestbewegung dar. Kommunistinnen und Kommunisten sollten, ohne sich als Lehrmeister und Besserwisser aufzuspielen, überzeugend darzulegen versuchen, dass hinter all den Problemen – Sozialabbau, Arbeitslosigkeit, Aggressionskriege, Umweltbedrohung – allemal dieselben Kräfte stehen, die produktions- und marktbeherrschende Firmen mit ihren politischen und medialen Handlangern. Wir leisten unseren Beitrag die Arbeiterklasse in den Kampf miteinzubeziehen, sowie dazu, dass die Antiglobalisierungsbewegungen mit der organisierten Kraft der ArbeiterInnenbewegung solidarisch zusam-

menarbeitet. Die ArbeiterInnenbewegung kann von dieser neuen Kultur des Widerstands stimuliert werden, zumal ein großer Teil der in sozialen Bewegungen engagierten Menschen Lohnabhängige sind. Darüber hinaus ist der Gedanke der Solidarität mit den Unterentwickelten, den Unterprivilegierten und der ganzen Menschheit ein absolut notwendiger Bestandteil der kommunistischen Emanzipationsideologie. Die ArbeiterInnenklasse kann ihre historische Mission nur erfüllen, wenn sie den Kampf der sozialen, antiimperialistischen Bewegungen und Interessen der nach sozialkulturellen Bedürfnissen und Neigungen zueinanderfindenden Gruppen zu ihren eigenen Forderungen macht. Und umgekehrt: Die Protestbewegung benötigt eine alternative Konzeption, die die Eigentumsfrage nicht ausspart, sondern in den Mittelpunkt ihrer Forderungen stellt, wodurch ihre Ziele mit jenen der revolutionären Arbeiterbewegung zur Übereinstimmung gelangen. Die sozialen Bewegungen werden so ein Bestandteil des revolutionären Subjekts. Mit antiimperialistischen Zielen und Inhalten ist sie fähig, die jetzige Entwicklung zu stoppen und für eine soziale, demokratische und internationalistische Wende beizutragen.

III.9.9. Der Kampf gegen die Rechtfertigung von Kriegen, gegen die Gewöhnung an militärische Gewalt als Mittel der Politik, gegen die Militarisierung und Rüstungsproduktion und -Exporte muss zum gemeinsamen Nenner für alle Linken, Gewerkschaften, demokratisch und humanistisch denkenden Menschen werden. Und so ist die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse notwendiger denn je, die für eine allseitige Enthüllung der entscheidenden Zusammenhänge der Herrschaftsmechanismen wirken kann, die aus der Analyse der Wirklichkeit eine Anschauung von der Welt vermittelt, die einen kollektiven Willen zu organisieren vermag, den die Führung zum Kampf auf allen Ebenen hervorbringt.

III.9.10. Um Kriege endgültig aus dem Leben der menschlichen Gesellschaft ausschließen zu können muss der Kampf um die soziale Revolution in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern geführt werden. Denn der zündende Funke eines Krieges – welche Blöcke auch immer an ihm teilhaben – bleibt der auf einem anderen Weg nicht zu beseitigende Widerspruch zwischen dem imperialistischen Ausdehnungsbedürfnis und den kapitalistischen Zentren und seiner möglichen Befriedigung. Von diesem Ziel sind wir hinsichtlich der subjektiven Bedingungen weiter entfernt als je zuvor.

# IV. Radikaldemokratisches Aktionsprogramm

## 1. Sinnvolle, existenzsichernde Arbeit für alle

- Verwirklichung des Rechts auf sinnvolle und existenzsichernde Arbeit für alle und leistungsgerechte Bezahlung. Das erfordert auch die Neubewertung der Arbeit von Frauen.
- Sofortige Einführung der 35 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich als ersten Schritt zu einer generellen Arbeitszeitverkürzung auf 32 Stunden.
- Gesetzliche Begrenzung der Möglichkeit von Überstunden. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit für Männer und Frauen.
- Tarifbindung und gesetzliche Festschreibung von Mindestlöhnen für alle Unternehmen in allen Wirtschaftsbranchen.
- Uneingeschränktes Streikrecht für alle abhängig Beschäftigten. Verbot der Aussperrung.
- Ausweitung der paritätischen Mitbestimmung der Beschäftigten auf alle Fragen der Unternehmensführung. Sicherung umfassender Kontrollrechte der Betriebs- und Personalräte sowie der Gewerkschaften. Gesetzliche Pflicht zu Bildung von BetriebsrätInnen in allen Unternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten und zur Schaffung von Gesamtbetriebsräten in allen nationalen und transnationalen Konzernen.

## 2. Einschränkung der Macht der Konzerne.

- Überführung strategisch wichtiger Konzerne in Gemeineigentum, Rückgängigmachung der schon Privatisierung auf den Gebieten Bahn, öffentlicher Nahverkehr, Post, Telekommunikation, Energie- und Wärmeversorgung, Wasser- und Abfallwirtschaft und für ihre generelle Überführung in öffentliches und gemeinnütziges Eigentum.
- Bereits durchgeführte Privatisierungen müssen rückgängig gemacht werden.
  - Investitionsorientierte öffentliche Arbeitsbeschaffungsprogramme als Hebel für echte Vollbeschäftigung.
  - Gesetzlich abgesichertes Mitbestimmungs- und Kontrollrecht von Organisationen der Interessensvertretung der BürgerInnen in den Aufsichtsorganen der öffentlich-rechtlichen, gemeinnützigen und privaten Medienunternehmen.
  - Bildung eines öffentlich geförderten Wirtschaftssektors, der Aufgaben übernimmt, die weder vom privatwirtschaft-

- lichen Sektor noch vom öffentlichen Dienst ausreichend wahrgenommen werden – beispielsweise in den Bereichen Gesundheit, Umwelt und Kultur. Förderung und Entwicklung neuer (oder selten praktizierter) Formen von Gemeineigentum: für genossenschaftliche, kommunale Betriebe und für öffentlich geförderte Projekte in Trägerschaft von Vereinen und Bildungseinrichtungen.
- Wirksame Förderung des öffentlichen Verkehrs.
  - Eine Nahverkehrsabgabe der Unternehmer nach dem Vorbild der Wiener U-Bahnsteuer für die Förderung des ÖPNV.
  - Planung staatlicher Investitionen auf Bundes-, Landes und Kommunalebene unter Kontrolle der Öffentlichkeit. Besondere Förderung von Wissenschaft und Forschung und Sicherung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber den Profitinteressen des großen Kapitals.
  - Durchsetzung einer effektiven Steuerfahndung, um die Gewinnverschleierung und Steuerminimierung durch Großbanken, Konzerne und Versicherungen zu verhindern.
  - Progressive Besteuerung der Gewinne von Unternehmen und aller Gewinne aus Aktienbesitz. Schutz des Kleinaktienbesitzes vor BörsenspekulantInnen.
  - Staatliche Kontrolle der Finanzmärkte und Besteuerung des Kapitalexports.

## 3a. Für mehr soziale Gerechtigkeit

- Wiedereinführung des früheren Spitzensteuersatzes für Unternehmensgewinne und Privateinkommen sowie der Vermögenssteuer.
- Anhebung der Profit- und Kapitalbesteuerung auf das Durchschnittsniveau in der EU, was 50 bis 70 Mrd. jährlich erbringen könnte. Einheitliche und strikte Begrenzung möglicher Steuerabschreibungen.
- Umstellung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozial- und Pensionsversicherung auf eine Wertschöpfungsbasis.
- Senkung der Mehrwertsteuer auf alle Güter des notwendigen Lebensunterhalts, auf Dienstleistungen von Handwerk und Kleingewerbe und Einführung einer erhöhten Mehrwertsteuer für Luxusgüter.
- Rückgängigmachung aller Schritte zur Privatisierung der Altersvorsorge.
- Einbeziehung aller sozialen Gruppen und Einkommensarten in das System

- der solidarischen gesetzlichen Pensions- und Krankenversicherung bei gleichzeitiger Begrenzung der Höchstbezüge. Paritätische Beteiligung der Unternehmen an den Sozialversicherungen gemessen an ihrem Gewinn.
- Abschaffung der zusätzlichen Pensionskürzungen bei Pensionsbeginn mit 55 bzw. 60 Lebensjahren.
  - Aufhebung der pensionsrechtlichen Benachteiligung der Frauen.
  - Keine Erhöhung des Pensionsanfallsalters.
  - Beseitigung der diskriminierenden Maßnahmen für die EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe.
  - Gesetzliche, am gesellschaftlichen Durchschnittseinkommen orientierte soziale Grundsicherung einschließlich Wohnung für alle BürgerInnen.

## 3b. Wohnen darf keine Ware sein

- Wiederaufnahme des sozialen Wohnbaus durch die Gebietskörperschaften (Gemeinden, Land und Bund)
- Stopp des Verkaufs der bundeseigenen Wohnungsgesellschaften
- Begrenzung möglicher jährlicher Mieterhöhungen auf die allgemeine Inflationsrate. Sanierung statt Abriss des vorhandenen Wohnungsbestandes.
- Einführung eines Wohnungszahlungsmodells nach Grazer Vorbild. Keine Wohnung darf (inklusive Betriebskosten) mehr als ein Drittel des Haushaltseinkommens kosten.
- Mietzinsobergrenzen für alle Wohnungen.
- Erhöhung der Mietzinsbeihilfe des Bundes (bei Wohnungssanierungen). Dort sind die Einkommensgrenzen seit 1984 nicht mehr erhöht worden.
- Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Mieten und Betriebskosten.
- Verbot von Maklerunwesen und strafrechtliche Verfolgung von Ablösewucher.

## 3c. Für soziale Gesundheitsversorgung

- Abschaffung jeder Form von „Selbstbeteiligung“ in der Krankenversicherung – keine Klassen-Medizin: Alle Menschen haben ein gleiches Recht auf Gesundheit – Gesundheit darf keine Ware sein!
- Maximale Förderung behinderter Menschen und ihre umfassende Integration in allen Bereichen des gesellschaftli-

chen Lebens.

- Einführung eines einkommensabhängigen Karenzgeldes mit existenzsicherndem Sockelbetrag und Höchstgrenze (erhöht Anreiz der Väter, in Karenz zu gehen).
- Höheres Karenzgeld für Alleinerziehende und gleich lange Karenzzeiten für AlleinerzieherInnen und Paare.
- Flächendeckende Kinderbetreuungseinrichtungen bis zum 14. Lebensjahr (Kinderkrippen, Kindergärten, Betriebskindergärten, Horte, Ganztagschulen), deren Öffnungszeiten den Arbeitszeiten der Eltern entsprechen.
- Verpflichtung der Länder zur Schaffung von Betreuungseinrichtungen verbunden mit Qualitätssicherung durch bundeseinheitliche Standards.

#### 4. Für die Rechte der Frauen!

Abschaffung der systematischen Unterdrückung der Frau und die Beseitigung der männlichen Privilegien.

Überwindung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung in der Produktion und im Bereich der Reproduktion.

Für Alternativen, die nicht einseitig eine Vereinbarkeit von Beruf und Beziehungsarbeit/Haushalt für Frauen anstreben, sondern für beide Geschlechter ermöglichen. Dazu sind gesellschaftliche Maßnahmen notwendig, welche die Produktion und den privaten Bereich grundlegend umgestalten, beide Bereiche umfassend demokratisieren.

- Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren Körper – gegen alle Formen von Gewalt und sexueller Ausbeutung, Menschenhandel, medizinischer Versuche und gentechnologischer Entwicklungen, die auf Kosten der Gesundheit der Frauen und ihres Gebärvermögens gehen.
- Einführung eines Anti-Diskriminierungsgesetzes, das auf allen gesellschaftlichen Ebenen Frauen die Gleichstellung sichert.
- Aufhebung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung, deren Kern die einseitige Zuweisung der Hausarbeit an die Frauen bildet. Die rapide Zunahme von staatlichen Einsparungen von Sozialleistungen verdeutlicht, dass die Frauen gezwungen werden, noch mehr unentgeltlich erbrachte Arbeiten, wie z.B. die Pflege kranker oder alter Familienangehöriger, zu leisten. Umverteilung und Neubewertung von bezahlt und unbezahlt geleisteter, gesellschaftlich notwendiger Arbeit.
- Das Steuer- und Sozialrecht ist gegenüber allen Formen des Zusammenlebens (Wohngemeinschaften, Ehe- und Lebensgemeinschaften, gleichgeschlechtliche Paarbeziehungen, Singles,

AlleinerzieherInnen) neutral zu gestalten. Ein Abgehen von der Individualbesteuerung hin zu Ehegatten- oder Familiensplitting ist ebenso abzulehnen wie Bestrebungen, die Pflichtversicherung durch eine Versicherungspflicht abzulösen, mit der die private soziale Vorsorge forciert wird zugunsten der Profite von Versicherungsgesellschaften. Individuelle materielle Absicherung für alle, unabhängig von der jeweiligen Lebensform. Deshalb lehnen wir es ab, dass die Ehe als einzige Form des Zusammenlebens staatlich geschützt und subventioniert wird.

#### 5. Für finanzstarke Gemeinden

- Umverteilung der staatlichen Steuereinnahmen zugunsten der Kommunen zur Finanzierung infrastruktureller, sozialer und kultureller Aufgaben und zumutbarer Tarife für kommunale Dienstleistungen. Befreiung der Kommunen von finanziellen Lasten, die als allgemeine Kosten der Gesellschaft vom Bund getragen werden müssen.
- Umverteilung der Mittel im Finanzausgleich zugunsten der Gemeinden.
- Streichung des Beitrages der Gemeinden an der EU-Finanzierung.
- Einsparung der Bundesländervertretung bei der EU, Verteilung der dadurch ersparten Steuermittel an die Gemeinden.
- Abschaffung der Landesumlage.
- Befreiung der Gemeindeeinlagen von der KEST.
- Gleiche Beteiligung der Gemeinden am steuerlichen Mehraufkommen wie der Bund.
- Ausbau der kulturellen Infrastruktur. Verhinderung des weiteren Abbaus kultureller Einrichtungen. Sicherung erschwinglicher Preise, die allen Bevölkerungsschichten den Zugang zu Kultureinrichtungen und Kulturschätzen ermöglichen.
- Ausbau und finanzielle Absicherung von Frauenberatungsstellen und Fraueninitiativen.
- Erhöhung des Frauenanteils auf kommunaler Ebene.
- Einführung eines Sozialpasses für Menschen mit geringem Einkommen.

##### 6a. Bildung:

##### Chancengleichheit für alle

- Schaffung eines Schulsystems, das allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen zum Wissenserwerb garantiert. Unentgeltliche Schulbildung einschließlich der Versorgung mit den erforderlichen Unterrichtsmaterialien. Grundsätzlich sind an allen Schulen Klassenstärken von durchschnittlich 20

Kindern bzw. Jugendlichen anzustreben und eine Obergrenze von 25 anzusetzen. Keine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtungen für Lehrerinnen und Lehrer.

- Schaffung einer gemeinsamen Interessensvertretung aller HochschülerInnen (Studierende an ordentlichen Hochschulen, Fachhochschulen, Pädagogischen Akademien, Privathochschulen) sowie deren soziale Gleichstellung in Bezug auf Studienbeihilfen, Ermäßigungen, etc.
- Abschaffung der Studiengebühr an den Hochschulen und Universitäten. Freier unentgeltlicher Zugang aller SchülerInnen, StudentInnen und Auszubildenden zu wissenschaftlichen Erkenntnissen mittels modernster Kommunikationsmittel.
- Demokratische und autonome Hochschulen statt Auslieferung des Bildungswesens an die Interessen des Großkapitals
- Erhöhung der Kinderbeihilfe auf ein existenzsicherndes Niveau. Gewährleistung einer unentgeltlichen gesellschaftlichen Betreuung der Kinder in Kinderkrippen, Kindergärten, Ganztagschulen und Schulhorten.

#### 6b. Gegen Jugendarbeitslosigkeit

• Jede/r Jugendliche hat ein Recht auf Arbeit und Bildung und muss einen qualifizierten Ausbildungsplatz in einem zukunftsorientierten Beruf bekommen. Keine Unterordnung der Lehre unter die Kapitalinteressen, sondern ein öffentliches Berufsausbildungswesen. Die Regierung in Bund und Land und große Unternehmen müssen gesetzlich verpflichtet werden, für die Schaffung der dafür notwendigen Zahl von Ausbildungsplätzen zu sorgen. Das Recht auf Ausbildung muss gegen Bund und Land einklagbar sein.

Alle Betriebe (Unternehmen, Konzerne usw.) werden mittels einer gesetzlichen Ausbildungspflicht verpflichtet, Ausbildungsplätze in einer Größenordnung von mindestens 10 Prozent der Arbeitsplätze in den betreffenden Unternehmen bereitzustellen. Das betriebliche Ausbildungsangebot muss durch Vollausbildung in überbetrieblichen Jugendausbildungszentren und Lehrwerkstätten flächendeckend ergänzt werden.

- Für selbstverwaltete Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang
- Verstärkte Förderung von Kindererholungsaktionen gemeinnütziger Vereine durch Land, Gemeinden und Sozialversicherungseinrichtungen.

#### 7. Für die Rechte von MigrantInnen – gegen Rechtsextremismus

- Entschiedener Kampf gegen alle Erscheinungsformen und die sozialen, politischen und ideologischen Ursachen von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Verbot aller faschistischen Organisationen, ihrer medialen Einrichtungen und Erzeugnisse sowie ihrer öffentlichen Auftritte. Verschärfung der entsprechenden Strafgesetze und deren Umsetzung in jedem Fall ohne zeitliche Verzögerung.
- Gewährleistung humanistischer, antimilitaristischer und antifaschistischer Erziehungs- und Bildungsinhalte an allen staatlichen Bildungseinrichtungen, die der Jugend von Anfang an die Überzeugung von der unantastbaren Würde jedes Menschen, von der Freiheit jedes Menschen in solidarischer Gemeinschaft aller vermitteln.
- Wiederherstellung des vollen Asylrechts. Aufhebung des Arbeitsverbots und der Sachversorgung für AsylbewerberInnen. Abschaffung der Abschiebehafte. Abschaffung des Ausländergesetzes und daraus abgeleiteter Verordnungen. Aufhebung jeglicher ethnisch begründeter Regelungen des Staatsbürgerschaftsrechts.
- Schaffung eines Anti-Diskriminierungsgesetzes, das allen in Österreich lebenden Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Identität, ihrer ethnischen Herkunft und anderer Unterschiede die gleichen politischen und sozialen Grundrechte gewährleistet.
- Freier Zugang und entsprechende Förderungsmaßnahmen auf allen Ebenen des Bildungssystems und Zugang zu genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungen sowie zum kommunalen Wahlrecht.
- Abschaffung der Diskriminierung von MigrantInnen im Rahmen der Familienbeihilfe.
- Verstärkte Integrations- und Förderprogramme für MigrantInnenkinder bzw. -familien und für Kinder bzw. Familien mit speziellen Betreuungsbedürfnissen.

## 8. Für Demokratisierung des politischen Systems

- Ausbau von verbindlichen Formen der

Volksgesetzgebung (Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid) auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.

- Demokratisierung der Bezirkverwaltungen. Direktwahl der Bezirkshauptleute.
- Direkte Wahl der RichterInnen auf allen Ebenen unmittelbar durch die Bevölkerung.
- Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre und des Alters der Wählbarkeit auf 18 Jahre. Abschaffung der Fünfprozent-Sperrklausel für Parteien.
- Koppelung der PolitikerInneneinkommen an ein zu schaffendes gesetzliches Mindesteinkommen. Der Bundespräsident/die Bundespräsidentin darf nicht mehr als das Zehnfache dieses Mindesteinkommens verdienen. Gesetzliche Begrenzung und unbedingte Offenlegung aller Nebentätigkeiten von Abgeordneten sowie dadurch erzielter Einkünfte. Beseitigung der privilegierten Pensionsansprüche und Gestaltung der letzteren gemäß den allgemeinen Regeln der gesetzlichen Pensionsversicherung.
- Österreich muss in den internationalen Institutionen dafür eintreten, dass die Todesstrafe weltweit abgeschafft wird.
- Konsequente Umsetzung einer Quotenregelung, um Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen Zugang zu ermöglichen.
- Anerkennung der slowenischen Volksgruppe in der Steiermark gemäß Artikel 7 der Staatsverträge.

## 9. Für Neutralität und Frieden

- Stopp aller Kriegshandlungen der USA und ihrer NATO-Verbündeten.
  - Auflösung der Militärstützpunkte der USA in Europa. Abschaffung aller Atomwaffen in Europa.
  - Vollständiges Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen. Entwicklungs- und Produktionsstopp für neue Waffensysteme. Generelles Verbot von Rüstungsexporten.
- Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der österreichischen Neutralität. Neutralität ist eine zutiefst internationalistische und verallgemeinerbare Option für Staaten, die sich den Weltmachtansprüchen von

USA und EU widersetzen und eine Grundlage für die Revitalisierung von Blockfreien Bewegungen. Neutralität ist die Antithese zur imperialistischen Großmachtspolitik.

- Aufrechterhaltung der österreichischen Neutralität. Streichung des Kriegsparagraphen 23 f aus der Verfassung.
- Kein Kauf von neuen Abfangjägern. Zeltweg und Graz-Thalerhof dürfen keine NATO-Stützpunkte werden.
- Reduzierung des Bundesheeres und Abrüstung. Keine Osterweiterung, sondern Auflösung des imperialistischen Militärbündnisses NATO. Verhinderung der Militarisierung der Europäischen Union und des Aufbaus eigenständiger Interventionsstreitkräfte. Schaffung eines kollektiven Europäischen Sicherheitssystems auf der Grundlage der OSZE.
- Schrittweiser Abbau aller militärischen Strukturen, bis hin zur Abschaffung des Bundesheeres und Umverteilung der freiwerdenden Mittel für soziale und demokratische Reformen schaffen bessere Bedingungen für die Gleichberechtigung.

## 10. Austritt aus der EU

Ehe baldigst möglicher Austritt Österreichs aus der EU. Austritt aus der Militärunion, keine Beteiligung an der EU-Armee; Maßnahmen gegen die Transatlantik; keine Zahlungen an Euratom; keine Richtlinie der EU, die sich gegen die Autonomie der Gemeinden richten und die Privatisierung von Leistungen der Daseinsvorsorge vorsehen.

- Beseitigung der undemokratischen Verfasstheit der Europäischen Union. Aufhebung der entsprechenden Strukturen und Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza.
- Volle Rechenschaftspflicht aller Exekutivorgane und Institutionen der Europäischen Union gegenüber einem demokratisch gewählten Europaparlament. Stärkung der Entscheidungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente, der regionalen und kommunalen Volksvertretungen.
- Für eine neue Weltwirtschaftsordnung, die Unterentwicklung, Ausbeutung und Ausplünderung beendet. Ein erster Schritt ist die Streichung der Auslandsschulden der armen Länder des Südens.

# V. Grundsätze unseres Wirkens als Kommunist/inn/en

## V.1. Humanismus als oberstes Prinzip unseres Kampfes

Kommunistinnen und Kommunisten leben und handeln in der Überzeugung, dass die Menschen imstande sind, hilfreich und gut zu sein. Sie halten es für möglich, dass in einer von Freiheit, Gleichheit und Solidarität durchdrungenen Gesellschaft die freie Entwicklung einer jeden und eines jeden zur Bedingung für die freie Entwicklung aller wird.

KommunistInnen sind kämpferischen Humanismus verpflichtet. Eintreten im eigenen Land und international für Menschenwürde und Menschenrechte, für Frieden und Völkerverständigung ist stets oberster Grundsatz ihres Wirkens. Darum: Nicht Anpassung an die bestehende Ordnung und Integration in das kapitalistische System, sondern Auseinandersetzung mit diesem System und entschiedene Opposition zum Kurs der Herrschenden, Formierung von Widerstand in Österreich, in der Europäischen Union und weltweit, Aufbau von Gegenmacht gegen das große Kapital und seinen Staat sind geboten. Das ist zugleich auf lange Sicht der Weg aus der Defensive der kommunistischen Bewegung.

## V.2. Partei der ArbeiterInnenklasse – Verbindung der Tages- und Zukunftsinteressen

Wir wollen die KPÖ als eine Partei der ArbeiterInnenklasse und aller von den verschärften Verwertungsbedingungen des Finanz- und Monopolkapitals betroffenen werktätigen Schichten und Intellektuellen entwickeln.

Kommunistische Politik verknüpft ihr Eintreten für unmittelbare und künftige soziale Interessen der Werktätigen mit der Verteidigung der demokratischen und sozialen Prinzipien, dem Widerstand gegen die Rechtsentwicklung und neofaschistischen Gefahren, gegen die vom Imperialismus ausgehende Bedrohung des Friedens und der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit. Sie verbindet den Kampf um elementare Tagesforderungen mit dem Ringen um radikale, gegen das große Kapital gerichtete Reformen und für den Sozialismus.

## V.3. Verbindung des außerparlamentarischen und parlamentarischen Kampfes

KommunistInnen setzen auf Kraftentfaltung, den Erfahrungs- und Erkenntniszuwachs der Werktätigen im außerparlamentarischen Kampf, erblicken in deren Mobilisierung den Hauptweg der Entwicklung von Widerstand und Gegenmacht, initiieren und unterstützen soziale und ökologische, antimilitaristische und antifaschistische, demokratische politische Aktionen. Sie gehen davon aus, dass entscheidend für die Veränderung des Kräfteverhältnisses und die Verwirklichung radikal-demokratische Programmatik das Zustandekommen einer starken progressiven außerparlamentarischen Bewegung und deren Voranschreiten sind. KommunistInnen unterstützen daher die Betriebs- und PersonalrätInnen der Arbeiter und Angestellten, die Initiativen der Arbeitslosen, der Ausgegrenzten und Armen, der Verbraucher und MieterInnen, kleinen PächterInnen sowie Genossenschaften in Stadt und Land, die demokratischen Frauen-, Jugend- und Kulturorganisationen, die antifaschistischen und antimilitaristischen Zusammenschlüsse, die Bewegungen für den Frieden, für den Schutz der BürgerInnen- und Menschenwürde, für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, für die Linderung der Not der Menschen in der Dritten Welt. Sie kämpfen zugleich für starke parlamentarische Vertretungen von Linken auf allen Ebenen, die eng mit den WählerInnen verbunden sind, ihre Hauptstützen in der außerparlamentarischen Bewegung haben und alle parlamentarischen Möglichkeiten ausschöpfen, um diese voranzubringen. Im gemeinsamen Kampf kann sich ein Kapitalismusverständnis ergeben, das wirklich „die Massen ergreift“ und die „Idee zur materiellen Gewalt“ werden lässt.

## V.4. Frieden und Internationalismus

KommunistInnen sind InternationalistInnen, verknüpfen ihr Wirken im nationalstaatlichen Rahmen und in der Europäischen Union mit dem internationalen Kampf gegen den Imperialismus. Sie lehnen Gewaltanwendung als Mittel der inter-

nationalen Politik strikt ab. Kommunistische Politik hat aktiv zur Ausweitung der globalen Protestaktionen gegen die Politik von IWF, WTO und Weltbank und zur Entfaltung einer breiten internationalen Bewegung gegen die vom Weltherrschaftsstreben des Imperialismus ausgehende Gefahr eines Wettübens in neuen Dimensionen beizutragen. Sie betrachtet den Kampf für den Frieden und für eine demokratische und soziale Weltordnung als ihr wichtigstes Anliegen.

Jeglicher Terrorismus ist zu bekämpfen und zwar an seinen Wurzeln: durch gerechtes Teilen und Beteiligen, wirtschaftlich und sozial, durch Zurückdrängen der Religion auf den Privatbereich, durch Verzicht auf jede Unterscheidung nach Ethnie und Rasse, durch den Dialog aller Kulturen.

KommunistInnen verteidigen das sozialistische Kuba, die Souveränität der Volksrepublik China, Vietnams und anderer Länder mit alternativen, antiimperialistischen Entwicklungswegen. Sie sind solidarisch mit allen Fortschritt Kräften der Welt, die gleichfalls für einen anderen Entwicklungsweg eintreten. Ihr Handeln folgt einem Verständnis von Internationalismus, das die Gemeinsamkeiten hervorkehrt und für Toleranz und Respekt im Umgang mit politischen, ideologischen und weltanschaulichen Unterschieden eintritt. Dieses Verständnis hält uns nicht von der Kritik an Deformationen und Menschenrechtsverletzungen ab, wo immer sie auch vorkommen mögen.

## V.5. Aktionseinheit aller antiimperialistischen Kräfte

KommunistInnen engagieren sich für umfassende Koordinierung der antiimperialistischen und pro-sozialistischen Kräfte auf der Basis von Freiwilligkeit, Übereinstimmung und Gleichberechtigung, ohne in eurozentrische Auffassungen abzugleiten. Sie stellen sich der EU als reales Kampffeld gegen die neoliberale Globalisierung und den Krieg und wirken für ein Netzwerk der linken Parteien und Organisationen Europas, das niemanden ausgrenzt. Sie treten für den Bruch mit der Logik der Verträge von Maastricht und Amsterdam und für ein gemeinsames Eu-

ropakonzept ein, das als Alternative zum Europa der Monopole und Großbanken elementare Gegenwartsforderungen der Werktätigen und radikaldemokratische Reformen im nationalstaatlichen Rahmen sowie in der EU zu einem geschlossenen Programm für einen demokratischen Integrationsprozess zusammenführt, der für alle Länder des Kontinents offen ist und neue Wege zum Sozialismus eröffnen kann.

### **V.6. Gegen die Zersplitterung der kommunistischen Bewegung, für gemeinsames Handeln**

Wir sind entschieden gegen jegliche weitere organisatorische Zersplitterung der kommunistischen Bewegung. Wir setzen uns mit ganzer Kraft für ein enges partei- und organisationsübergreifendes Zusammenwirken der marxistischen Kräfte, von organisierten und parteilosen MarxistInnen, KommunistInnen, SozialistInnen, für ihre Formierung und ihr Erstarren auf allen Gebieten ein. Vor allem im entschlossenen und gemeinsamen Widerstand gegen die antisoziale, umweltzerstörende und Großmachtorientierte Politik der Regierenden sowie im Kampf um grundlegende politische und soziale Verbesserungen müssen sie zusammenfinden und ihre Positionen in einer gemeinsamen politischen Praxis überprüfen und abstimmen. Als MarxistInnen leisten wir unseren Beitrag zum Zusammengehen der kommunistischen und linken Organisationen und Bewegungen auf allen Ebenen und in allen Bereichen. Wir treten für die Aktionseinheit ungeachtet weltanschaulicher Bindungen ein und wirken für ein weit darüber hinausgehendes gemeinsames Vorgehen von Menschen aller Klassen und Schichten für Frieden und sozialen Fortschritt.

Bewahrung der Erfahrungen und Traditionen des revolutionären Kampfes

Kommunistisches Engagement speist sich aus vielen Quellen. Pluralität ist ein Zugewinn für die kommunistische Bewegung, die es gilt für deren Ziele wirksam zu machen. Als MarxistInnen sind wir besonders dem Erbe der Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus, dem Vermächtnis anderer marxistischer DenkerIn-

nen und RevolutionärInnen der österreichischen und internationalen Arbeiterbewegung, den revolutionären Traditionen des Kampfes der Arbeiterklasse, des antiimperialistischen und antifaschistischen Befreiungskampfes der Völker verbunden. Wir befragen die Geschichte der Systemauseinandersetzung, des Entstehens und der Entwicklung des Realsozialismus nach Bewahrenswerten und Defiziten und den Ursachen ihres Untergangs, nach weiterführenden Erfahrungen und Erkenntnissen.

### **V.7. Entwicklung der wissenschaftlichen Grundlagen der kommunistischen Bewegung**

Wir lassen uns davon leiten, dass kommunistische Bewegung einer auf dem Marxismus fußenden Theorie bedarf, einer wissenschaftlich begründeten Grundorientierung und Programmatik, um den Kampf für eine antikapitalistische, sozialistische Alternative erfolgreich führen zu können. Bewahren und Weitertragen des wissenschaftlichen Sozialismus, seine Verbindung mit den sozialen, ökologischen und politischen Bewegungen, den Klassenkämpfen der Gegenwart und Zukunft, die Verbreitung sozialistischer Ideologie wider den vorherrschenden Zeitgeist sind entscheidende Grunderfordernisse und Ansprüche an unser Wirken In Theorie und Praxis neu zu beantwortende Fragen, produktives weiteres Nachdenken über sozialistische Programmatik und Politik erfordern nicht nur nicht dem Zeitgeist folgend vom Marxismus Abschied zu nehmen, sondern ihn entsprechend den sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen weiterzuentwickeln. Um den Marxismus frei von Opportunismus zu halten und zu verhindern, dass aus ihm ein eklektisches System wird und die Partei durch eine eklektische Programmatik ihren revolutionären Charakter einbüßt muss man die revolutionäre Theorie der Kritik der materialistischen Dialektik aussetzen. Dazu ist es notwendig, dass marxistische Wissenschaftler – frei von allen Bevormundungen und Weisungen – die wertvollsten Erkenntnisse für die Weiterentwicklung der materialistischen Dialektik fruchtbar machen.